



Cornelia Kricheldorff / Angelina Mertens / Lucia Tonello

**„Im Projekt hat sich unglaublich viel getan!“
Auf dem Weg zu einer sorgenden Kommune**

**Handbuch für politisch Verantwortliche, Gestalter und Akteure
in Baden-Württembergs Kommunen**



**Ergebnisse und Empfehlungen aus dem Landesmodellprojekt
„Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“**

Landesmodellprojekt, gefördert vom Ministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg





Herausgegeben von:

Katholische Hochschule Freiburg
Institut für Angewandte Forschung, Entwicklung
und Weiterbildung (IAF)
Karlstr. 63
79104 Freiburg

Text und Layout

Prof. Dr. Cornelia Kricheldorf

Dipl. Sozialgerontologin / Dipl. Sozialpädagogin
Prorektorin für Forschung / Institutsleiterin IAF

Entwurf Handbuch

Angelina Mertens

Sozialpädagogin M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Kapitel 2

Lucia Tonello

Sozialpädagogin M.A.
Wissenschaftliche Mitarbeiterin



Cornelia Kricheldorf / Angelina Mertens / Lucia Tonello

„Im Projekt hat sich unglaublich viel getan!“
Auf dem Weg zu einer sorgenden Kommune

**Handbuch für politisch Verantwortliche, Gestalter und Akteure
in Baden-Württembergs Kommunen**

3

Landesmodellprojekt, gefördert vom Ministerium für Arbeit und
Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg



Inhaltsverzeichnis	Seite
In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet	11
Kapitel 1: Beschreibung der Modellkommunen	12
1.1 Kommunale Herausforderung Pflege und Pflegeszenarien	12
1.2 Demografietypen und spezifische Ausprägungen in den Modellkommunen	14
Kapitel 2: Leitkonzepte im Projekt „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“	20
2.1 Caring Community und die Bedeutung der Lokalen Verantwortungsgemeinschaften	20
2.2 Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften	22
2.3 Empowerment	22
2.4 Soziale Netzwerkarbeit	24
2.5 Kooperation und Koproduktion von Haupt- und Ehrenamt	25
Kapitel 3: Innovative Pflegemix Konzepte der Modellkommunen	28
3.1 Stadt Freiburg	28
3.1.1 Stadtteile Littenweiler und Waldsee	28
3.1.2 Stadtteil Landwasser	33
3.2 Gemeinde Denzlingen	37
3.3 Gemeinde Umkirch	44
3.4 Gemeinde Gutach	49
Kapitel 4: Förderung von Engagement und Bürgerbeteiligung am Beispiel der Modellkommunen	56
4.1 Wichtige Informationen und Rahmenbedingungen für die kommunale Planung eines Bürgerbeteiligungsprozesses	56
4.1.1 Rolle und Aufgaben der Politik	58
4.1.2 Rolle und Aufgaben der Verwaltung	58
4.1.3 Rolle und Aufgabe der Bürger(innen)	58
4.1.4 Rolle der Presse und der Medienberichterstattung	59
4.1.5 Bürgerbeteiligung und Professionalität	59
4.1.6 Grundregeln und Qualitätskriterien der Bürgerbeteiligung	59
4.1.7 Ziele von Bürgerbeteiligung	61
4.1.8 Leitlinien kommunaler Bürgerbeteiligung	62
4.1.9 Praktische Hinweise / Werkzeuge	62
4.1.10 Erfahrungen aus den Beteiligungsprozessen in den Modellkommunen	62



4.2 Dialogformen zu Anliegen im Stadtteil/Ort. Wie werden Themen „auf die Agenda gesetzt“?	64
4.3. Netzwerkmanagement: Initiieren von Prozessen, Moderation & Koordination	66
4.4 Bürger(innen) zum Mitmachen motivieren und einbinden	67
4.5 Dialoginstrumente für Gruppen auswählen und einsetzen	70
4.6 Gemeinsames Leitbild: Gemeinsam tragfähige Visionen und Ziele entwickeln	73
4.7 Prozessbegleitung: „Gemeinsam miteinander und gegeneinander, auf und ab“	75
4.8. Verantwortung übernehmen: „Zur eigenen Sache machen“	78
4.9 Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen	79
4.10 Nachhaltige Strukturen bilden	80
4.11 Prozesse abschließen	82
4.12 Anerkennungskultur in der Kommune verankern	83
Kapitel 5: Projekterkenntnisse und Schlussfolgerungen	87
Dankesworte	91
Literaturverzeichnis	93





Professorin Dr. Cornelia Kricheldorff

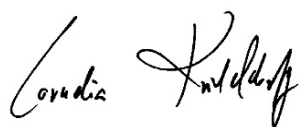
Prorektorin für Forschung der KH Freiburg
Institutsleiterin IAF

Projektleiterin des Landesmodellprojekts
„Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“

Liebe interessierte Leserinnen und Leser des Handbuchs für Kommunen

Im November 2012 erhielt unser Institut die Bewilligung und den Auftrag des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg, das Modellprojekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ durchzuführen. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bestand das zentrale Ziel darin, das Konzept des Pfleagemix, also der engen Verknüpfung von unterschiedlichen Ressourcen in koordinierten Pflegesettings vor Ort, zur Sicherung der Pflege in den Kommunen, auf den Weg zu bringen und damit das Fundament für Lokale Verantwortungsgemeinschaften zu schaffen. Die Förderung von intergenerationeller Solidarität und Bürgerbeteiligung zur Entwicklung von Caring Communities, im Sinne der sorgenden Kommunen, steht dabei im Mittelpunkt. Dafür konnten vier Modellkommunen gewonnen werden, die ihr Interesse bekundeten, sich mit unserer Unterstützung dieser Herausforderung zu stellen. Dies waren die Stadt Freiburg, mit insgesamt 3 Stadtteilen sowie die Gemeinden Denzlingen, Umkirch und Gutach im Schwarzwald. Sie wurden von uns in dem kommunalen Entwicklungsprozess beraten und begleitet.

Die inhaltliche Arbeit im Projekt war überaus intensiv und uns ist bewusst, dass wir die Modellkommunen, die exemplarisch für besonders typische Ausprägungen im Land Baden-Württemberg stehen, in vielfacher Weise gefordert haben. Es gab, was sich sehr schnell herauskristallisierte, gemeinsame Anliegen, aber auch deutliche Unterschiede zwischen den beteiligten Kommunen, die natürlich auch abhängig von den jeweils vor Ort bestehenden Strukturen und Bedingungen sind. Im vorliegenden Handbuch geht es in einer Art Extrakt darum, unsere Erkenntnisse und Erfahrungen in sehr komprimierter Form darzustellen, um damit die notwendigen Schritte und möglichen Stolpersteine für andere Kommunen aufzuzeigen, die sich in ähnlicher Weise dem Zukunftsthema der kommunalen Sicherung der Pflege annehmen wollen. Durch die überaus engagierte Unterstützung der Kommunen sowie durch meine wissenschaftliche Mitarbeiterin, Angelina Mertens, konnte das Projekt Ende 2014 sehr erfolgreich abgeschlossen werden. Das Modellprojekt hat insgesamt viele positive Entwicklungen in Gang gesetzt und wir hoffen, dass das vorliegende Handbuch Anregungen für andere Kommunen liefern kann und diese ermutigt, sich auf den Weg zu machen.



Prof. Dr. Cornelia Kricheldorff



Stadt Freiburg



Ulrich von Kirchbach

Bürgermeister der Stadt Freiburg
für Kultur, Integration, Soziales und Senioren

Ältere Menschen wollen - auch bei Hilfebedürftigkeit - bis ins hohe Alter selbstständig zu Hause wohnen bleiben und ihr Leben selbständig gestalten. Der demografische und soziale Wandel erschwert die dazu notwendigen Voraussetzungen. Die räumliche Entfernung zwischen den Generationen und die steigende Erwerbsquote bei Frauen führen vor allem in städtischen Strukturen dazu, dass viele ältere Menschen isoliert leben. Zugleich steigt die Lebenserwartung, und die Zahl der älteren Menschen ab 65 nimmt in Freiburg deutlich zu. Anstelle oder neben der Unterstützung durch die Familie kommt anderen Unterstützungsformen parallel zu den professionellen Diensten immer mehr an Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund ist das Modellprojekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ in den Freiburger Stadtteilen Landwasser und Littenweiler von der Katholischen Hochschule, in Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg, Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt und der Stiftungsverwaltung realisiert worden. Initiativen konnten gestartet und Projekte umgesetzt werden.

Ein erster wichtiger Schritt war die Vernetzung und der gemeinsame Austausch der verschiedenen Akteure in den Stadtteilen. Dies hatte den großen Vorteil, dass die Anbieter besser auf die Bedürfnisse und Bedarfe der Bewohnerinnen und Bewohner im Stadtteil eingehen konnten. Lücken im Hilfesystem konnten dank der Hinweise der Bürgerinnen und Bürger identifiziert und teilweise ausgeglichen werden. Durch den „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ konnten Vernetzungsstrukturen aufgebaut und verfestigt werden, auf die wir auch weiterhin zurückgreifen können. Projekte, die durch das Modellprojekt angestoßen wurden bzw. weiterverfolgt werden, erweitern die Angebotsstruktur gerade im Bereich der niederschweligen Hilfen.

Wir sind froh, dass Freiburg auf ein vielfältiges Hilfesystem zurückgreifen kann. Dennoch müssen wir daran arbeiten, dass die Bürgerinnen und Bürger in den Nutzen dieser Hilfen kommen. Dank des Modellprojektes hat das Thema Älterwerden in den Stadtteilen noch mehr Bedeutung erlangt.

Die Verantwortung, die wir als Kommune, aber auch die professionellen Anbieter, Vereine, Initiativen, und die einzelnen Bürger selbst haben, wurde in den letzten beiden Jahren deutlich. Mit diesem Wissen werden wir den Gedanken des „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ weitertragen und die verschiedenen Projekte weiter umsetzen.

A handwritten signature in blue ink that reads "Ulrich von Kirchbach". The signature is written in a cursive, slightly slanted style.

Ulrich von Kirchbach



Gemeinde Denzlingen



Markus Hollemann
Bürgermeister der Gemeinde Denzlingen

In vielen Aussagen wird darauf hingewiesen, dass der demographische Wandel das Leben in unseren Städten und Gemeinden stark verändern wird. Mit der Erstellung einer umfassenden Sozialplanung stellte sich die Gemeinde Denzlingen dieser Frage bereits in der Vergangenheit.

Wir waren sehr erfreut, dass wir als vierte Modellkommune an dem Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ teilnehmen konnten.

Interessierte Bürger(innen) haben in den vergangenen zwei Jahren gemeinsam Vorhandenes geprüft und überlegt, wie in Denzlingen der wachsende Bedarf an Begleitung, Unterstützung und Versorgung von Mitbürgern nachhaltiger gestaltet werden kann. Unter dem Aspekt des demografischen Wandels nahmen engagierte Bürger(innen) als Experten in eigener Sache ihre Zukunft in die eigenen Hände und erarbeiteten Lösungsansätze.

So haben sich Interessierte im Bereich der Zugehenden Hausbesuche nach der Konzeptentwicklung der „Denzlinger Brückenbauer“ mittlerweile in neuen Qualifizierungsmaßnahmen fortgebildet. Einigkeit besteht darin, dass die Vernetzung von ehrenamtlich Engagierten und die Suche nach ehrenamtlich Engagierten in Zukunft eine entscheidende Rolle einnehmen wird.

Herzlich bedanke ich mich bei allen ehrenamtlich Engagierten, die diesen Prozess in vielen Stunden freiwilliger Arbeit aktiv begleitet haben. Ebenso gilt mein Dank dem Motor dieses Projektes, Frau Prof. Dr. Kricheldorf und ihrem Team.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Hollemann', written in a cursive style.

Markus Hollemann



Gemeinde Umkirch



Walter Laub

Bürgermeister der Gemeinde Umkirch

Die Gemeinde Umkirch beschäftigt sich schon seit einigen Jahren mit der Frage, wie Bürgerinnen und Bürger, die auf Pflege angewiesen sind, in Umkirch leben und versorgt werden können. Unsere Zielsetzung hierbei war: Jeder soll in Umkirch alt werden und sich dabei wohl fühlen können.

Um das zu erreichen ist es notwendig, Angebotsstrukturen zu schaffen und Vorhandenes dem größer werdenden Bedarf anzupassen und weiterzuentwickeln. Eine gelingende Betreuung ist letztlich nur möglich, wenn Pflegedienste, Nachbarschaftshilfen, ehrenamtliche Helfer und viele weitere Engagierte zusammenwirken.

Das Forschungsprojekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ greift diesen Ansatz auf und bot für die Gemeinde Umkirch die Chance, Wissen und Ideen in die weitere Planung einzubeziehen und davon zu profitieren. Mit wissenschaftlicher Begleitung seitens der Katholischen Hochschule haben wir uns über einen Zeitraum von 2 Jahren eingehend mit dem Ausbau einer Vernetzung von Pflegeangeboten beschäftigt. Als ein Baustein wurde beispielsweise die Begleitung von pflegenden Angehörigen initiiert, die als zusätzliches Strukturelement in die Pflegelandschaft der Gemeinde Umkirch implementiert wurde.

Der Reiz des Forschungsprojektes lag in der offenen Herangehensweise, das Thema „Pflege“ ganzheitlich zu betrachten, kreative Wege zu gehen, die Bedürfnisse im Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu erfassen und alle Engagierten mit ins Boot zu holen. Für die neuen Impulse bei der Weiterentwicklung der Pflegestrukturen in unsrer Gemeinde und die ideenreiche Unterstützung durch die Katholische Hochschule möchte ich mich im Namen der Gemeinde Umkirch bei den Projektverantwortlichen Prof. Dr. Cornelia Kricheldorff und Angelina Mertens ganz herzlich bedanken.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'W. Laub'.

Walter Laub



Gemeinde Gutach



Siegfried Eckert

Bürgermeister der Gemeinde Gutach

Die Gemeinde Gutach steht bei den Modellkommunen des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ für den „Ländlichen Raum“. Die notwendigen infrastrukturellen Maßnahmen sind auf der Fläche um ein Vielfaches höher als in den Ballungsräumen. Wir ringen um den Verbleib unserer jüngeren Mitbürgerinnen und Mitbürger, denen die Universitätsstädte die Bildungseinrichtungen für gute Bildungsabschlüsse bieten. Unsere Chance liegt nur darin, über Arbeits- und Ausbildungsplätze junge Familien anzuwerben und somit die Einwohnerzahlen zu stabilisieren. Ein zweiter wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang sind entsprechende Strukturen für ältere Bürgerinnen und Bürger, denen wir mit der Schaffung von Unterstützungsstrukturen ein Altern im gewohnten Umfeld ermöglichen wollen.

Durch das Pilotprojekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ und den dabei entstandenen vier Arbeitskreisen in unserer Gemeinde konnten wir ganz wertvolle Hinweise erhalten und Strukturen schaffen. Durch die professionelle, positive Begleitung durch die Katholische Hochschule, unter anderem durch eine breit angelegte Haushaltsbefragung, konnten wertvolle Erkenntnisse für unsere Gemeinde gewonnen werden, die es nun gilt, in die Tat umzusetzen.

Unter anderem wären dies:

- Neubau eines barrierefreien Wohnens für unsere älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger
- Barrierefreiheit im Rathaus durch den Einbau eines Personenaufzuges
- Umgestaltung eines Spielplatzes zu einem Mehrgenerationenspielplatz
- Einrichtung eines Bürgercafés im Gemeindehaus
- Anlauf-Info-Stelle im Rathaus zum Thema: Gut Älterwerden in Gutach

Allen Mitwirkenden, Beteiligten und Interessierten an diesem Projekt möchte ich an dieser Stelle ein herzliches „Danke schön“ aussprechen, denn gemeinsam tragen wir dazu bei, dass sich die Wohn- und Lebensqualität in Gutach positiv weiterentwickelt.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen und hoffe, dass Sie aus diesem Handbuch interessante Anregungen finden, die sie auch in Ihrer Kommune umsetzen können.

Es grüßt Sie herzlich aus der Bollenhutgemeinde Gutach

Ihr



Siegfried Eckert



In aller Kürze: Wofür dieses Handbuch gedacht ist und an wen es sich richtet

Mit diesem Handbuch sollen alle Kommunen in Baden-Württemberg angesprochen werden, die sich den Herausforderungen stellen wollen, die der demografische Wandel mit sich bringt und die damit die kommunale Verantwortung für die Sicherung der Daseinsvorsorge für alle Generationen übernehmen. Auf der Basis der dokumentierten Erfahrungen in den vier Modellkommunen des Landes stehen dabei folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Welchen aktuellen Herausforderungen müssen sich Kommunen heute stellen, um die Sicherung der Pflege in und für die Zukunft ausreichend und sinnvoll gestalten zu können? Welche Zukunftsszenarien lassen sich in diesem Kontext aufzeigen, die zur politischen Willensbildung und zu bewussten Entscheidungsprozessen in den Kommunen beitragen und jeweils unterschiedliche Weichenstellungen vor Ort erforderlich machen?
- Welche konkreten Maßnahmen sind von kommunaler Seite notwendig, um innovative Pflegemix-Konzepte vor Ort entwickeln und umsetzen zu können? Welche konzeptionellen Vorstellungen aus dem Projekt „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ können dazu beitragen, dass sich Kommunen erfolgreich auf den Weg machen können, um sich zu einer Caring Community (sorgenden Gemeinde) zu entwickeln?
- Was sind wichtige Hinweise und Impulse wenn Konzepte zur Sicherung der Pflege mit verschiedenen Akteuren, im Sinne eines Pflegemix, in der Kommune entwickelt und umgesetzt werden? Wie sehen Beispiele guter Praxis (Best Practice) aus? Was sind wichtige Hinweise und Bausteine, wenn Bürgerbeteiligungsprozesse initiiert und schrittweise realisiert werden? Welche Maßnahmen und Methoden zur Prozessbegleitung bieten sich an und welche Impulse braucht es, damit sich in den Kommunen eine Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement verankert?

Das Handbuch richtet sich also vor allem an politisch Verantwortliche und Mitgestalter(innen) einer Beteiligungs- und Ermöglichungskultur in den Kommunen - Bürgermeister, Gemeinderäte, verantwortliche Mitarbeiter(innen) in den Gemeindeverwaltungen und an alle Akteure vor Ort, die Partizipation von Bürger(inne)n bei der Gestaltung von Zukunftsaufgaben ernst nehmen. Denn häufig verhindern eingefahrene Denkmuster sowie traditionelle Rollenbilder und Vorstellungen eine wirkliche Beteiligung von Bürger(inne)n, werden ältere Menschen vor allem als Kostenverursacher und Empfänger von Versorgungsleistungen gesehen und weniger als wichtige Ressource, die für die kommunale Entwicklung der Zukunft dringend benötigt wird.

Nicht zuletzt richtet sich das Handbuch auch an die vielen Einrichtungen, Organisationen und Verbände der Altenarbeit und Altenhilfe sowie an die gewachsenen Initiativen, die zum guten Miteinander von Jung und Alt in Städten und Stadtteilen sowie in kleineren und größeren Kommunen beitragen und sich kontinuierlich für ein gutes Zusammenleben aller Generationen engagieren.



Kapitel 1: Beschreibung der Modellkommunen

1.1 Kommunale Herausforderung Pflege und Pflegeszenarien

Der demografische Wandel wird maßgeblich bestimmt durch ein *dreifaches Altern der Bevölkerung*, gekennzeichnet erstens von einem kontinuierlichen Anstieg des Durchschnittsalters, zweitens von der deutlichen Zunahme älterer und alter Menschen und drittens von den sich daraus ergebenden Veränderungen im zahlenmäßigen Verhältnis zwischen Jung und Alt. Eine umfassende gesellschaftliche Herausforderung besteht dabei unter anderem darin, dass die Zahl hochaltriger Menschen deutlich steigen wird. So soll sich die Zahl der über 80-Jährigen von heute rund 4 Mio. bis 2030 auf 6,3 Mio. und bis 2050 auf über 10 Mio. erhöhen (Destatis 2009/2014). Mit dem höheren Lebensalter steigen das (statistische) Risiko von Pflegebedürftigkeit und/oder Demenz sowie der durchschnittliche Pflegebedarf. Bis 2030 könnte, die heutige Relation von Alter und Pflegebedürftigkeit vorausgesetzt, die Zahl pflegebedürftiger Menschen im Sinne des SGB XI von heute 2,34 Mio. auf 3,4 Mio. anwachsen. Zwar gehen die Prognosen, in welchem Umfang der Bedarf an Pflegeleistungen in den kommenden Jahrzehnten steigen wird, zum Teil weit auseinander. Auf der Basis von Fortschreibungen bisherigerer Entwicklungen und Zahlen, werden für das Jahr 2020 knapp 2,9 Millionen pflegebedürftige Menschen in Deutschland erwartet, im Jahr 2030 etwa 3,3 Millionen und im Jahr 2050 sind es 4,35 Millionen (Statistisches Bundesamt, Sondergutachten Sachverständigenrat 2009, S. 292). Angesichts der in diesem Kontext erwarteten Zunahme von Erkrankungen, die mit dem hohen Alter korrelieren (z.B. Demenz) und einem steigenden Pflegebedarf stellen sich deutliche Fragen an das Solidaritätspotenzial unserer Gesellschaft. Aus gerontologischer Sicht sind diese Hochrechnungen allerdings kritisch zu hinterfragen, weil sie nicht berücksichtigen, dass Menschen mit einem über den gesamten Lebenslauf hinweg verbesserten Gesundheitsstatus insgesamt gesünder alt und deshalb auch später pflegebedürftig werden können. Davon geht die unter Experten viel diskutierte Kompressionsthese aus (Fetzer, 2005 / Fries, 2003). Demnach könnten die Zahlen weniger rasch und umfänglich ansteigen und im Jahr 2050 um rund eine Million geringer sein, als dies die oben genannten Prognosen des Sachverständigenrats vermuten lassen. Unbestritten ist aber, dass Kommunen gefordert sind, die Sicherung der Pflege verstärkt in den Blick zu nehmen, wenn sie das Gemeinwesen zukunftsorientiert sicher und bedarfsgerecht weiter entwickeln wollen.

Gleichzeitig vollzieht sich ein gesellschaftlicher Wandel, der Familienbeziehungen verändert und brüchig werden lässt. Entwicklungen in diesem Zusammenhang sind zum Beispiel die Zunahme von alleinstehenden und alleinerziehenden Menschen, steigende Scheidungszahlen und das Entstehen von „Patchwork-Familien“ (Beck-Gernsheim, 2010). Hinzu kommt die Zunahme der Erwerbstätigkeit von Männern und Frauen. Große räumliche Entfernungen zwischen den Generationen, als Tribut an sich verändernde Arbeitswelten, die zunehmend Mobilität voraussetzen, lassen verstärkt so genannte „multilokale Mehrgenerationenfamilien“ entstehen (Bertram, 2002). Gemeint sind damit Familien, in denen ein Bewusstsein für Solidarität und Unterstützungsbereitschaft durchaus besteht und gelebt wird – allerdings unter deutlich erschwerten Bedingungen und in neuen Formen. Das alles sind Faktoren, die auch Auswirkungen auf das Empfinden von innerfamiliärer Verpflichtung, die Bereitschaft und die Möglichkeit zur Übernahme von familiärer Betreuung und Pflege haben.

Die bisher bestimmenden gesellschaftlichen Modelle zur Absicherung der Pflege setzen aber immer noch vor allem auf das familiäre Pflegepotenzial und nur dort, wo es an seine Grenzen stößt, auch auf die stationäre Pflege. Die aktuelle Pflegestatistik (Statistisches Bundesamt 2011) weist nach, dass bis-



lang die familiäre Pflege immer noch weitgehend stabil zu sein scheint. Von den 2,5 Millionen pflegebedürftigen Menschen, die im Jahr 2011 Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung erhielten, wurden 70 Prozent (1,76 Millionen) zu Hause gepflegt, ca. zwei Drittel davon (1,18 Millionen) nur durch Angehörige, ohne Unterstützung ambulanter Pflegedienste. Aktuellere Zahlen vom Mai 2014 (Bundesministerium für Gesundheit 2014), die sich auf die Geschäftsstatistik der Pflegekassen 2013 beziehen, weisen nach, dass die Zahl der pflegebedürftigen Menschen mittlerweile auf 2,63 Millionen angestiegen ist, die Quote rund 70% für die häusliche Pflege gegenüber der stationären Pflege jedoch nach wie vor Gültigkeit hat. Geburtenstarke Jahrgänge garantieren in den nächsten 10-12 Jahren noch immer ein relativ hohes Maß an Pflege und Unterstützung im familiären Bereich, spätestens ab 2025 werden aber deutliche Veränderungen erwartet.

Deshalb gilt es, neue Wege zu erproben und innovative Konzepte zu entwickeln, um sowohl in städtischen Wohnquartieren, als auch im ländlichen Raum, den wachsenden Bedarf an Begleitung, Unterstützung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen, vor allem mit dem Blick auf die Zukunft, nachhaltig abzusichern. Dabei ist eine Perspektivenerweiterung in der Diskussion um die Zukunft der Pflege notwendig, die künftig immer stärker als Gemeinschaftsaufgabe verstanden und zum persönlichen Anliegen aller Generationen werden muss. Notwendig sind dabei ein konstruktives Miteinander in Nachbarschaften und Gemeinden, getragen von Solidarität und Verantwortungsübernahme, auch zwischen den Generationen (Kricheldorf 2015, 2013 und 2008; Kricheldorf & Klott 2012).

Kommunen stellen aktuell die Weichen, ob sich neue Formen der geteilten Verantwortung, getragen vom Gedanken der gegenseitigen Unterstützung, entwickeln können oder ob sie eher auf die institutionelle Pflege setzen. Dies hängt vor allem von der Schaffung ermöglichender Strukturen und Rahmenbedingungen vor Ort ab. Um sich ein Bild der aktuellen Situation in der eigenen Kommune machen zu können, hat die Bertelsmann Stiftung den Themenreport „Pflege 2030“ erstellt (Bertelsmann Stiftung 2012), der kleinräumig darstellt, wie sich die Versorgung von Pflegebedürftigen in Deutschland entwickeln könnte und welche Faktoren die Entwicklung beeinflussen (abrufbar unter www.wegweiser-kommune.de). Dargestellt werden Projektionen für den Zeitraum 2009 bis zum Jahr 2030, auf der Ebene der Landkreise. Dazu werden jeweils drei Szenarien berechnet, die sich hinsichtlich der verwendeten Vorannahmen deutlich unterscheiden.

(Bertelsmann Stiftung, 2012, S. 24-25).

Szenario 1 (Status quo): Es werden die Anteile der Pflegebedürftigen in den jeweiligen Versorgungsarten je Alter, Geschlecht und Region fortgeschrieben.

Szenario 2 (formelle Pflege nimmt zu): Die Bereitschaft oder Möglichkeit zur Pflege durch Angehörige sinkt, wodurch der Bedarf an formeller Pflege steigt. Dieses Szenario schreibt damit bestehende Trends fort, so dass es zu einer weiteren Verschiebung in Richtung formelle Pflege kommt.

Szenario 3 (häusliche Versorgungsformen werden gestärkt): Es wird unterstellt, dass Versorgungsformen und Unterstützungen installiert werden, die dazu beitragen, die häusliche Pflege so weit zu stärken, dass das Volumen der stationären Pflege auf Bundesebene konstant gehalten werden kann. Dieses Szenario ist damit ein „Wunschscenario“, das den in § 3 SGB XI normierten „Vorrang der häuslichen Pflege“ umsetzt, das aber auch mit der Schaffung neuer Wohnformen und Pflegesettings einhergeht.

Die Kommunen sind aktuell einem großen Handlungsdruck ausgesetzt – sie wollen und müssen oft neue Versorgungsstrukturen in der Altenhilfe schaffen, die ein gutes Altwerden vor Ort ermöglichen,



nicht zuletzt um der Abwanderung der älteren Bevölkerung auf Grund fehlender lokaler Unterstützungsstrukturen entgegenzuwirken. Eine Positionierung in Richtung stationäre Pflege bremst aber gleichzeitig das Entstehen alternativer Modelle und Strukturen aus. Insofern ist es äußerst bedeutsam, wie sich die einzelne Kommune in der derzeitigen Debatte entscheidet. Deutlich wird, dass Szenario 3 der Logik der „Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ am ehesten entspricht und dass Entwicklungen, die in diese Richtung gehen, eine Investition in die Zukunft darstellen, zumal sich bei einer deutlichen Zunahme der stationären Pflegeplätze der Fachkräftemangel noch drastischer bemerkbar machen würde, als das heute schon der Fall ist. Auch die unterschiedlichen Entwicklungen bei den jeweils benötigten Pflegekräften werden mit den Pflegeprognosen verknüpft und in die Zukunft projiziert. Unter <https://www.wegweiser-kommune.de/statistik/pflegeprognose> sind diese Daten jeweils auf Landkreisebene abrufbar.

1.2 Demografietypen und spezifische Ausprägungen in den Modellkommunen

Zur demografischen Entwicklung sind ebenfalls entsprechende Daten abrufbar. Eine Besonderheit stellen die Demografietypen dar, denen im Wegweiser Kommune alle Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner zugeordnet werden. Auf der Basis von ähnlichen Kennzahlenausprägungen in ihrer demographischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung werden Gemeinden mit ähnlichen Ausprägungen in einer Gruppe oder einem Demografietyt zusammengefasst (Große Starman und Klug 2012a, b, c). Diese Form der Typenbildung erlaubt generalisierende Aussagen über erwartbare Entwicklungen der nächsten Jahre und Jahrzehnte.

Auch das Statistische Landesamt Baden-Württemberg bietet für alle Gemeinden im Land unter <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/BevoelkGebiet/Demografie-Spiegel/> den Demografie-Spiegel an, der entsprechende Prognosen, vor allem zur Bevölkerungsentwicklung enthält. Er wurde gerade im Sommer 2014 aktualisiert.

Für die Auswahl der Modellkommunen waren die abrufbaren Daten dieser beiden Portale relevante Kriterien. Unterschieden wurde nicht nur nach Stadt und ländlicher Region, sondern auch nach den Ausprägungen und Prognosen im Sinne der Demografietypen.

Die Stadt Freiburg repräsentiert demnach nicht nur eine großstädtische Kommune, sondern gleichzeitig auch den Demografie-Typ 2. Dieser ist gekennzeichnet durch folgende Merkmale (Große Starman und Klug, 2012a, S. 5-21):

- Große soziale Heterogenität mit ethnischer Vielfalt und deutlichen Einkommensunterschieden in der Bevölkerung. Bedingt durch steigende Immobilienpreise führt das dazu, dass es für Haushalte mit mittleren oder niedrigen Einkommen immer schwerer wird, bezahlbaren und qualitativ angemessenen Wohnraum zu finden und die steigenden Lebensunterhaltungskosten in den Wachstumszentren zu tragen. **Auf Freiburg bezogen bedeutet das: Vor allem in den beiden Stadtteilen Littenweiler / Waldsee leben viele alte Menschen in Singlehaushalten (alt eingesessene Bevölkerung, allein lebend in zu großen Wohnungen und Häusern, zusätzlich Hanglagen mit wenig Infrastruktur) und Landwasser (hoher Anteil an Migrant(inn)en, Blockbebauung, viele alte Menschen, die zurückgezogen leben, Stadtteil mit höchster demografischer Alterung).**



- Moderater Alterungsprozess, aber trotzdem Anstieg des Durchschnittsalters sowie des Anteils der hochbetagten Menschen. Wichtig ist es deshalb, die Einrichtungen der sozialen Infrastruktur flexibel auszugestalten, sodass diese gegebenenfalls künftig veränderten Nachfragestrukturen angepasst werden können. **Dies gilt für die gesamte Stadt Freiburg, verdichtet sich aber in den drei Stadtteilen, die im Rahmen des Modellprojekts im Blick waren.**
- Maßnahmen sollen sich auf die demografischen Trends der – hier relativ moderaten – Alterung und der Heterogenisierung konzentrieren.
- „Angesichts der Alterungsprozesse wird auch das lebenslange Lernen zu einem notwendigen Schritt im Wettbewerb mit anderen Standorten der Wissensökonomie weltweit“ (S. 14).
- „Begegnungsmöglichkeiten zwischen unterschiedlichen Bewohnergruppen sowie eine Offenheit gegenüber kulturell spezifischen Anforderungen an die kommunale Entwicklung (...) werden die Vielfalt in der Kommune positiv gestalten helfen“ (S. 20).
- „In der Gruppe der „jungen Alten“ gibt es die größten Steigerungsraten beim bürgerschaftlichen Engagement“ (S. 21).



Bertelsmann Stiftung



Freiburg: Demografie-Typ 2 Sozial heterogene Zentren der Wissensgesellschaft

(Stand Juli 2012)

Insgesamt 56 Kommunen bundesweit

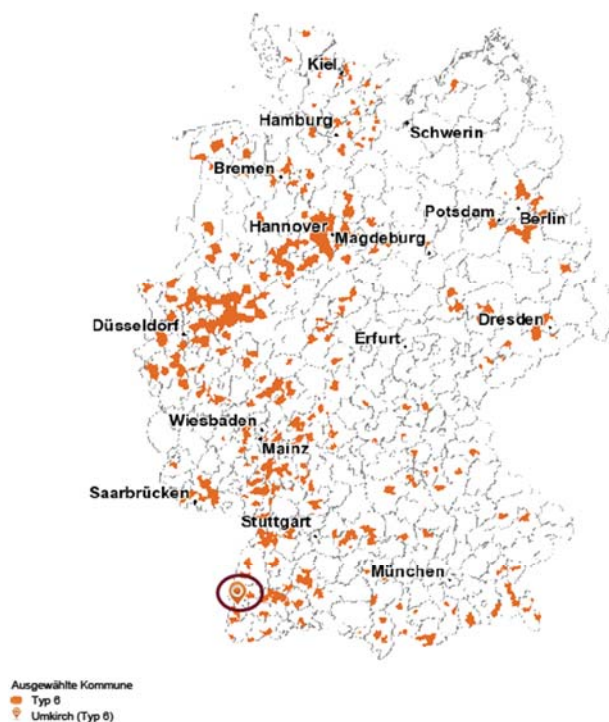
Merkmale: Gravitationsräume der Wissensgesellschaft – hohe Kaufkraft und unterschiedliche Armut – hoher Anteil an Hochqualifizierten am Arbeits- und Wohnort – soziodemographisch heterogen

Die Gemeinde Umkirch repräsentiert nach der Typologie des Wegweisers Kommune den Demografiety 6. Kommunen diesen Typs haben folgende gemeinsame Merkmale (Große Starmann und Klug, 2012b, S. 5-12):

- Sie haben einen relativ hohen Anteil an alten und allein lebenden Menschen, einen geringen Anteil von Kindern und Jugendlichen sowie eine vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichte.



- „Typ 6 ist sehr homogen: In fast allen Kommunen ist die Alterung weit fortgeschritten“ (S. 7). „Die Entwicklung ist nicht umkehrbar; Schrumpfung und Alterung werden die Entwicklung über Jahrzehnte prägen“ (S. 12).
- In der Bevölkerungsentwicklung ist eine Trendwende typisch: statt der bisherigen Stabilität ist künftig mit Einwohnerverlust zu rechnen.
- In den Kommunen besteht ein eher geringer Wohlstand. Es zeigen sich klassische Armutsindikatoren (überproportionaler Anteil von Sozialhilfebeziehern und von Kindern, die auf öffentliche Transferleistungen angewiesen sind, große Gruppen mit Migrationshintergrund). **Die Gemeinde Umkirch hat sehr unterschiedliche Wohngebiete – eines davon (Im Brünnelecker) ist geprägt von hoher Blockbebauung und wird von Migrant(inn)en mit vorwiegend osteuropäischer / russischsprachiger Prägung bewohnt. Vor allem die älteren unter ihnen sind kaum in die Gemeinde eingebunden.**
- Die größte Herausforderung besteht darin, den demographischen Wandel als wichtiges Zukunftsthema ernst zu nehmen und im Dialog mit den örtlichen und regionalen Akteuren eine Demografiestrategie zu erarbeiten bzw. fortzuführen und umzusetzen.
- „...zunehmende Konkurrenz um Einwohner und Arbeitsplätze und den steigenden finanziellen Druck bei der Gewährleistung öffentlicher Aufgaben“ (S. 10). **Die Gemeinde Umkirch hat insgesamt eine hohe Fluktuation. Die arbeitende Bevölkerung pendelt in die Stadt, es gibt wenig gewachsene Identifikation mit der Kommune.**



| BertelsmannStiftung



Umkirch: Demografie-Typ 6 Mittelgroße Kommunen geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum

(Stand Juli 2012)

Insgesamt 404 Kommunen bundesweit

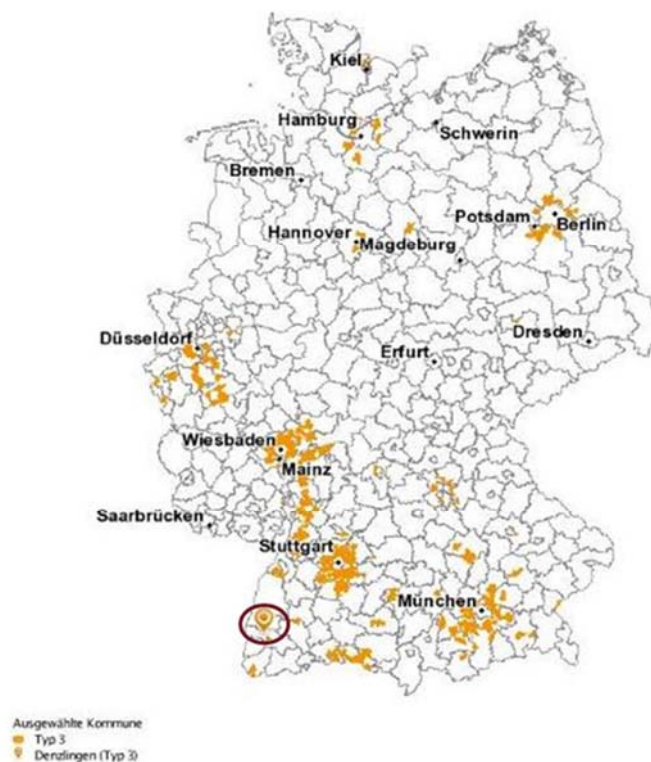
Merkmale: viele ältere, wenige jüngere Menschen
– bisher stabile Bevölkerungsentwicklung,
zukünftig Bevölkerungsverluste – Bedeutung als
regionale Wirtschaftszentren –
geringer Wohlstand

Folie 1 von X

Die Gemeinde Denzlingen ist dem Demografiety 3 zuzuordnen. Der entsprechende Demografiebericht der Bertelsmann Stiftung weist darauf hin, dass es bei Kommunen des Typs 3 zwar insgesamt



eine gute Ausgangsposition gebe. Es sei für sie aber dringend geboten, ihr demografisches Gleichgewicht zu sichern und durch Infrastrukturanpassungen und –entwicklungen ihre Attraktivität und Wohnqualität zu erhalten (Große Starmann und Klug, 2012c, S. 5-12).



Bertelsmann Stiftung



**Denzlingen: Demografie-Typ 3
Prosperierende Kommune im Umfeld
dynamischer Wirtschaftszentren**
(Stand Juli 2012)

Insgesamt 292 Kommunen bundesweit

Merkmale: Hohe Kaufkraft – hoher Anteil an Hochqualifizierten – geringe Bedeutung als Arbeitsort/sehr wenige Arbeitsplätze
Hochqualifizierter - dynamische Bevölkerungsentwicklung

17

Auffällig für Denzlingen ist der hohe statistische Wert bei der Bildungswanderung, also von Personen, die auf Grund der beruflichen Ausbildung, eines Studiums oder einer beruflichen Weiterbildung den Wohnort verlassen. Dieser Wert liegt bei -19,9 Personen pro 1000 Einwohner. Gleichzeitig weist die Alterswanderung mit +5,2 pro 1000 Einwohner(innen) auf einen Zuzug älterer Bürger(innen) hin.

Folgende Kennzeichen prägen Kommunen des Typ 3 (Große Starmann und Klug, 2012c, S. 5-9):

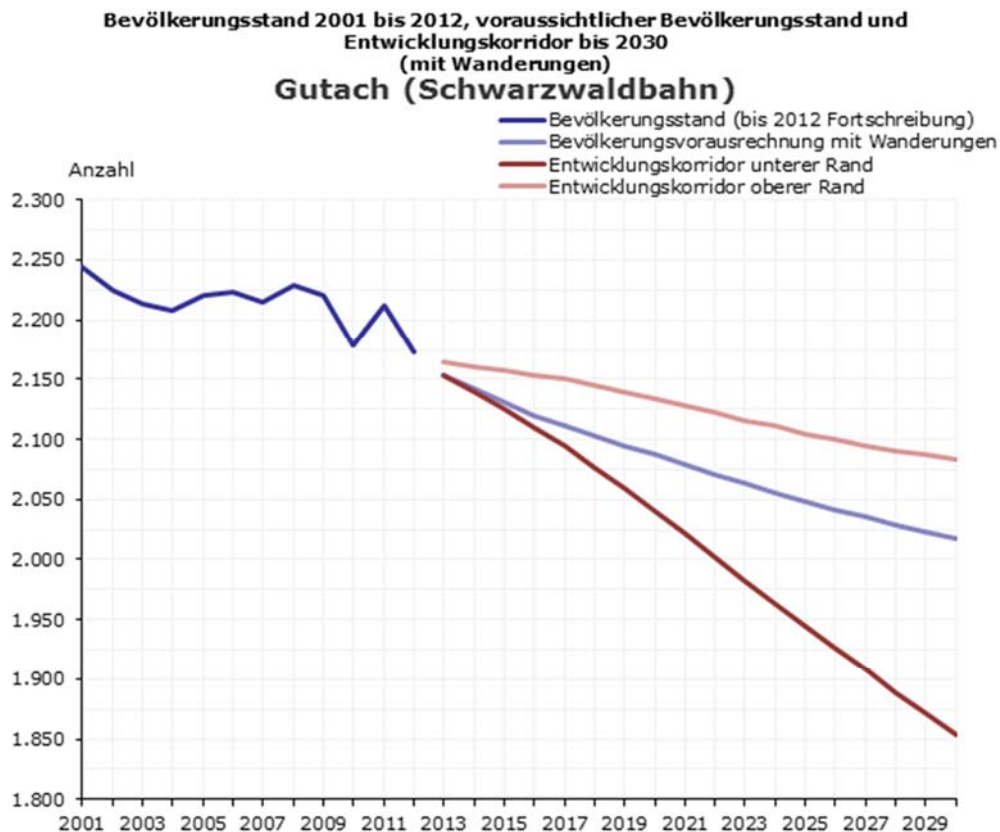
- Die Kommunen werden in den kommenden Jahrzehnten mit Alterungserscheinungen konfrontiert. (...) Fehlende Barrierefreiheit, im öffentlichen Raum wie auch in Wohnungen und Gebäuden, führt zu eingeschränkter Mobilität vor allem der älteren und mobilitätsbehinderten Menschen und schränkt gleichzeitig deren Selbstständigkeit ein. Hier spielen auch topographische Gegebenheiten eine Rolle.
- Durch eine in der Vergangenheit zeitgleiche Erschließung zusammenhängender Wohngebiete und eine Besiedlung durch meist junge Familien findet aktuell in vielen Nachbarschaften ein Prozess der sogenannten Kohortenalterung statt. **Das betrifft große Wohngebiete in Denzlingen sowohl im alten Ortskern, als auch in Heidach 1 und 2. Dadurch können bisher gewachsene und unterstützende Nachbarschaften brüchig werden, weil viele ältere und alte Menschen in der unmittelbaren Umgebung fast gleichzeitig hilfe- und pflegebedürftig werden. Das macht zugehende Formen der Unterstützung und Beratung notwendig.**
- Vor dem Hintergrund zunehmender Alterung ist mit einer veränderten Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen zu rechnen. Deren Umbau und die flexible, multifunktionale Nutzung



sind eine weitere daraus resultierende Herausforderung. **Die Frage der konzeptionellen Ausrichtung dieser benötigten sozialen Einrichtungen stellt sich in Denzlingen relativ rasch, verbunden mit den Fragen der infrastrukturellen Versorgung und des intergenerationellen Austauschs.**

- Durch einen auch künftig erwarteten Anstieg der Ein- und Zweipersonenhaushalte kann es trotz stabiler oder wachsender Bevölkerung zum Phänomen des „inneren Leerstands“ kommen: einer Unterauslastung der – oft auf Familien ausgelegten – Wohnflächen in den Wohnungen und Eigenheimen.
- Wenn sich der Trend der Re-Urbanisierung fortsetzt, wird dies auch die Kommunen des Typs 3 betreffen. Einerseits können sie selbst – sofern sie urbane Strukturen aufweisen – Ziel dieses Trends werden, andererseits müssen sie sich darauf einstellen, als „Überlaufräume“ der Metropolen zu fungieren.

Die Gemeinde Gutach im Schwarzwald steht für das Altern im ländlichen Raum. Die kleine ländliche Kommune, mit einer Einwohnerzahl von 2.200 Personen, wird von der Bertelsmann Stiftung nicht erfasst. Sie findet sich aber im Demografie-Spiegel des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg und hat dort die Prognose einer deutlich schrumpfenden Gemeinde: Die junge Bevölkerung wandert ab, junge Familien kommen kaum nach und die alte Bevölkerung bleibt.



Bis 2010 Fortschreibung des Bevölkerungsstandes jährlich zum 31. 12. Basis VZ '87, ab 2011 Basis Zensus 9. 5. 2011; bis 2012 Ist-Werte, ab 2013 regionalisierte Bevölkerungsvorausrechnung Baden-Württemberg (mit Wanderungen), Basis Bevölkerungsstand zum 31. 12. 2012. Aufgrund der unterschiedlichen Fortschreibungsbasis ist der Vergleich zwischen 2012 bzw. 2011 mit 2010 sowie den zurückliegenden Jahren nur eingeschränkt aussagekräftig.

Diagramm 1.2

© Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 2014



Damit steht Gutach nicht alleine - viele kleine ländliche Kommunen müssen sich den Auswirkungen und Herausforderungen des demographischen Wandels stellen. Das Altern im ländlichen Raum hat eigene Ausprägungen und ist eng verbunden mit den Themen Mobilität und Infrastruktur. In der vorwiegend alten Bausubstanz geht es auch um das Herstellen von Barrierefreiheit und Sicherstellung der Versorgung und Pflege. **Dafür gilt es, in Gutach vorbereitende Strukturen aufzubauen. Es geht dabei um Beteiligung und Ermöglichung sowie um die Schaffung neuer Angebote, die ein individuelles Pflegemix-Konzept entwickelbar machen. Dafür müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, auch in zugehenden Formen.**



Kapitel 2: Leitkonzepte im Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“

Im Modellprojekt ging es im Kern darum, neue Wege zu erproben und innovative Konzepte zu entwickeln, um in städtischen Wohnquartieren, in Stadtrandgemeinden und im ländlichen Raum den wachsenden Bedarf an Begleitung, Unterstützung und Versorgung pflegebedürftiger Menschen, vor allem mit dem Blick auf die Zukunft, nachhaltig abzusichern. Denn, vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, der verbunden ist mit umfassenden gesellschaftlichen Umbrüchen, gilt es künftig, den vielfach öffentlich und medial inszenierten Krisenszenarien, die für die Zukunft einen massiven Pflegenotstand prognostizieren, neue und konstruktive Modelle zur Sicherung der Pflege entgegenzusetzen (Kricheldorf 2015 und 2013).

Zur Umsetzung innovativer Modelle ist ein Zusammenwirken von professionellen Diensten, Freiwilligen, Angehörigen und Nachbarn, auf Augenhöhe, in einem Mix aus unterschiedlichen und auf einander abgestimmten Zuständigkeiten und Leistungen, richtungsweisend. Damit entsteht ein neuer Pfleagemix, in dem verschiedene Akteure miteinander vernetzt handeln und die Belastungen der Pflege, die aktuell in ca. 70% aller Fälle von den Familien getragen werden, auf viele Schultern zu verteilen (Bubolz-Lutz & Kricheldorf 2011 und 2006). Das Konzept des Pfleagemix geht also vom Leitbild der geteilten Verantwortung aus. Vor allem an der Schnittstelle von privater und professioneller Hilfe sind aber heute noch deutliche Lücken erkennbar, die mit dem Projekt gezielt bearbeitet werden sollten. Ein sozialräumlicher Ansatz, verbunden mit den Methoden Soziale Netzwerkarbeit und Empowerment waren dafür die tragenden fachlichen Säulen (Kricheldorf 2014 und 2012). Die theoretischen und fachlichen Leitkonzepte, auf denen das Modellprojekt basierte, werden im Folgenden kurz skizziert.

20

2.1 Caring Community und die Bedeutung der Lokalen Verantwortungsgemeinschaften

Die Zunahme von älteren und hilfebedürftigen Menschen, die Fragilität der Angehörigenpflege und die Zerbrechlichkeit von innerfamiliären Netzwerken weisen auf die immer stärkere Bedeutung eines Wohnumfeldes hin, in dem Bewohner nicht isoliert nebeneinander leben, sondern füreinander einstehen und Verantwortung übernehmen. Durch die Initiierung und Stärkung lebendiger Nachbarschaften wird die Zielsetzung eines gelingenden Alterns fokussiert, auch wenn Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zunehmen. Indem der Aufbau generationenübergreifender Netzwerke und die Eröffnung von Zugangsmöglichkeiten zu den Unterstützungssystemen konzeptuell verankert werden, wird älteren Menschen sowie deren Angehörigen soziale Teilhabe ermöglicht und erhalten. Dadurch gewinnen alle Beteiligten: die Bürger(innen), die durch Ansprechpartner(innen) vor Ort begleitet und unterstützt werden, die gewonnenen Freiwilligen, die sich ein Feld erschließen, in dem sie sich einbringen können und bürgerschaftlich aktiv werden, sowie die professionellen Akteure im Stadtteil, die von einer Profilierung und Öffnung ihrer Einrichtungen als auch einer verbesserten Kooperation und Vernetzung untereinander profitieren können. Im Blick ist damit auch die Verbesserung der Lebensqualität im Wohnumfeld insgesamt (Kricheldorf 2015 und 2013).

Das sind, in einer ganz groben Skizzierung, die Grundzüge der Vision einer Caring Community, in der der Einzelne nicht länger auf sich selbst verwiesen bleibt und unter anderem auch die Sicherung der Pflege zu einer Gemeinschaftsaufgabe wird. Diese Vision steht für eine neue Pflegekultur und insgesamt für eine neue Kultur des Älterwerdens. Soziale Verbundenheit und Teilhabe aller Menschen, im



Sinne von gelebter Inklusion, sind dabei tragende Säulen. In der konsequenten Vernetzung der einzelnen Personen mit dem Wohnumfeld, mit dem Sozialraum (Hoch & Otto 2005), weist dieser Ansatz weit über das persönliche Pflegesetting hinaus und es geht ebenso um eine Erweiterung des Blickwinkels weit über die familiären Grenzen hinweg. *„Zur Entwicklung lebendiger Nachbarschaften und zur Initiierung von Nachbarschaftsprojekten in Stadtteilen, Wohnquartieren, Wohnanlagen etc. sind die Motivierung von Bürgerengagement sowie die Aktivierung der Selbsthilfepotentiale und Eigeninitiative der Bürger/innen zentrale Bausteine. Ziel der Nachbarschaftsprojekte ist es, zum einen die Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren, sich an der konkreten Entwicklung und Gestaltung einer lebendigen Nachbarschaft zu beteiligen. Zum anderen geht es darum, Eigeninitiative und selbstorganisierte Strukturen aufzubauen bzw. diese zu stärken“* (Konzet 2010, S. 24).

Der profilierte Vertreter der Sozialpsychiatrie Klaus Dörner (2007 und 2008) vertritt die Idee eines umfassenden de-institutionalisierten Hilfesystems mit Bürgerbeteiligung und sieht eine zentrale Rolle des „dritten Sozialraums der Nachbarschaft“ für den Verbleib in der Wohnung oder im Viertel, in sozialer Eingebundenheit bis zum Tod (Scholl & Konzet 2010 b). Nachbarschaft als Raum, den die Menschen als „Wir“ erleben können, [...] *„gehört zu dem merkwürdigen Zwischengebilde des dritten Sozialraums, der zwischen dem ersten Sozialraum des Privaten und dem zweiten Sozialraum des Öffentlichen liegt“* notwendig für das, *„was die Fähigkeit des einzelnen familiären Haushalts“* übersteigt (Dörner 2008, S. 13).

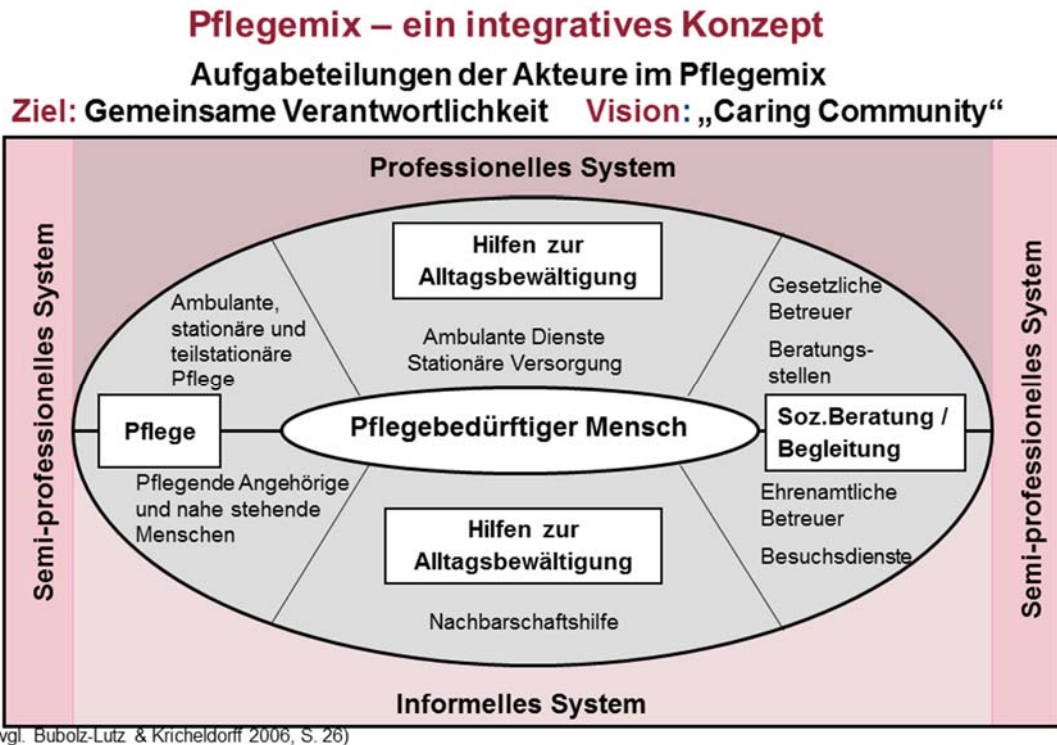
Hervorzuheben ist das damit verbundene Menschenbild, das auch den entwickelten Pflegemix-Konzepten zu Grunde liegt: Angestrebt wird die Entwicklung einer Haltung, in der die Verbundenheit von Bürger(inne)n und die Mitverantwortung für die Gestaltung von schwierigen Lebensverhältnissen Grundwerte darstellen. Die Aufmerksamkeit für die Bedürfnisse anderer soll geschärft, in jedem Falle aber sollen deren Autonomie und Selbstbestimmung geachtet werden. Allen Akteuren muss dabei Partizipation ermöglicht werden. Es kann nicht angehen, Hilfe und Unterstützung zu planen, ohne sich mit den Betroffenen auszutauschen und Pläne gemeinsam zu entwickeln. Nicht für, sondern mit den Betroffenen und Beteiligten – also mit hilfs- und pflegebedürftigen Personen, deren Angehörigen, Freunden, Nachbarn, aber auch Professionellen – sind neue Wege zu suchen, damit Pflege gelingen kann (Scholl & Konzet 2010a). Mit diesem Verständnis von Hilfs-, Unterstützungs- und Bildungsprozessen als „Koproduktion“ werden Freiwillige zu Motoren für ein Umdenken im Bereich der Pflege. *„Der bürgerschaftliche Ansatz bringt Pflegebedürftige, Angehörige und Fachkräfte zusammen“*. So kann *„[...] ein unterstützendes Milieu entstehen, das Fürsorglichkeit als gemeinschaftliches Handeln im Gemeinwesen von Betroffenen und Nichtbetroffenen entwickelt“* (Steiner-Hummel 1997:120). Ein, für den Menschen würdiges Leben mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit zu ermöglichen wird so zu einem expliziten Anliegen im öffentlichen Raum. Neben den Dimensionen staatlicher und persönlicher Verantwortung scheint in dieser Argumentation eine dritte Dimension auf – die der „Bürgergesellschaft“ als Bezugspunkt für Sozialstaatlichkeit. Gesetzt wird auf „gemischte Strukturen“, in denen sich staatliche Mitverantwortung, die Nutzung von Marktelementen und das Engagement aus der Bürgergesellschaft miteinander verbinden.

Diese Idee einer Kooperation aller Akteure auf Augenhöhe, im Sinne einer Caring Community, lässt sich jedoch nur dann umsetzen, wenn in die dafür notwendigen Aushandlungs- und Realisierungsprozesse die Institutionen, Betroffene, Angehörige und zum Engagement bereite Bürger(innen) gleichberechtigt involviert sind. Die Neuverteilung der Verantwortlichkeiten fordert von allen Beteiligten einen Umdenk- und Lernprozess, eröffnet aber auch neue Chancen und Optionen und führt in der Konsequenz zu einem Gesellschaftsentwurf in dem Solidarität und Mitverantwortung tragende Säulen sind (Kricheldorf 2015 und 2013).



2.2 Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften

Das Konzept des Pflegemix geht vom Leitbild der geteilten Verantwortung aus. Es fokussiert auf individuelle Pflegesettings, an denen viele Akteure beteiligt sind: Angehörige, Nachbarn, Professionelle und Freiwillige.



22

Diese Akteure verbinden sich zu einem persönlichen Netzwerk, das pflegende Familien entlastet und die Versorgung und Pflege zu Hause auch dort möglich macht, wo eine einzelne pflegende Person längst an persönliche Grenzen stoßen würde (Bubolz-Lutz /Kricheldorf, 2006). So wird eine Lücke zwischen professionellem und informellem Unterstützungssystem für pflegende Familien geschlossen. Die mit institutionellen Angeboten verbundenen Vorbehalte der Nutzer entfallen speziell dadurch, dass persönliche, hierarchiefreie, informelle Beziehungen aufgebaut werden. Die „Bring-Struktur“ erleichtert eine Inanspruchnahme dieses als niederschwellig einzustufenden Angebotes. Qualifizierte Laien fungieren als Vermittler zwischen Professionellen und Familien, in enger Kooperation mit Selbsthilfeinitiativen. Durch die kompetente Begleitung der Familien verbessern sich deren Lebensqualität und damit zusammenhängend auch die Pflegequalität im häuslichen Bereich.

2.3 Empowerment

Wenn es darum geht, die „Lebensphase nach Beruf und Familie als zu gestaltende Zeit und Chance zu begreifen“ (Kricheldorf, 2011, S. 17), handelt es sich hierbei nicht nur um eine Orientierungshilfe im Sinne von Unterhaltungsmöglichkeiten und Freizeitgestaltung, sondern um die Würdigung dieser Phase als individuelle Identitätsentwicklung, die auch als solche Unterstützung bedarf (Kricheldorf, 2011, zit. nach Erikson 1959; 1977; 1982).



Deshalb ist es an dieser Stelle ein zentrales Anliegen, die Potenziale der Älteren sichtbar zu machen und deren Nutzen für das Vorhaben aufzuzeigen (Kricheldorf, 2011). Weiterhin benötigt man ein Instrument zur Initiierung sozialer Netzwerke, aus denen eine „*generationenübergreifende Solidarität*“ (Kricheldorf, 2011:17) erwachsen kann. Somit geht es an dieser Stelle auch um die „*Bildung, Förderung und Begleitung von Gruppen und Individuen*“ (Kricheldorf, 2011:17). Der Empowerment-Ansatz stellt hierfür „*ermöglichende und förderliche Bedingungen*“ (Kricheldorf, 2011:17).

Das Empowerment-Konzept orientiert sich an den Stärken und Kompetenzen und ist damit an den Ressourcen der Menschen ausgerichtet (Herriger 2006; Galuske 2007). Unschärf in der aktuellen Fachdebatte ist nach wie vor, ob es sich dabei um ein Handlungskonzept oder eine spezielle professionelle Haltung handelt, in der die „*Förderung von Potenzialen der Selbstorganisation und gemeinschaftliches Handeln*“ (Galuske, 2007:262 zit. nach Stark, 1996:159) in das Zentrum gestellt wird. In der Praxis werden Menschen ermutigt, ihre eigenen Stärken und Ziele zu entdecken und zu erkennen, dass sie ihre eigenen Lebensbedingungen mitprägen und gestalten können (Herriger 2006; Kricheldorf, 2008; Kricheldorf, 2014). „*Die Achtung vor der Autonomie und der Lebensentwicklung des Einzelnen*“ (Kricheldorf, 2008:53) steht dabei im Mittelpunkt. Für die individuelle Stärkung bedarf es jedoch auch immer gesellschaftlicher Rahmenbedingungen, „*ohne die das Selbsthilfepotenzial kaum zu entwickeln ist*“ (Bullinger und Nowak, 1998:148)

Das Empowerment-Konzept findet seine Umsetzung dabei in den Dimensionen des Sozialen und des Individuellen. Für den hier angelegten Kontext bedeutet das Empowerment-Konzept vorerst einmal, dass „*der alternde Mensch als Experte in eigener Sache und als Gestalter seiner Umwelt wahrgenommen wird. Es wird ihm Handlungsfähigkeit zugeschrieben, auch bei wachsendem Hilfe- und Pflegebedarf*“ (Kricheldorf, 2014:107).

Seine Potenziale und Ressourcen sollen zum einen für sich selbst und zum anderen für die soziale Umwelt nutzbar gemacht werden (Kricheldorf, 2011: 28). Heruntergebrochen auf vier Praxisebenen lässt sich in Kürze folgendes festhalten:

Auf der **Individualebene** werden „*Bewältigungsressourcen [...] entdeckt und nutzbar gemacht*“ (Kricheldorf, 2008: 53). Das Empowerment-Konzept bietet dabei mit seiner Ressourcenorientierung gezielte Interventionen, mit denen die Selbstwirksamkeit der Menschen gestärkt und „*das Vertrauen des alten Menschen in sich und seine soziale Umwelt*“ (Kricheldorf, 2014, S. 108) wieder hergestellt werden soll.

Auf der Ebene der **Sozialen Netzwerke** stehen „*lebensweltliche Unterstützungsnetzwerke*“ (Kricheldorf, 2008: 53) im Mittelpunkt, durch welche die Solidarität erlebbar und erfahrbar gemacht werden kann (Kricheldorf, 2008). Im Kontext dieser Abhandlung geht es dabei vor allem um die Bedeutung der Integration der Personen in Netzwerke wie der Nachbarschaft oder Freunde.

Die dritte **institutionelle Ebene** beschäftigt sich mit der Öffnung von Verbänden und Dienstleistungsbehörden „*für bürgerschaftliche Teilhabe und Partizipation der Betroffenen*“ (Kricheldorf, 2008:53). Durch aktive Beteiligung und Lobbyarbeit soll die Schaffung nötiger Strukturen, die Implementierung von Dienstleistungen und die Ermöglichung bürgerlicher Partizipation bei Entscheidungen (Kricheldorf, 2011) realisiert werden. Auch die (lokal)politische Ebene setzt auf Partizipation der Bürger (Bürgerbeiräte etc.), wobei diese als „*Experten in eigener Sache*“ (Kricheldorf, 2008:53) die Möglichkeit bekommen sollen, einen Prozess zu initiieren und diesen mitzugestalten. Das heißt, dass auch den älteren Bürgern ermöglicht werden soll, sich mit ihren demokratischen Rechten einbringen zu können und dadurch ihre lokale Umwelt mitzugestalten (Kricheldorf 2008; Kricheldorf 2011).



2.4 Soziale Netzwerkarbeit

Die Entwicklung und Umsetzung der Netzwerkarbeit, im Fall, wie auch im feldbezogenen Sinne, wird als effektive und effiziente, nachhaltige sowie präventive Lösung für den immer schnelleren gesellschaftlichen Wandel und in Bezug auf die Hürde der Ressourcenknappheit gehandelt. Die Erwartungen an deren „Wirkkraft“ sind meist sehr hoch angesetzt und das Vorhaben, ein Netzwerk aufzubauen, ist auf Grund der Komplexität des Vorgehens häufig zum Scheitern verurteilt. Positive Beispiele zeigen jedoch auf, wie hilfreich und effektiv funktionierende Netzwerke sein können. Im Laufe der letzten Jahre hat sich denn auch eine klare professionelle Entwicklung und Spezifizierung von Sozialer Netzwerkarbeit im Sozial- und Gesundheitssektor abgezeichnet.

Der Aufbau eines Netzwerkes ist jedoch zu Beginn mit einer merklichen Erhöhung der Investition von Arbeitsressourcen verbunden. So darf dabei insbesondere der notwendige personelle und somit oft kostspielige Einsatz nicht unterschätzt werden (Quilling et. al., 2013, S. 10), der aber für die Nachhaltigkeit notwendig ist und sich auszahlt.

Der Begriff des „Sozialen Netzwerkes“ wurde vorwiegend vom Ethnologen Clyde Mitchell (1969) geprägt. In seinen Arbeiten, die sich auf afrikanische Städte beziehen, zeigt er auf, dass innerhalb eines Personenkreises eine gewisse Anzahl von Verknüpfungen als ein Soziales Netzwerk verstanden werden kann. Wenn man die Eigenschaften dieser Beziehungen analysiert, lässt sich daraus auch auf das Sozialverhalten eines Individuums schließen (Galuske, 2007). Die Metaphorik des Begriffes „Netzwerk“ kann als graphische Darstellung eine konkrete Umsetzung finden und Bezüge, Beziehungen und das Eingebunden-Sein Einzelner sowie Organisation u.ä. verdeutlichen. Die einzelnen Personen werden dabei durch Knoten dargestellt, wohingegen die Verbindungslinien die „Art“ der Beziehungen zwischen den Knotenpunkten aufzeigen. Das heißt, dass sie im weitesten Sinne für den Austausch zwischen Personen stehen. Auf diesen „Gleisen“ kann jede Form des Austausches stattfinden. Es kann sich leicht vorstellbar um Geld oder Waren handeln. Aber auch Resonanzen in Form von sozialen Erwartungen können hierbei eine Rolle spielen. Der Vorteil bei dieser Form der Analyse ist, dass es eine Ebenen übergreifende Prägung hat. Diese umfasst die gesamten Verbindungen zur umgebenden Umwelt. Das bedeutet, dass hierbei nicht nur Beziehungen zwischen Personen, sondern auch die Bezüge von Personen zu ihrer gesamten Umwelt mit eingeschlossen werden und damit also auch die Verbindungen zu „größeren gesellschaftlichen Strukturen“ (Bullinger & Nowak, 1998: 64) aufgezeigt werden können. Die Analyse eines Netzwerkes stellt somit die wechselseitigen Beziehungen dar und zeigt die Integration einzelner (Personen, Einrichtungen, Organisationen etc.) in die Gesellschaft auf (Galuske, 2007; Bullinger & Nowak, 1998; Quilling et. al., 2013).

Nowak und Bullinger betonen, dass der Begriff des „sozialen Netzwerkes“ zu allgemein gehalten sei und demgemäß eine Spezifizierung brauche (Bullinger & Nowak, 1998:70). Sie differenzieren in drei Typen aus, die zugleich das oben genannte Merkmal des „Ebenen-übergreifenden“ sowie die Vielfältigkeit der Verbindungen (Personen zu Personen, unter Organisationen etc.) nochmals verdeutlichen.

Die primären Netzwerke bezeichnen die mikrosoziale Ebene und sind jene lokalgemeinschaftlich ausgeprägten Gefüge, in welche die Individuen hineingeboren werden oder für die sie sich aus eigenen Stücken entscheiden. Diese Kreise kategorisiert man unter dem Begriff der primären Netzwerke: Familie, Verwandtschaft, Nachbarschaft und Freundschaften (Bullinger & Nowak, 1998: 70).

Mit den sekundären Netzwerken wird die makrosoziale Ebene dargelegt. Diese Ebene umfasst jene Netzwerke, in die „die Individuen hineinsozialisiert werden und die das Alltagsleben der Menschen entscheidend prägen“ (Bullinger & Nowak, 1998: 82). Bullinger und Nowak bezeichnen sie ebenfalls



als global-gesellschaftliche Netzwerke, zu welchen sie alle privat marktwirtschaftlich und öffentlich organisierten Netzwerke zählen. Beispiele für die marktwirtschaftlichen Netzwerke sind mitunter Arbeitsplätze bei Industrieunternehmen oder Dienstleistungsbetrieben. Für öffentliche Netzwerke sind jene Institutionen, die vorwiegend aus Steuermitteln finanziert werden, wie Kindergärten und Universitäten, zu nennen (Bullinger & Nowak, 1998: 82).

Tertiäre Netzwerke beschreiben die mesosoziale Ebene. Mit dieser Ebene ist eine besonders interessante Funktion der darin befindenden Netzwerke genannt. Sie nehmen häufig die Rolle der „Vermittler“ zwischen den zwei weiteren Netzwerken ein oder stellen eine Alternative zu ihnen dar. Sie greifen somit gesellschaftliche Umbrüche auf, die sich direkt auf das Individuum auswirken, wie z.B. die Veränderungen innerhalb der Familien, oder den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat betreffen. Gerade deshalb haben die Netzwerke dieses Typus eine divergierende Form. Um diese Bandbreite aufzuzeigen, lassen sich folgende Beispiele nennen: Selbsthilfegruppen, Initiativen, soziale Dienste z.B. i.S.v. Seelsorge, Verbände und NGOs.

Bei dieser Unterscheidung wird deutlich, dass alle drei Ebenen für das Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ eine Bedeutung haben, wenn auch jeweils auf unterschiedliche Art und Weise und Intensität.

2.5 Kooperation und Koproduktion von Haupt- und Ehrenamt

Das Ziel eines gelingenden Pflegemix ist es, dass sich auch eine neue Form der Kooperation und Koproduktion zwischen hauptamtlich Tätigen und freiwillig bzw. bürgerschaftlich Engagierten widerspiegelt. Aktuell dominieren Formen des bürgerschaftlichen Engagements, in denen die Freiwilligen eher als „Auftragnehmer“ in Institutionen tätig sind oder sie engagieren sich in Initiativen, welche gänzlich abgekoppelt sind von Institutionen. Eine gleichberechtigte Vernetzung auf Augenhöhe von „professionell“ und „freiwillig“ ist kaum vorhanden (Bubolz-Lutz / Kricheldorf 2006).

Viele Erfahrungen auf lokaler Ebene verdeutlichen die symptomatischen Problemfelder, denn oft herrscht Konkurrenz- statt Vernetzungsbereitschaft und es gibt Unübersichtlichkeit statt Einheitlichkeit. Der Gedanke der Kurzfristigkeit statt einer langfristigen Nachhaltigkeit, sowie die fehlende Verbindung mit dem Lebensraum der Beteiligten bereiten weitere Schwierigkeiten.

Nach Jakob (2009, S.23) geht es darum, „Kooperationsstrukturen und Netzwerke zwischen den Einrichtungen und Zusammenschlüssen [...] zu schaffen, um Aufgabenüberschneidungen zu vermeiden und Ressourcen zu bündeln“. Eine Ansiedlung dieser Infrastruktur in der Engagementförderung „im lokalen Gemeinwesen“ ist erstrebenswert. Ein neues Paradigma ist die Verbindung von Freiwilligen und Professionellen in Verantwortungsgemeinschaften. Dies bedarf Aushandlungsprozesse und Kommunikation auf Augenhöhe. Die Sozialraumlogik tritt dann an die Stelle einer bislang dominanten reinen Institutionslogik.

Damit ein bereicherndes Zusammenspiel zwischen hauptamtlich Tätigen und freiwillig Engagierten stattfinden kann, bedarf es eines klaren Bekenntnisses für die Förderung von Bürgerbeteiligungsprozessen und Förderung des Bürgerengagements in den Kommunen. Denn viele Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft aktuell steht, werden sich nur bewältigen lassen, wenn viele Menschen bereit sind, sich bürgerschaftlich zu engagieren. Im Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Deutscher Bundestag 2002) wird umfassend auf die Vorteile des bürgerschaftlichen Engagements hingewiesen: zum einen schaffe es Soziales Kapital (soziale Begründung),



trage dazu bei, dass die Demokratie lebendig bleibt und stärke die Identifikation mit dem örtlichen Gemeinwesen (politische Begründung). Zum anderen führe Bürgerschaftliches Engagement zu angemessenen Lösungen in der kommunalen Daseinsvorsorge (fachliche Begründung) und langfristig gesehen spare man Gelder (fiskalische Begründung).

Bürgerschaftliches Engagement und Bürgerbeteiligung können nicht im „luftleeren“ Raum entstehen. Es braucht klare Rahmenbedingungen und ermöglichende Strukturen von Seiten der Kommune. Wenn Bürger(innen) sich allerdings im Beteiligungsprozess eingebunden fühlen, Dinge entwickeln und umsetzen können ist eine hohe Wahrscheinlichkeit gegeben, dass sie sich dann auch dafür engagiert einsetzen (siehe: Abbildung „Beteiligung und Engagement, finep 2014). In dieser Phase zeigt sich deutlich, wie Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement miteinander verwoben sind. Personen die mit beraten, können auch leichter für Engagement geworben werden. Personen, die selbst engagiert sind, wollen dann auch mitberaten.

Die nachfolgenden Empfehlungen, verfasst vom Netzwerk-Bürgerbeteiligung (2014: 2-5) richten sich an kommunale Entscheidungsträger(innen) in Politik und Verwaltung, wie auch an die kommunale Bürgergesellschaft, die auf dieser Basis die Etablierung einer verlässlichen Bürgerbeteiligung einfordern kann:

„1. Eine verlässliche kommunale Beteiligungspolitik braucht den Willen zur Bürgerbeteiligung. (...) Am Beginn des Weges hin zur ‚beteiligungs-orientierten Kommune‘ steht deshalb eine klare politische Willensbekundung in Form eines Ratsbeschlusses. Hilfreich ist ein breiter, parteiübergreifender Konsens.

2. Eine verlässliche kommunale Beteiligungspolitik gründet auf gemeinsam erarbeiteten »Leitlinien Bürgerbeteiligung« und formuliert Anforderungen an eine gute Beteiligungspraxis.

3. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung braucht eine beteiligungsorientierte Verwaltung und Politik.

4. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligungspolitik stärkt die repräsentative Demokratie. Sie ist dialogorientiert und sorgt für das konstruktive Zusammenwirken von dialogischen Beteiligungsverfahren und direktdemokratischen Instrumenten (Bürgerbegehren, Bürgerentscheide).

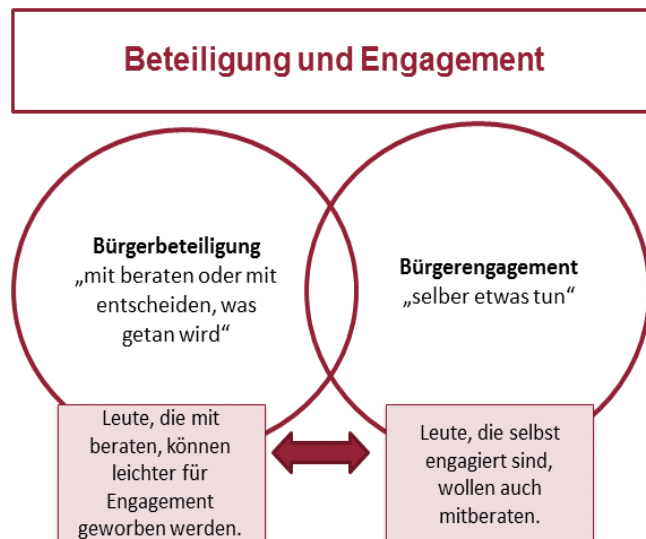
5. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung umfasst alle kommunalen Handlungsfelder und Entscheidungen.

6. Eine verlässliche kommunale Beteiligungspolitik benötigt eine regelmäßige Evaluation und Bestandsaufnahme der lokalen Beteiligungsaktivitäten.

7. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung braucht Transparenz.

8. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung ermöglicht die Mitwirkung aller.

9. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung braucht Unterstützung und Infrastruktur für eine gute Beteiligungspraxis.



10. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung stärkt die demokratische Praxis in allen lokalen Institutionen und Organisationen.

11. Eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung braucht starke Kommunen und ausreichende Ressourcen.“

Das Netzwerk-Bürgerbeteiligung betont insbesondere die Bedeutung einer *„ausreichenden und gesicherten finanziellen und personellen Ausstattung, wenn eine verlässliche kommunale Bürgerbeteiligung ernsthaft umgesetzt werden soll“* (2014: 5). Zusätzlich wird auf folgenden zentralen Punkt hingewiesen: Die notwendigen Ressourcen *„ebenso wie die erforderlichen rechtlichen Gestaltungsspielräume – können auf unterschiedlichem Wege garantiert werden, ohne das Haushaltsrecht der Gemeindevertretung infrage zu stellen“* (Netzwerk-Bürgerbeteiligung, 2014:5).

Laut Angelika Vetter (2013) müsse Bürgerbeteiligung als Informationsgewinn verstanden werden und zwar besonders im Hinblick auf die Entscheidungen, die aktuell in der Kommune anstehen (vgl. auch Vetter & Ulmer 2013). Durch mehr Bürgerbeteiligung könne sie die Legitimation und die Akzeptanz ihres Handelns stärken und dadurch die Verbindung zwischen Bürgern und Politik festigen. Mehr Bürgerbeteiligung heißt deshalb nicht zwangsläufig, dass die Entscheidungskompetenz von den Räten weg verlagert wird, sondern die Entscheidungen werden vielmehr in ihrer Relevanz und in ihrem Bezug zur Bürgerschaft deutlicher und nachvollziehbarer.



Kapitel 3: Innovative Pflegemix Konzepte der Modellkommunen

3.1 Stadt Freiburg

3.1.1 Stadtteile Littenweiler und Waldsee

In Littenweiler und Waldsee – zwei Stadtteile im Freiburger Osten, die in einander übergehen und deren Grenzen sich im öffentlichen Bewusstsein deutlich überschneiden, leben 1.330 über 65-Jährige – dies entspricht einem Bevölkerungsanteil von 17,1% (Stand 01.01.2014). Littenweiler ist ein Stadtteil mit zum Teil dorfähnlichem Charakter. Die Bewohnerschaft ist mehrheitlich bürgerlich geprägt, es gibt einen hohen Anteil an Wohneigentum. Viele leben alleine in einem oftmals inzwischen zu großen Haus oder einer entsprechenden Wohnung, zum Teil in Hanglagen mit schlechter Versorgungsstruktur. Diese Situation ist typisch für Randlagen vieler Städte in Baden-Württemberg, die u.a. beispielsweise von großflächigen Eingemeindungen in den 1970er Jahren geprägt sind. Die relativ homogene Bewohnerstruktur in einzelnen Quartieren der beiden Stadtteile ergibt sich aus dem Umstand, dass die Bewohner(innen) zunächst in familiengeprägten Nachbarschaften gewohnt, nach dem Auszug der Kinder und / oder dem Verlust des Partners nun allein lebend sind. Es gibt einen allmählichen Zuzug junger Familien, was die Bewohnerstruktur in der Perspektive verändern und wieder gemischer werden lässt. Diesen Transformationsprozess wissenschaftlich zu begleiten und daraus Handlungsansätze für die Stärkung intergenerationeller Nachbarschaftsstrukturen zu entwickeln, war das Anliegen des Modellvorhabens „VEGA - Verantwortungsgemeinschaften für gelingendes Altern im Quartier“. Dieses wurde von uns gemeinsam mit der Stadt Freiburg / Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt und mit der Heilgeistspitalstiftung Freiburg, die mehrere Altenhilfeeinrichtungen in den beiden Stadtteilen betreibt, in einem mehrjährigen Prozess seit 2010 umgesetzt und in den beiden Stadtteilen durch Teilprojekte verankert (vgl. Kricheldorf & Klott 2012).

Das Landesmodellprojekt „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ wurde in den Stadtteilen Littenweiler und Waldsee als Teilprojekt an das noch immer aktive VEGA-Projekt angegliedert. Zusätzlich zu den bisherigen Aktivitäten und weiteren Teilprojekten in VEGA, die sich vor allem auf die Älteren in der nachberuflichen Phase und auf das intergenerationelle Miteinander konzentrierten, sollten über das Landesmodellprojekt nun auch die Menschen in den Blick genommen werden, die bereits einen Unterstützungs- und Pflegebedarf haben.



Was entwickelte sich nun ganz konkret im Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ in den Stadtteilen Littenweiler und Waldsee?

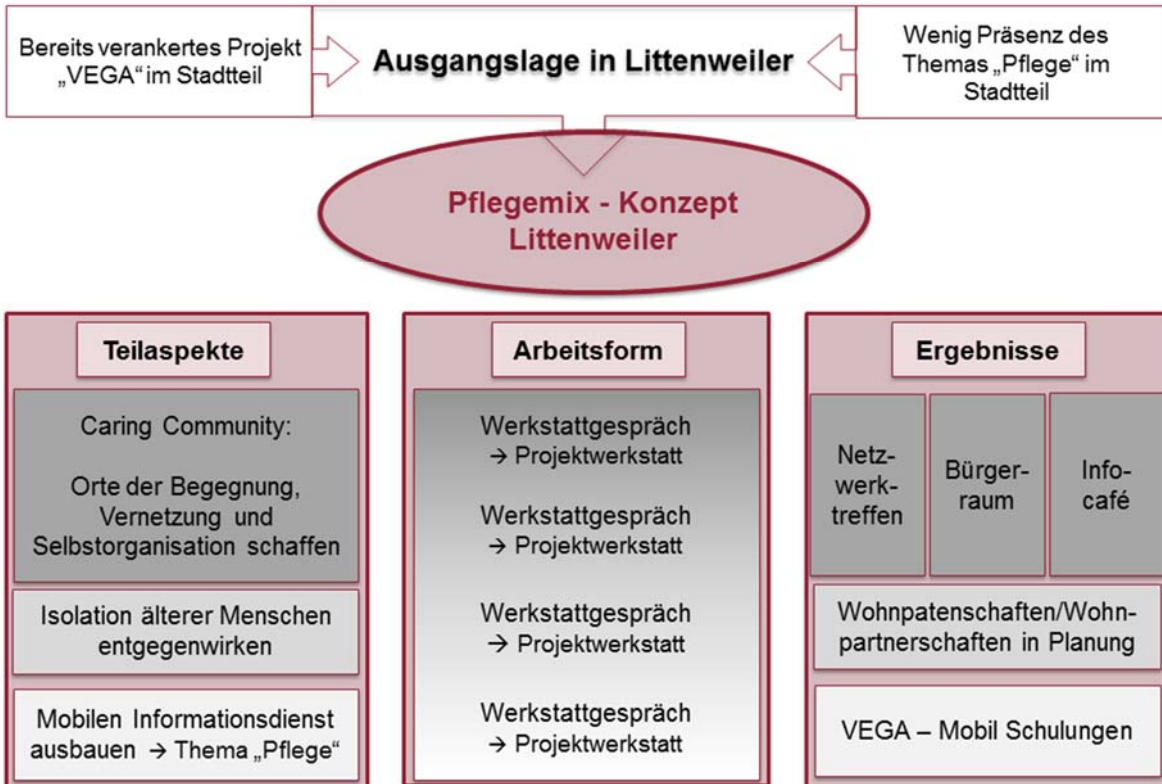
Im Sommer und Herbst 2013 wurden in Werkstattgesprächen die Anliegen der Bürger(innen) vor Ort aufgegriffen. Gemeinsam mit Initiativen, Einrichtungen und Vereinen in den Stadtteilen wurden die Anliegen einer altersgerechten Quartiersentwicklung erörtert und der Frage nachgegangen, was *gelingendes Altern im Quartier* konkret bedeuten kann. In der Folge wurden im Frühling und Sommer 2014 verschiedene Themenschwerpunkte, die in den Workshops gebündelt werden konnten, in Werkstattgesprächen vertieft. Für die Anliegen des Modellprojekts Pfleagemix waren besonders folgende Themen von Bedeutung:

- Der Vereinsamung älterer Menschen entgegenwirken!
- Orte der Begegnung und des Miteinanders schaffen
- Förderung unterstützender nachbarschaftlicher Strukturen über eine gemeinsame Kommunikationsplattform, in Ansätzen realisiert durch die Schaffung von Austausch- und Informationsmöglichkeiten
- Vernetzung aller Pflegeakteure vor Ort mit VEGA
- Aufbau eines „Stadtteil-Pflegenetzwerks“: eindeutige Ansprechpartner, reger Informationsfluss!
- Pflege und Betreuung zu Hause: ehrenamtliche Begleitung

Professionelle und Freiwilligen stellten dann in den in den Projektwerkstattgesprächen ihre Angebote und lokalen Initiativen vor. Es wurde erörtert, welche professionellen, semiprofessionellen und ehrenamtlichen Hilfeangebote es bereits gibt und welche Lücken sich vor Ort zeigen. Die Anwesenden konnten in intensiven Diskussionen ihre Wünsche und Erfahrungen austauschen. Im letzten Werkstattgespräch legten die Anwesenden gemeinsam die Themenschwerpunkte fest, die weiter verfolgt werden sollten.

Parallel zu den Werkstattgesprächen wurde, unter Moderation der Leiterin einer ansässigen Begegnungsstätte, eine Vernetzungsstruktur von Einrichtungen und bürgerschaftlich engagierten Gruppen im Stadtteil Littenweiler aufgebaut. Gemeinsame Aktivitäten wurden abgestimmt, ein gemeinsamer Veranstaltungskalender erstellt und die Kooperationen vertieft. Das gegründete Netzwerk, bestehend aus verschiedenen Akteuren im Stadtteil, trifft sich in regelmäßigen Abständen und bleibt auch nach Abschluss des Modellprojektes weiterhin bestehen. Beteiligt sind Bürger(innen), die Bürgervereine, die evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, Pflegeheime, Seniorenbegegnungszentren, Pflegedienste, ambulante Hilfsdienste, ehrenamtliche Dienste, Vereine vor Ort und bürgerschaftliche Initiativen.





Folgende Projektbausteine wurden im Projekt VEGA durch das eingegliederte Projekt Pflegemix festgelegt und teilweise bereits umgesetzt:

Projektbaustein: Infocafé in der Begegnungsstätte

Ein vordringliches Thema während der Laufzeit des Modellprojekts war es, der Vereinsamung von älteren Menschen in den beiden Stadtteilen entgegenzuwirken. Eine Bürgerin brachte die Idee ein, einmal wöchentlich einen Cafétreff in den Räumen der Begegnungsstätte zu eröffnen und für Fragen von Bürger(inne)n eine Vermittlung anzubieten. Dies wurde positiv aufgenommen und das neue Angebot konnte umgesetzt werden. Das Infocafé wird inzwischen von einer Gruppe Ehrenamtlicher geleitet und hat feste Öffnungszeiten.





Projektbaustein: Ort der Begegnung / Treffpunkt für Initiativen

Im zweiten Projektjahr wurde in der ansässigen Begegnungsstätte ein neuer „BürgerRaum“ eingerichtet. Dies ist ein Besprechungs- und Arbeitsraum, der von Initiativen, Ehrenamtlichen und Vereinen genutzt werden kann. Diese zentralen Räumlichkeiten tragen dazu bei, dass sich Ehrenamtliche und Initiativen besser vernetzen können.

Projektbaustein: Erleichterung des Zuganges zu Informationen durch das VEGA-Mobil

Littenweiler weist in seiner topografischen Struktur ausgeprägte Hanglagen auf, die es den älteren Bürger(innen) schwer machen, zu Einrichtungen und an Informationen zu kommen. Eine Arbeitsgruppe aus Bürger(innen), zusammen mit professionellen Akteuren, entwickelte vor diesem Hintergrund die Projektidee einer mobilen Informations- und Anlaufstelle, die gleichzeitig auch ein informeller Treffpunkt ist. Zu diesem Zweck wurde über akquirierte Spendenmittel ein Lastenfahrrad erworben und Ehrenamtliche / bürgerschaftlich Engagierte, die sich in diesem Projekt engagieren wollten, konnten geschult werden. Diese Freiwilligen fahren zu festgelegten Zeiten verschiedene Orte im Stadtteil an und stehen für Fragen und zum Austausch zur Verfügung. Durch die Werkstattgespräche konnten die engagierten Freiwilligen bereits bestehende Angebote im Stadtteil zum Thema Pflege kennenlernen und können diese Informationen nun im Stadtteil weitergeben.

Projekt „Wohnpatenschaften/Wohnpartnerschaften“

Im Rahmen des Modellprojektes wurde von den Beteiligten Akteuren immer wieder das vorrangige Ziel benannt, das direkte soziale Umfeld und die nachbarschaftlichen Beziehungen zu stärken sowie der Vereinsamung älterer Menschen entgegenzuwirken. Hieraus entstand eine weitere Projektidee, die inzwischen über eine Fördermaßnahme zum Aufbau von Quartiersarbeit in der Stadt Freiburg umgesetzt werden kann. Dabei sollen Wohnpatenschaften und Wohnpartnerschaften über eine zentrale Koordinationsstelle vermittelt werden, so dass ältere Menschen in unterstützenden Nachbarschaften wohnen, sich gegenseitig besuchen, gemeinsame Aktivitäten pflegen und sich gegenseitige Hilfen anbieten können. Dieses niederschwellige Angebot befindet sich aktuell im Aufbau – die städtische Förderung ist für ein Jahr bewilligt.



Abschluss

Die im Projekt Pflegemix erarbeiteten Schwerpunkte wurden, wie bereits kurz skizziert, teilweise schon umgesetzt und realisiert. Für die noch in der Planungsphase befindlichen Themen und Ideen ist das im Projektrahmen gebildete örtliche Netzwerk zuständig. Es haben sich Themengruppen gebildet, die sich nun weiter mit den noch offenen Projektbausteinen beschäftigen.



32

Handlungsempfehlungen

Während der Projektlaufzeit im Stadtteil Littenweiler zeigte sich deutlich, wie notwendig der Aufbau tragfähiger Strukturen ist, weil die initiierten Bürgerbeteiligungsprozesse sonst nicht nachhaltig verankert werden können. Um tatsächlich nachhaltige Strukturen aufbauen zu können, braucht es zum einen passende Arbeitsformen und zum anderen infrastrukturelle Rahmenbedingungen, wie Räume für Treffen (auch im öffentlichen Bereich) und personelle Kapazitäten für die Koordination und Vernetzungsarbeit. In großen Stadtteilen, wie Littenweiler und Waldsee, kann die Bildung von themenbezogenen Netzwerken richtungsweisend sein. Themen der Netzwerktreffen können ein klares Leitbild, Zielvereinbarungen und gemeinsam erarbeitete Arbeits- und Kommunikationsregeln sein, die für alle Beteiligten die Basis des Miteinanders fördern. Wenn immer wieder wechselnde Akteure die Netzwerktreffen besuchen kann es hilfreich sein, zusätzlich Thementreffen zu vereinbaren, um an den Kleinprojekten gemeinsam konzeptionell weiterzuarbeiten. Ansonsten entsteht bei den regelmäßigen Besuchern der Netzwerktreffen schnell das Gefühl „auf der Stelle zu treten“.

Alle Netzwerkmitglieder brauchen Informationen zu infrastrukturellen Rahmenbedingungen, wie beispielsweise: Wo finden die Netzwerktreffen statt? Welche infrastrukturellen Gegebenheiten werden für die Netzwerktreffen gebraucht? Wie werden diese finanziert?



Auch die folgenden Faktoren können den Aufbau tragfähiger Strukturen positiv beeinflussen:

- Klare Koordination der Netzwerktreffen
- Klare Rolle der Moderation bei den Netzwerktreffen
- Regelung des Kommunikations- und Konfliktmanagements
- Aufgabenverteilung der Organisation und Administration
- Controllingaufgaben des Netzwerkmanagements
- Erschließung finanzieller Ressourcen

3.1.2 Stadtteil Landwasser

Bezeichnend für Landwasser ist eine hohe Anzahl älterer Migrant(inn)en, was insbesondere für die Verankerung von Interkulturalitätsaspekten in Konzepten zum Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften bedeutsam ist.

Zum 01.01.2014 wohnten in Landwasser 1.867 Personen über 65 Jahre. Mit einem Anteil von 26,5 % der Bevölkerung ist Landwasser der Stadtteil mit dem höchsten Anteil von älteren Menschen in Freiburg. In Landwasser findet sich eine großstädtische Verdichtung im Eigentums- und Mietwohnungsbau, mit Blockrandbebauung und Hochhäusern. In einzelnen Bereichen von Landwasser gibt es eine hohe Konzentration von Menschen mit sehr verschiedenen Migrationshintergründen und geringem Einkommen. Anonymität und daraus resultierende Vereinsamung sowie der hohe Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund machen es in Landwasser schwer, Hilfsangebote bekannt zu machen und diese an die Menschen weiter zu vermitteln.

In den letzten Jahren und Jahrzehnten stand vor allem die Jugend- und Familienhilfe in Landwasser im Fokus. Zu den örtlichen Voraussetzungen gehört ein seit langem bestehender Runder Tisch mit Einrichtungen im Bereich der Jugend- und Quartiersarbeit.

Mit dem Projekt Pflegemix wurde das Thema „Älter werden“ erstmals einrichtungsübergreifend im Stadtteil aufgegriffen. Ein „Runder Tisch Pflegemix“ mit Beteiligten aus dem Gesundheitsbereich (Ärzte, Therapeuten), Trägern der ambulanten und stationären Pflege und Betreuung, Kirchengemeinden, Initiativen/Vereinen und Bürger(innen) wurde gegründet.

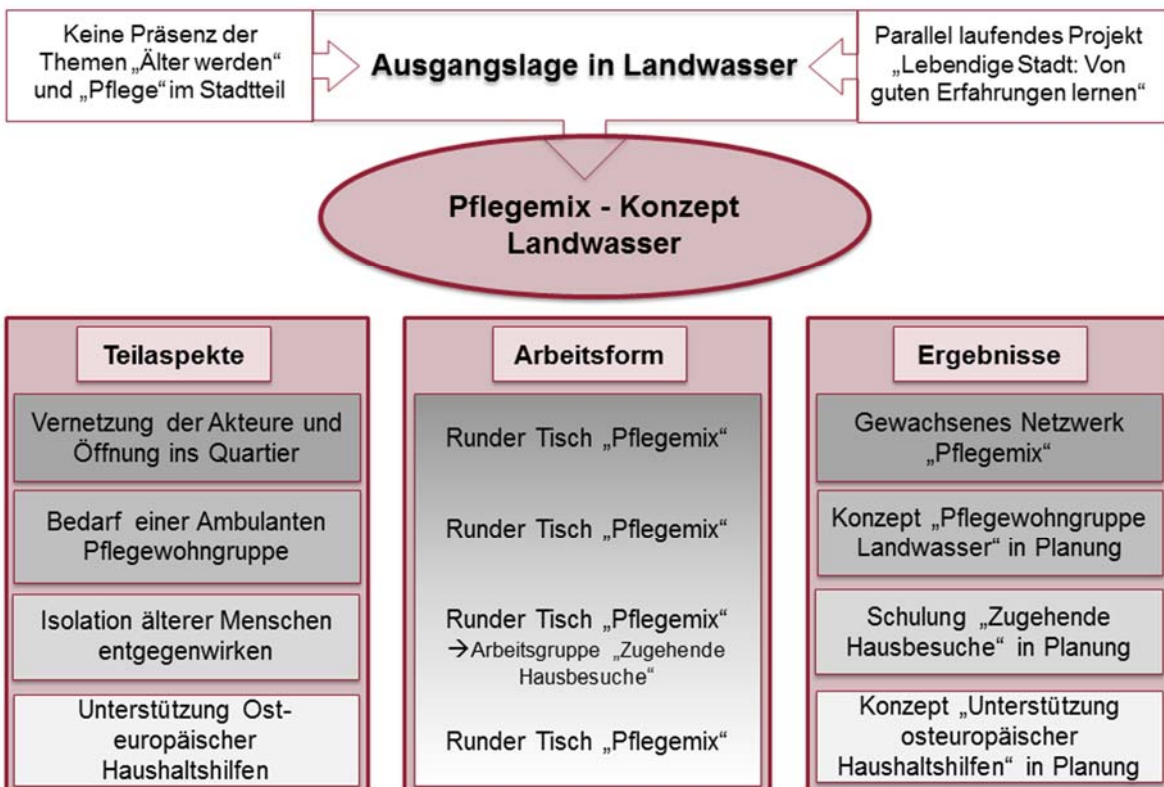
Den „Runden Tisch Pflegemix“ haben die Anwesenden genutzt, um über die Lebenssituation der älteren Bürger(innen) im Stadtteil zu berichten. Demnach sind bestehende Hilfeangebote zu wenig bekannt, und viele Ältere sind einsam und leben alleine. Oft gewährleisteten osteuropäische Hilfskräfte eine 24-h-Pflege in der Wohnung, häufig bestehen Sprachbarrieren, und eine Vernetzung im Stadtteil zum Thema Älterwerden fehlt.

Parallel zum Modellprojekt Pflegemix wurde das Projekt „Lebendige Stadt: Von guten Erfahrungen lernen – die Vitalisierung von Landwasser für ein funktionierendes Miteinander“ eingerichtet. In enger Kooperation dieser beiden Projekte wurden die Bedarfe gemeinsam eruiert und umgesetzt.

So konnte beispielsweise 2014 ein Quartiersbüro in zentraler Lage eröffnet werden, das den Bürger(inne)n als erste Anlaufstelle dient. Im Quartiersbüro werden auch die Belange der älteren Menschen mit aufgenommen und Informationen und Hilfen zu Fragen des Älterwerdens weitervermittelt. Die Ehrenamtlichen des Quartiersbüros wurden vom Seniorenbüro der Stadt Freiburg, einem Projektpartner im Pflegemix, geschult. Die Schulung der Ehrenamtlichen und enge Vernetzung mit dem Seniorenbüro ist für den Stadtteil ein wichtiger Meilenstein gewesen. Die hauptamtliche Mitarbeiterin des



Quartiersbüros ist ebenfalls beim „Runden Tisch Pflegemix“ involviert, so dass eine gute Vernetzung besteht und die gewachsene Infrastruktur dem Modellprojekt Pflegemix sehr dienlich ist.



Folgende Projektbausteine wurden in der Projektlaufzeit entwickelt und werden nach Laufzeitende weiterhin vom „Runden Tisch Pflegemix“ fortgeführt:



Projektbaustein: Vernetzung der Akteure und Öffnung ins Quartier

Ein erster wichtiger Effekt des runden Tisches war, dass zum ersten Mal ein übergreifender fachlicher Austausch zwischen unterschiedlichen Akteuren der Altenhilfe, Bürger(inne)n und Dienstleistern (Apotheker, Ärzte, Physiotherapeuten) stattfand. Hier wurde schnell deutlich, dass die unterschiedlichen Unterstützungssysteme und Hilfsmöglichkeiten den Beteiligten nicht ausreichend bekannt sind. Innerhalb des Runden Tisches werden daher immer wieder verschiedene Angebote vorgestellt und neue Kooperationen aufgebaut. Auch die Öffnung des Quartiers wird gefördert durch Kurse und Veranstaltungen z.B. in den Räumen von Quartiersbüro und Begegnungsstätte für die Bürger(innen). Auch das Pflegeheim in Landwasser möchte Räumlichkeiten zur Verfügung stellen und evtl. ein Freizeit- und Kulturangebot aufbauen. Die mitwirkenden Ärzte, Apotheker, Bürgervereine und Kirchengemeinden haben einen sehr engen Kontakt mit den Bürger(inne)n und können als Türöffner(innen) und Multiplikator(inn)en sehr hilfreich eingebunden werden.

Projektbaustein: Ambulante Pflegewohngruppe

Ein Bedarf, den alle Beteiligten im Netzwerk geäußert haben, ist ein Angebot bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit mit 24-Stunden-Hilfe. Das bestehende Pflegeheim in Landwasser hat einen gerontopsychiatrischen Schwerpunkt und steht deshalb nur einem Bruchteil der Bevölkerung zur Verfügung. Daher fehlt es im Stadtteil an einer pflegerischen Versorgung, wenn das Leben in der eigenen Häuslichkeit nicht mehr möglich ist. Beim Runden Tisch kam die Idee zur Gründung einer ambulanten Pflegewohngruppe. Viele ältere Menschen in Landwasser leben alleine in sehr großen Häusern, teils gibt es Leerstände. Auch die vorhandenen Hochhäuser bieten Wohnraum, die für ein entsprechendes Projekt geeignet sein könnten. Daher wurde die Idee entwickelt, in bestehenden Räumlichkeiten eine ambulante Pflegewohngruppe unterzubringen. Dazu wurden und werden bisher verschiedene Besichtigungen anderer Wohngruppen vorgenommen, und es sollen in nächster Zeit Experten eingeladen werden, die über die Vorbereitung, Gründung und Umsetzung einer ambulanten Pflegewohngruppe informieren werden. Dies wird auch nach Projektende weiterverfolgt.

Projektbaustein: Zugehende Hausbesuche / „Netzwerk Landwasser“

Bei dem Projekt „Netzwerk Landwasser“ sollen zugehende Hausbesuche bei älteren Bürger(inne)n angeboten werden, um Isolation zu vermeiden, ihre Bedarfe zu ermitteln, erste Informationen zu geben und sie im Bedarfsfall an weitere Institutionen, Anbieter oder Behörden weiterzuvermitteln. Diese Hausbesuche sollen von bürgerschaftlich Engagierten durchgeführt werden, die zuvor entsprechend geschult werden. In diesem Projekt stehen die örtlichen Vereine und Kirchengemeinden als Kooperationspartner und Türöffner zur Verfügung. Ziel ist es, auch einsame und isolierte Menschen zu erreichen, sie zu begleiten und sie in Kenntnis über mögliche Ansprüche und Hilfsmöglichkeiten zu setzen.

Projektbaustein: Unterstützung Osteuropäischer Haushaltshilfen

In Landwasser gibt es in vielen Haushalten, in denen alte Menschen leben, osteuropäische Haushaltshilfen. Bisher wurden verschiedene professionelle Akteure eingeladen, um über bereits bestehende Angebote zur Unterstützung osteuropäischer Haushaltshilfen zu informieren. Beim Pflegemixabschlussstreifen haben sich die Teilnehmer(innen) des Runden Tisches entschlossen, zukünftig ein eigenes Konzept zur Unterstützung osteuropäischer Haushaltshilfen zu erstellen.



Abschluss

Beim Abschlusstreffen des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ ließ sich deutlich erkennen, wie sehr die Akteure in Landwasser ein starkes Netzwerk und eine „Wir-Pfleagemix-Identität“ entwickelt haben. Die gewachsene Struktur des „Runden Tisches Pfleagemix“ wird über die Projektlaufzeit hinaus bestehen bleiben, um die Umsetzung der als notwendig identifizierten Projektbausteine auch künftig verfolgen zu können. Die Stadt Freiburg wird auch weiterhin an den regelmäßig stattfindenden Treffen des Runden Tisches anwesend sein.



36

Ausblick

Für die Projekte „Wohnpatenschaften / Wohnpartnerschaften Littenweiler“ und „Netzwerk Landwasser“ wurden bei der Stadt Freiburg Anträge zur Förderung von Personalstellen gestellt. Mit diesen Projektmitteln sollen die beiden bestehenden Projekte in Littenweiler / Waldsee und in Landwasser die personelle Infrastruktur erhalten, die die Erreichung der genannten Ziele ermöglicht.

Das Thema Nachhaltigkeit des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ wurde in den letzten Treffen in beiden Stadtteilen bearbeitet. Arbeitsformen zur Sicherung der Nachhaltigkeit wurden etabliert. Die Stadt Freiburg spielt hier vor allem eine wichtige Rolle, um die Nachhaltigkeit forcieren zu können.

Handlungsempfehlungen

In Stadtteilen wie Landwasser, in denen bisher noch keine Arbeitsformen zu den Themen „Älter werden“ und „Pflege“ etabliert wurden, kann es notwendig sein, mehrere Anlaufversuche zu starten, damit sich eine Gruppe bilden und finden kann. Eine zentrale Rolle spielt hierbei sicherlich, wer (welcher Akteur, welche Personen, welche Position) zu den Treffen einlädt. Darüber hinaus ist es von Bedeutung, dass bereits beteiligte Akteure als Multiplikator(inn)en fungieren. Erst wenn sich eine konstante und arbeitsfähige Gruppe gefunden hat und eine Arbeitsform gewählt wurde, können erste Bedarfe und Meilensteine entwickelt werden.



Darüber hinaus ist es von Bedeutung, parallel laufende Projekte zu verknüpfen, damit keine Doppelstrukturen und Konkurrenzängste geschaffen und geschürt werden. Konkurrenzängste können unterschwellig vorhanden sein, wenn bislang noch keine Öffnung von professionellen Akteuren ins Quartier stattgefunden hat und die Akteure sich noch nicht kennen. Hierbei ist es wichtig, eine wertschätzende und wohlwollende Arbeitsatmosphäre zu schaffen, in welcher ein konstruktives Miteinander auch wachsen kann.

Modellkommune	Aufbau nachhaltiger Strukturen	Aufgaben der Stadt Freiburg
Freiburg	<ul style="list-style-type: none"> • Landwasser: Quartiersbüro, „Runder Tisch Pflegemix“ • Littenweiler: Vega-Netzwerk • Bürgerraum, Info-Café 	<ul style="list-style-type: none"> • Infrastruktur bereitstellen (Ressourcen) • Finanzierungsmöglichkeiten erschließen (Anträge stellen) • Schulungen und Vorträge (Seniorenbüro etc.) • Kommune wirkt aktiv mit / Kommune muss sichtbar sein (Teilnahme an Runden Tischen etc.)

3.2 Gemeinde Denzlingen

Die Bevölkerungszahl in der Kommune Denzlingen liegt nach den aktuellen Zahlen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg bei 13.306 Einwohnern (Stand: 2012), korrigiert nach den Ergebnissen des letzten Mikrozensus von vorher 13.732 Einwohnern. Sie gehört zum Landkreis Emmendingen und liegt ca. 10 km von Freiburg entfernt. Für Denzlingen kennzeichnend sind typische Merkmale wie viele zugezogene Bürger(innen), die in Freiburg und Basel arbeiten (Pendler), ausgeprägte Kohortenalterung, ein hohes Potential an freiwillig Engagierten und viele Vereine und Initiativen, bei welchen durchaus noch ein deutlicher ausgeprägter Vernetzungsbedarf besteht.

Bereits im Jahr 2012 hat die Gemeinde Denzlingen das IAF der Katholischen Hochschule Freiburg damit beauftragt, verschiedene Themenfelder und deren Entwicklungen im Rahmen einer Sozialplanung zu untersuchen. In diesem Kontext wurden zahlreiche Daten seitens des Instituts und der Verwaltung erhoben. Aufgrund dieser „Vorarbeit“ und der speziellen demografischen Struktur der Gemeinde Denzlingen wurde diese nachträglich, als vierte Kommune, in das Projekt „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ aufgenommen.

Mit einer großen Kick-Off-Veranstaltung wurde im Juni 2013 das Projekt „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ gestartet. Bei diesem Planungsworkshop für die Bürger(innen) wurde über den Weg diskutiert, wie eine Caring Community vor Ort entstehen könnte und was dafür notwendige Schritte wären. Dabei ging es vor allem um die Fragen, in welcher Rolle sich die Bürger(innen) auf diesem Weg sehen, wo eine Verantwortungsübertragung an sie sinnvoll und vorstellbar ist und wie ihr Engagement besser gefördert werden kann. Folgende Projektideen erhielten für die weitere Bearbeitung Mehrheiten:



- Mehr-Generationen-Wohnen – barrierefreies Wohnen – betreute Wohnformen – Wohnberatung - Wohnungsanpassung
- Zugehende Hausbesuche – zugehende Formen der Unterstützung
- Wohnen und Pflege zu Hause – Entlastung pflegender Angehörige
- Anlauf- und Vermittlungsstelle für Engagierte



Die Projektideen wurden in verschiedenen Arbeitsformen weiterentwickelt. Auf der einen Seite wurde eine einmalige Veranstaltungsreihe zum Thema „Mehr-Generationen-Wohnen/barrierefreies Wohnen/betreute Wohnformen“ durchgeführt, auf der anderen Seite entstanden drei konstante Arbeitskreise, die in einen sehr intensiven Arbeitsprozess kamen. Sie beschäftigten sich mit der konzeptionellen Planung und Schaffung einer „Anlauf – und Vermittlungsstelle für Engagierte“, mit der Frage wie „Zugehende Hausbesuche“ vor Ort aussehen könnten und mit der Unterstützung und Entlastung für „Pflegerische Angehörige“. An zwei Terminen gab es auch Austauschtreffen für die Mitglieder aller AKs, als „Gesamt-Arbeitskreistreffen“, um den Informationsfluss auf Grund der parallel laufenden Entwicklungen sichern zu können und Synergieeffekte sichtbar zu machen.

Folgende Projektbausteine wurden in der Modelllaufzeit entwickelt – sie werden nach Projektende auch weiter fortgeführt:

Mehr-Generationen-Wohnen/barrierefreies Wohnen/betreute Wohnformen

Dieser Themenkomplex wurde in mehreren Veranstaltungen im Rahmen der „November-Reihe – miteinander leben in Denzlingen“ im Jahr 2013 behandelt. Inhaltlich ging es hier vor allem um die Frage: Welche Formen des Mehr-Generationen-Wohnens gibt es überhaupt und wie funktionieren diese? Wollen wir Mehr-Generationen-Wohnen in Denzlingen gestalten und in welcher Form ist das vorstellbar? Im Rahmen einer weiteren Veranstaltung wurde explizit das Thema Barrierefreiheit in Gebäuden und im öffentlichen Raum diskutiert. Daran schlossen sich aber keine weitergehenden Aktivitäten an – die Energien der gewonnenen Freiwilligen wurden auf die anderen beiden AKs konzentriert.



Projektbaustein: Anlauf- und Vermittlungsstelle

Dieses Anliegen wurde zum zentralen Thema in Denzlingen. Damit wurde eine Diskussion wieder aufgegriffen, die bereits in den Jahren 2008 und 2009 im Rahmen des Projektes „Wie wollen wir in Denzlingen leben“ entstanden, aber ergebnislos geblieben war. Auch eine der Handlungsempfehlungen im Rahmen der Sozialplanung für Denzlingen ging in die gleiche Richtung. Denn die Analysen zeigten deutlich, dass der Gemeinde Denzlingen zwar ein hohes Aktivitäts- und Engagementpotenzial bescheinigt werden konnte, aber die Vernetzung der vorhandenen Angebote und Strukturen als verbesserungsbedürftig eingeschätzt wurde. Eine zentrale Anlauf- und Vermittlungsstelle wird als geeignet betrachtet,



das bestehende Informationsdefizit im Bereich der Angebote für pflegebedürftige Menschen und pflegende Angehörige gleichermaßen abzubauen, gezielt zu den richtigen Stellen zu verweisen, aber auch ehrenamtliche Unterstützung und Begleitung zu vermitteln. Diese Stelle wird aber auch als wichtiger Knotenpunkt für alle Vereine und Organisationen gesehen, die mit Freiwilligen zusammenarbeiten wollen, weit über den

Bereich der Pflege hinaus. Die aktiven Mitgestalter(innen) des offenen Arbeitskreises „Anlauf- und Vermittlungsstelle“ setzten sich aus interessierten Bürger(innen), Vertretern der Sozialstation und des VdK, Vertreter des Arbeitskreises „Älter werden in Denzlingen“ und Gemeinderatsmitgliedern zusammen. Die bereits im Projekt „Wie wollen wir in Denzlingen leben“ entwickelten Materialien wurden im Arbeitskreis aufgegriffen und in den Prozessverlauf eingebaut. Der AK „Anlauf- und Vermittlungsstelle“ erarbeitete, auch unter Einbezug der oben genannten Prozesse, ein Leitbild, Zielvorstellungen und konzeptionelle Eckpfeiler für diese Stelle. Um Anregungen von außen zu bekommen, wurden auch Initiativen aus anderen Kommunen (Miteinander Stegen e.V) eingeladen oder besucht (Bürgergemeinschaft Eichstetten und BEREIT Büro Riegel), die eine solche Stelle bereits vorweisen können. Klar wurde, dass die Stelle in Denzlingen eine kompetente Beratung für Ehrenamtliche/Engagierte bieten soll, verbunden mit dem Ziel, das Ehrenamt zu stärken und die Engagierten zu unterstützen. Wichtig war den Teilnehmer(inne)n des Arbeitskreises auch, dass diese Stelle eine gewisse Neutralität hat, um bei der Gewinnung und Vermittlung von Freiwilligen und bei der Vernetzung von Ehrenamtlichen partikuläre Trägerinteressen nicht einseitig in den Vordergrund treten zu lassen. Außerdem wurde klar artikuliert, dass sowohl neue Angebote geschaffen werden und umfassende Kenntnisse über bereits bestehende Angebote vorhanden sein sollten. Darüber hinaus soll diese Stelle für alle bereits bestehenden Organisationen, Institutionen und Initiativen keine Konkurrenz sein, sondern diese bei der Suche und Gewinnung von Freiwilligen unterstützen und offen für Kooperationen sein. Als geeignete strukturelle Rahmenbedingungen wurden eine zentral gelegene Verortung der Stelle und Kontinuität in der personellen Ausstattung benannt. Das Ziel der stärkeren Vernetzung in Denzlingen, soll auch durch eine entsprechend intensive Öffentlichkeitsarbeit der Anlauf- und Vermittlungsstelle erreicht werden.

Aus den Reihen des Arbeitskreises etablierte sich eine Arbeitsgruppe, die sich intensiv der Konzeptentwicklung für eine solche Stelle widmete. Diese Rahmenkonzeption wurde nach ihrer schriftlichen Ausarbeitung sowohl im Gesamtarbeitskreis „Pfleagemix“, als auch den Vertretern der Denzlinger Arbeitskreise (Vertretern der Sportvereine, der kulturellen Vereine, der Gemeindeparterschaften und der



sozialen Einrichtungen) vorgestellt und allen örtlichen Vereinen bei der jährlichen Vereinsvorstandsitzung erläutert. Zum Schluss wurde der Gemeinderat im Rahmen der abschließenden Berichterstattung über die gesamte Projektlaufzeit informiert, um dann die Entscheidung bezüglich der künftigen Trägerschaft (Unterstützung oder Trägerschaft durch die Gemeinde, Anschluss an eine bestehende Organisation oder Gründung eines Vereins) und über die mögliche Finanzierung zu treffen (Der Beschluss wurde diesbezüglich auch bereits verabschiedet vgl. S.78).

Die Arbeitsgruppe „Konzeptentwicklung“ traf sich mit wichtigen Multiplikator(inn)en und Schlüsselpersonen der Gemeinde, um Rahmenbedingungen wie mögliche Räumlichkeiten, Infrastruktur, Trägerschaft, Finanzierung vorab zu erörtern. Im Gespräch sind Räumlichkeiten, die die Gemeinde im neuen Quartier „Sommerhof“ angemietet hat, das seit Herbst 2014 bezugsfertig ist. Diese stehen u.a. auch dem Arbeitskreis der kulturellen Vereine Denzlingen e.V. (AKVD) zur Verfügung.

Die Gemeindeverwaltung in Denzlingen hat sich parallel mit dem Gemeindeforum für bürgerschaftliches Engagement in Verbindung gesetzt, um sich über weitere Modelle in anderen Kommunen zu informieren und von diesen Erfahrungen zu profitieren und zu lernen.

Es war in diesem intensiven Prozess immer von hoher Bedeutung, dass Offenheit und Transparenz zwischen den Arbeitskreismitgliedern und der Gemeinde bestand. Klar gezeigt hat sich, dass ein schneller und wertschätzender Kommunikationsfluss von allen Seiten förderlich für die Umsetzung solcher Prozesse ist.

Projektbaustein: Zugehende Hausbesuche

40

Dieses Projektvorhaben knüpfte an die Tatsache an, dass ältere Menschen oft nicht in der Lage sind Beratungsstellen aufzusuchen oder für sich einen Hilfebedarf anzumelden. Ziel war es deshalb, niederschwellige und zugehende Angebote der Beratung und Ansprache zu entwickeln. Bei diesen offenen Arbeitskreistreffen nahmen neben interessierten Bürger(inne)n auch Vertreter von Denzlinger Organisation (Sozialstation, VdK, AWO Seniorenzentrum) und dem Gemeinderat teil.

Im ersten Schritt war es erforderlich, die bereits bestehenden Angebote systematisch zu ermitteln. Hierbei zeigte sich, dass einige Vereine oder Institutionen bereits Besuchsdienste für ihre Mitglieder anbieten, die reale Nachfrage aber deutlich höher ist, als es die bisher Engagierten tatsächlich leisten können. Der Arbeitskreis „Zugehende Hausbesuche“ entwickelte deshalb konzeptionelle Vorstellungen von der strukturellen Verankerung dieses neuen Besuchsdiensts, ein mögliches Tätigkeitsprofil sowie das Curriculum für eine geplante Qualifizierung für Freiwillige, die diese Hausbesuche künftig durchführen wollen. Der eigentliche Qualifizierungskurs wurde dann von Juni bis November 2014 von der Katholischen Hochschule Freiburg, in Kooperation mit lokalen Referenten und Institutionen durchgeführt. Mittlerweile hat sich die Gruppe den Namen „Denzlinger Brückenbauer“ gegeben, weil die Besonderheit dieser zugehenden Hausbesuche nicht nur darin besteht, Menschen zu besuchen und mit ihnen über ihre Anliegen zu sprechen. Es geht vor allem auch darum sie mit den örtlichen Angeboten und Möglichkeiten in Kontakt zu bringen - also Brücken in die Gemeinde zu schlagen - und damit die Gefahr der Vereinsamung älterer und alter Menschen zu mindern bzw. ihr entgegenzuwirken. In diesem Sinne versteht sich die aktive Gruppe als Baustein auf dem Weg zu einer sorgenden Gemeinde/Gemeinschaft.

Bei den häuslichen Besuchen sollen gemeinsam individuelle Unterstützungssettings entwickelt und mögliche Kontakte und Hilfen vermittelt werden. Dieses niederschwellige Angebot dient also im Kern



dazu, Hemmschwellen abzubauen sowie Brücken zu professionellen Akteuren und auch zur geplanten „Anlauf- und Vermittlungsstelle“ zu schlagen.



Die Denzlinger Brückenbauer sehen sich als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zu den bestehenden Angeboten, wobei eine enge Kooperation zu den professionellen Anbietern, bereits bestehenden Netzwerken und Initiativen sowie der geplanten Informations- und Anlaufstelle zum Selbstverständnis der Gruppe gehört. Von den mittlerweile 18 qualifizierten Teilnehmer(inne)n, bilden nun 17 Personen die Initiative „Denzlinger Brückenbauer“.

Folgende Module wurden im Qualifizierungskurs behandelt:

- Modul „Alters- und Altersfragen“
- Modul „Gesprächsführung und Kommunikation“
- Modul „Kommunale Netzwerke und Angebote in Denzlingen“
- Modul „Hintergrundwissen zur Pflege“
- Modul „Erste Hilfe im Umgang mit älteren Menschen“
- Modul „Rechtliche Rahmenbedingungen – versichert im Bürgerengagement“
- Modul „Rahmenbedingungen für die Möglichkeiten des persönlichen Engagements“

41



Für alle ehrenamtlich Engagierten in der Region wurde am 3. November 2014 zum Thema „BE-Aktuell: Versichert im Bürgerengagement“ eine Informationsveranstaltung angeboten, die in Kooperation mit den kommunalen Netzwerken, Landkreisnetzwerk, Städtenetzwerk und Gemeindeforum Baden-



Württemberg in Denzlingen durchgeführt werden konnte. Hierbei ging es vor allem um Versicherungsfragen im Kontext der Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit. Die Veranstaltung wurde auch von vielen Freiwilligen des Qualifizierungskurses „Denzlinger Brückenbauer“ besucht und es zeigte sich deutlich, wie wichtig es ist, themenbezogene Synergien mit parallel laufenden Veranstaltungen zu bündeln.

Projektbaustein: Pflegende Angehörige

In diesem Pflegemix-Projektbaustein ging es darum, Konzepte zu entwickeln und zu erproben, die pflegende Angehörige wirksam entlasten und unterstützen können und daraufhin zu überprüfen, ob sie für die Gemeinde Denzlingen geeignet sein könnten.

In den ersten Treffen des Arbeitskreises ging es zunächst um die Ermittlung der bereits bestehenden Angebote vor Ort. Der Teilnehmerkreis bestand aus interessierten Bürger(inne)n, bereits tätigen Pflegebegleitern und der Sozialstation. Der Arbeitskreis nahm hierbei Kontakt mit anderen bereits bestehenden Initiativen und Organisationen auf, um Unterstützungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige kennenzulernen (z.B. Stammtisch für pflegende Angehörige).

Für die Zukunft ist geplant, einen speziellen „Tag der pflegenden Angehörigen“ durchzuführen und eine Qualifizierung für „Pflegebegleiter“ in Denzlingen anzubieten. Eine Teilnehmerin aus der Gruppe der „Denzlinger Brückenbauer“ hatte schon bei einem entsprechenden Kurs während der Projektlaufzeit in der Gemeinde Umkirch teilgenommen.

Abschluss



Beim offiziellen Abschlusstreffen des Projekts „Pflegemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ waren ca. 50 Engagierte und Interessierte aus Denzlingen anwesend. An diesem Abend wurde gemeinsam evaluiert was sich seit Projektbeginn in Denzlingen entwickelt hat und es wurde deutlich, dass in dieser Zeit viel Arbeit geleistet worden war, von der wichtige Impulse für die Gemeinde ausgingen und ausgehen. Damit wurde auch eine offizielle Würdigung der vielfältigen Aktivitäten durch Bürgermeister und Verwaltung verbunden, im Sinne eines kleinen Abschlussfestes und die Teilnehmer(innen) der Qualifizierung „Denzlinger Brückenbauer“ konnten in diesem Rahmen ihr Zertifikat in Empfang nehmen.





Ausblick

In einer Gemeinderatssitzung im Januar 2015 werden die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen des Projekts vorgestellt.

Handlungsempfehlungen

Wenn sich im Rahmen eines Bürgerbeteiligungsprozesses verschiedene Arbeitsgremien herausbilden, ist es wichtig, dass die Vernetzung der einzelnen thematischen Gruppen – in Denzlingen waren es die Arbeitskreise – regelmäßig stattfindet. Dabei geht es um das Herstellen von Transparenz und um das Erkennen von Schnittstellen und möglichen Synergien. Wenn möglich, sollten auch konkrete Sprecher oder zumindest feste Ansprechpartner der Arbeitskreise benannt werden. Unterstützung von externen Initiativen und Experten sollte genutzt werden – sie sind in der Regel gerne bereit ihren Erfahrungsschatz weiterzugeben, auch im Rahmen gegenseitiger Besuche und Exkursionen. Wichtig ist auch die Einbindung in bereits bestehende Netzwerke zum Thema Bürgerbeteiligung, auch um Konkurrenzsituationen in der Region zu vermeiden.

Politische Entscheidungsträger sollten immer auf dem aktuellen Stand des Projekts gehalten werden. Dabei können Zwischenberichte im Gemeinderat eine hilfreiche Form sein, die gleichzeitig dazu beiträgt, ein lokales Unterstützungsnetzwerk und eine örtliche Projekt-Plattform zu schaffen.

Die Einbeziehung der örtlichen Vereine und Institutionen ist von Anfang an wichtig und trägt dazu bei, die Akzeptanz vor Ort zu erhöhen und das Projekt in der Gemeinde zu verankern – in Denzlingen ist das über AK-Sprecher und über die Sitzung der Vereinsvorstände geschehen.



Modellkommune	Aufbau nachhaltiger Strukturen	Aufgaben der Gemeinde Denzlingen
Denzlingen	<ul style="list-style-type: none"> • Geplante „Anlauf- und Vermittlungsstelle“ • Initiative „Denzlinger Brückenbauer“ • geplante Qualifizierung „Pflegebegleitung“ • geplanter „Tag der pflegenden Angehörigen“ 	<ul style="list-style-type: none"> • Infrastruktur schaffen und notwendige Mittel bereitstellen (Ressourcen) • Finanzierungsmöglichkeiten erschließen (Anträge stellen) • Kommune wirkt aktiv mit / Kommune muss sichtbar sein (Teilnahme an Arbeitskreistreffen etc.) • Anerkennungskultur für Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune verankern

3.3 Gemeinde Umkirch

Die Einwohnerzahl in Umkirch lag nach aktuellen Angaben des Statistischen Landesamts Baden-Württemberg im Jahr 2013 bei 5.193 Bewohnern, mit kontinuierlich leicht sinkenden Prognosen. In der Gemeinde gibt es bereits gute und auch bereits vernetzte Versorgungsstrukturen für alte und pflegebedürftige Menschen, wie beispielsweise Betreutes Wohnen, Nachbarschaftshilfe und eine im Rathaus verankerte Seniorenberatung.

Das Thema steigende Altersarmut ist in Umkirch spürbar – es spiegelt sich vor allem bei den Themen der Sozialberatung wider: viele Anträge der Grundsicherung im Alter werden gestellt und es gibt auffallend viele verwitwete Frauen mit kleinen Renten. Eine Herausforderung für alte Menschen in Umkirch ist die Einkaufssituation im Ort. Es gibt zwar noch einige kleine Läden, die größeren Supermärkte befinden sich allerdings eher außerhalb der Kommune und sind für mobilitätseingeschränkte Personen schlecht erreichbar. Zum anderen gibt es eine eingeschränkte Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. Im Zuge der aktuellen Ortskernsanierung wird die Verbesserung im Bereich der Barrierefreiheit in der Planung aber bedacht (z.B. abgesenkte Bordsteinkanten).

Schon relativ früh hat Umkirch bereits Strukturen speziell für Senioren aufgebaut. Das Netzwerk „Jung und Alt – gemeinsam“, das aus Akteuren der Seniorenarbeit besteht, beschäftigt sich immer wieder mit der Frage nach neuen Angeboten und Weiterentwicklungen der Seniorenarbeit in Umkirch. Verschiedene Arbeitskreise wie die Lenkungsgruppe zum Thema „Gesundheitsförderung mit älteren Menschen“ sowie der Arbeitskreis „Pfleger“ haben sich aus diesem Netzwerk gegründet. So haben sich beispielsweise im Rahmen der Gesundheitsförderung die „aktivierenden Hausbesuche“ entwickelt. Ihr Ziel ist es, ältere einsame Menschen durch Besuche in das soziale Leben der Gemeinde einzubeziehen (zum Beispiel durch Informationen über Angebote). Neben kleinen Bewegungsübungen wird auch Gedächtnistraining durchgeführt. Den entscheidenden Aspekt stellen wohl die Gespräche und das Zuhören dar.



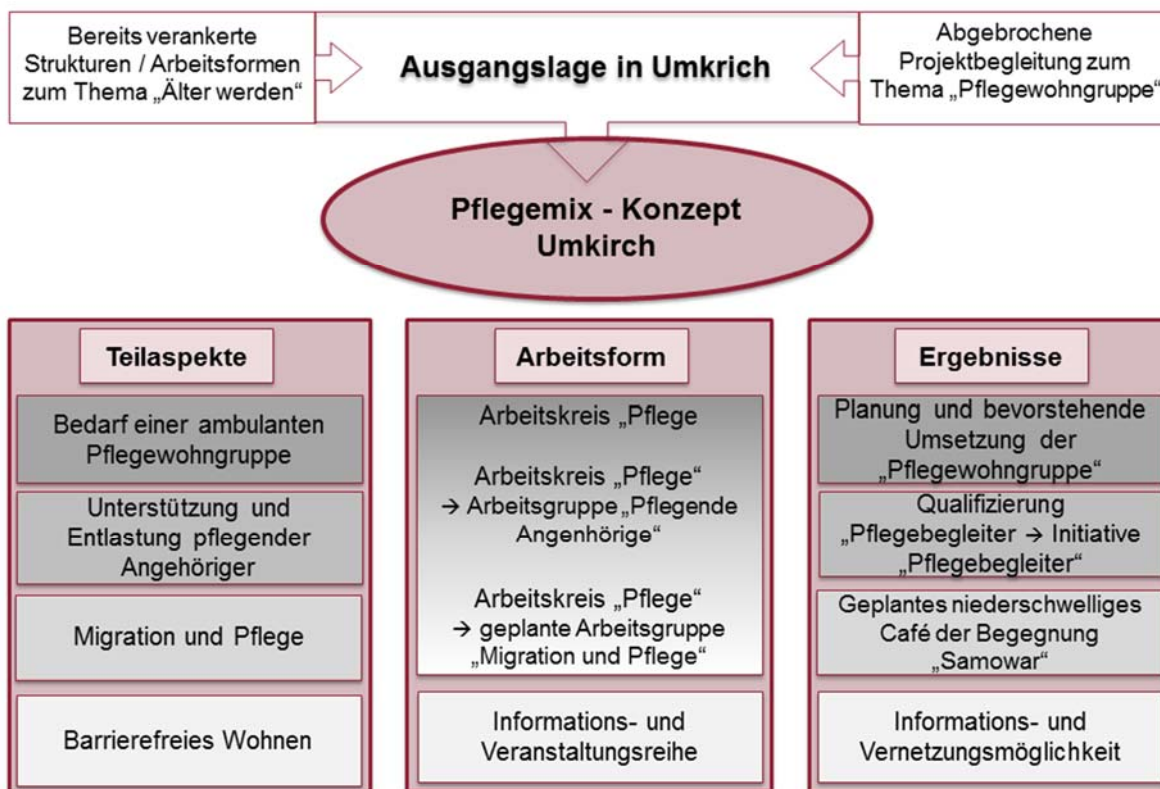
Umkirch kann viele Institutionen aufweisen, deren Aufgabe die Seniorenarbeit und deren Weiterentwicklung ist: Zu nennen wären hier ein betreutes Wohnprojekt, ein Seniorentreff, Angebote wie die Nachbarschaftshilfe, ambulante Pflegedienste, Beratungszeiten durch die Beratungsstelle für ältere Menschen in Bötzingen sowie durch die Sozialberatung der Gemeinde.

Das Projekt Pflegemix wurde in diese existierenden Strukturen integriert. Im Arbeitskreis „Pflege“ wurde die Idee entwickelt, in einer Planungswerkstatt die Situation der Bürger(innen) zum Thema „Pflegeversorgung“ zu erkunden. Im Rahmen dieser Planungswerkstatt im Juni 2013 wurde ein fehlendes Pflegewohnkonzept genannt und zum anderen der Unterstützungsbedarf für pflegende Angehörige betont. Erkannt wurde auch der höher werdende Bedarf an Pflegeplätzen für Menschen mit Migrationsgeschichte.



Folgende inhaltliche Bausteine konnten in der Projektlaufzeit entwickelt werden, die auch nach Projektende Bestand haben.





Projektbaustein: Pflegehahngruppe

Die Einschätzung bezüglich einer Pflegehahnkonzeption deckte sich mit der Meinung des Arbeitskreises „Pflege“. Dieser besteht bereits seit 2010 (Pflegetour und Entscheidung eine Pflegehahngruppe zu planen). Schon ab 2012 begleitete die Katholische Hochschule Freiburg die Entwicklung eines Pflegehahngruppen-Konzeptes. Ergebnis der Arbeit ist die Planung einer selbstverantworteten Pflegehahngruppe im Ortskern, die eine Alternative zu klassischen Heimkonzepten bietet. Die Idee ist es, den zwölf Bewohnern ein möglichst selbstständiges und normales Leben in einer heimischen Atmosphäre zu ermöglichen. Die Betreuung erfolgt durch einen Fachkräfte-Mix aus Pflegefachkräften eines ambulanten Pflegedienstes (der durch die Bewohner bzw. deren Vertreter gewählt wird) und Alltagsbegleiter(inne)n. Die geschulten Alltagsbegleiter(innen)sollen die Haushaltsführung und die Organisation des Gruppenlebens übernehmen. Ziel ist es, die Bevölkerung mit in die Betreuung und Unterstützung einzubeziehen. Das könnte beispielsweise in Form von Vorlesenachmittagen, gemeinsamen Spaziergängen oder anderen Projekten geschehen. Die Verantwortung für die Gestaltung der Pflegehahngruppe liegt bei Pflegefachkräften, Ehrenamtlichen, Alltagsbegleitern und der Gemeinde als Vermieter der Räume gemeinsam. Diese geteilte Verantwortung sowie der Ansatz des Pflege- und Betreuungsmix aus Professionellen und Ehrenamtlichen, soll eine gute Versorgung sicherstellen.

Zu Beginn der Planungen wurden verschiedenste Wohnprojekte der Region in einer „Pflegetour“ von der Arbeitsgruppe besucht, unterschiedliche Konzepte diskutiert und die jeweiligen Vor- und Nachteile abgewogen. So musste darüber entschieden werden, ob eine ambulante Pflegehahngruppe mit Trägerverantwortung oder eine selbstverantwortete Pflegehahngruppe entstehen soll.

Der rechtliche Rahmen musste geprüft werden. Fällt die Gruppe beispielsweise unter das Heimgesetz? Wenn ja, wie sehen die Vorgaben aus?



Diskutiert wurden die Gruppengröße und die genaue Zielgruppe. Steht die Gruppe zum Beispiel allen Personengruppen offen oder soll eine „Demenzwohngruppe“ entstehen?

Die Planungen verzögerten sich durch den Entwurf eines neuen Landesgesetzes: Dem Wohn-, Teilhabe- und Pflegegesetz (WTPG), welches das Landesheimgesetz für Baden-Württemberg ablöste. Es regelt die Belange von stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngruppen. Der erste Entwurf sorgte für viele Diskussionen und Proteste in der Fachwelt. Die geplante Konzeption in Umkirch (mit zwölf Plätzen und der möglichen Aufnahme von Personen mit Demenz) hätte klar dem Gesetzentwurf widersprochen und demzufolge das Projekt in der vorgesehenen Form unmöglich gemacht. Deshalb gab es in Umkirch eine lange Zeit der Unsicherheit, denn es war klar, dass die letztlich gültige Gesetzeslage die Weichen für die geplante Pflegewohngruppe in Umkirch stellen wird. Diese monatelangen Diskussionen um den Gesetzesentwurf und die damit verbundenen Planungsverzögerungen vor Ort, führten zu einer örtlichen Unterschriftenaktion gegen den Gesetzentwurf. Zwischenzeitlich konnte nun eine überarbeitete Variante des Gesetzes für unterstützende Wohnformen, Teilhabe und Pflege im Landtag verabschiedet werden. Selbstverantwortete Wohnprojekte, wie die in Umkirch beschlossene Wohngruppe, unterliegen nun nicht den neuen gesetzlichen Regelungen und die Wohngruppe kann in der geplanten Form realisiert werden. Dort wird definiert: „*Vollständig selbstverantwortete Wohngemeinschaften unterliegen nicht dem Anwendungsbereich dieses Gesetzes. Eine ambulant betreute Wohngemeinschaft ist vollständig selbstverantwortet, wenn dort nicht mehr als zwölf Personen gemeinschaftlich wohnen...*“ (vgl. § 2 Abs. 3 WTPG). Eine weitere Änderung besteht darin, dass Personen, die unter rechtlicher Betreuung stehen, ebenfalls aufgenommen werden können, wenn die Einbindung des Betreuers in das Alltagsgeschehen der Wohngemeinschaft gewährleistet werden kann (vgl. § 2 Abs. 5 WTPG).

Hiermit ist der gesetzliche Rahmen für die Umsetzung einer selbstverantworteten Wohngruppe gegeben. Die weitere bauliche Umsetzungsphase ist für 2015 geplant.

Projektbaustein: Qualifizierung Pflegebegleiter



Ein weiteres Projekt ist in der Arbeitsgruppe zum Thema „Pflegerische Angehörige“ entstanden. Oft fühlen sich pflegende Angehörige in ihrem Alltag mit der Pflegesituation allein gelassen, benötigen Infor-



mation und Austausch über die belastenden Situationen. Neben der Pflegeversorgung durch ambulante Pflegedienste, Hilfe durch Nachbarschaftshilfen und Hausbesuche für die Pflegebedürftigen wurde eine Unterstützung für die Angehörigen in Form einer Pflegebegleitung angestoßen. Pflegebegleiter unterstützen die Angehörigen durch Gespräche, Informationen und Vermittlung an entsprechende Stellen. In einer Qualifizierung mit 13 Modulen (Themencluster) wurden Ehrenamtliche unter anderem zu Fragen des Umgangs mit Demenz, zu verschiedenen Rollen in der Pflege und dem Umgang damit sowie zu den rechtlichen Grundlagen geschult. In regelmäßigen Treffen wird momentan das weitere Vorgehen geplant. 2015 will der Kreis mit einem Stammtisch für Angehörige starten, um mit den Betroffenen in Kontakt zu kommen und Austausch zu bieten. Geklärt werden muss noch, wer welche Aufgaben übernimmt (Moderation, Protokoll, Öffentlichkeitsarbeit) sowie der äußere Rahmen (Ort, Uhrzeit, Häufigkeit).

Projektbaustein: Barrierefreies Wohnen

Um den pflegebedürftigen Menschen ein möglichst langes Verbleiben in der eigenen Häuslichkeit zu ermöglichen, hat der Arbeitskreis „Gesundheitsförderung älterer Menschen“ einen Vortrag zum Thema „Barrierefreies Wohnen – Wichtige Tipps fürs Wohnen im Alter“ organisiert, um den Bürger(inne)n die Möglichkeiten des Umbaus in der eigenen Wohnung aufzuzeigen und über die Kosten hierbei zu informieren.

Projektbaustein: Pflege und Migration

Als ein weiteres großes Thema konnte bei der Planungswerkstatt im Juni 2013 „Pflege und Migration“ identifiziert werden. Es stellt sich hier die Frage, wie Personen mit Migrationshintergrund unter Berücksichtigung ihres kulturellen Hintergrundes in der Gemeinde versorgt werden können. Umkirch hat einen Anteil an Ausländern von über 10 %. Mit einem weiteren Anstieg ist in Anbetracht der zunehmenden Zuwanderung zu rechnen. Auch im Bereich der Pflege müssen für die Zukunft Strukturen für diese Personengruppe geschaffen werden. Im Rahmen des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ sollte ein Arbeitskreis zum Thema „Migration und Pflege“ etabliert werden. Allerdings kamen zu diesem Thema keine Interessierten zusammen. Darüber hinaus wurde die Idee entwickelt eine niederschwellige Form der Begegnung zu etablieren. Angedacht ist hierbei ein Begegnungscafé in einem Straßenzug, in dem viele Migrant(inn)en leben. Auch hier ist es bisher schwierig einen Zugang zur Zielgruppe zu finden. Diese Ansätze müssen zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufgegriffen werden.

Handlungsempfehlungen

Aus den Erfahrungen in Umkirch zeigt sich die Notwendigkeit Bedarfe vor Ort genau abzufragen und bei den Möglichkeiten der Umsetzung von Projekten realistisch zu sein, auch hinsichtlich des zeitlichen Aufwands. Von Beginn an ist es wichtig, gute Partner zur Umsetzung von Projektbausteinen zu suchen. In diesem Zusammenhang sind klare Vereinbarungen über die Aufgabenverteilung und zur Rolle der einzelnen Akteure zu klären.

Darüber hinaus ist es von Bedeutung, Freiwillige nicht zu sehr zu beanspruchen, was leicht zu einer Überforderung und damit zum Ausstieg aus dem Engagement führen kann. Die Bereitschaft der bereits Engagierten muss klar abgefragt und bei Veränderungen jederzeit angepasst werden. Hürden die sich auftun, wie gesetzliche Unsicherheiten und Neuregelungen wirken als Motivationsbremse bei Ehrenamtlichen – sie gilt es über solche Durststrecken zu begleiten.



Modellkommune	Aufbau nachhaltiger Strukturen	Aufgaben der Gemeinde Umkirch
Umkirch	Bereits verankerte Strukturen in Umkirch: <ul style="list-style-type: none"> • Seniorenberatungsstelle im Rathaus • Arbeitskreis Pflege: geplante Pflegewohngruppe Barrierefreies Wohnen • Initiative Pflegebegleiter 	<ul style="list-style-type: none"> • Ermöglichung der Pflegewohngruppe als General(ver)mieter • Verankerung des Themas „Pflege und Migration“ • Zugänge zu älteren Migrant(innen) schaffen.

3.4 Gemeinde Gutach

Gutach im Schwarzwald ist eine typisch ländliche Kommune im Ortenaukreis mit einer aktuellen Einwohnerzahl von 2.164 (Statistisches Landesamt Baden-Württemberg) mit kontinuierlich rückläufiger Entwicklung. Es handelt sich um eine Talgemeinde mit einer Länge von ca. 9. Kilometern, ein Faktor der bei Bürger(inne)n eine entsprechende Mobilität voraussetzt, die wegen des steigenden Altersdurchschnitts der Bevölkerung in Gutach zu steigenden Problemen bei der Bewältigung des Alltags im Alter führt. Hinzu kommt die mangelnde Barrierefreiheit in den örtlichen Wohnsituationen und im öffentlichen Raum. Eine hohe Bedeutung kommt deshalb Familien und Helfern der Nachbarschaftshilfe zu, um zum Beispiel Besorgungen zu erledigen. Der demografische Wandel macht sich in Gutach, wie allgemein im ländlichen Raum, besonders bemerkbar: Jugendliche und Erwachsene ziehen, veranlasst durch ihre Ausbildungs- und Studiensituation und aus beruflichen Gründen, aus ihrer Heimatgemeinde weg, erst im späteren Lebensalter kehren einige ehemalige Bürger(innen) wieder zurück.

Wie kann vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen die Pflege von morgen aussehen und was können wir schon heute dafür tun? Dieser Frage ging die Gemeinde Gutach als Modellkommune unter wissenschaftlicher Begleitung der Katholischen Hochschule Freiburg nach.

In Gutach standen die Themen „Älter werden“ und „Pflege“ bisher nicht auf der politischen Agenda. Die Kommune beschäftigte sich bislang mit den Belangen und Bedarfen von Kindern, Jugendlichen und Familien. Das Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ war das erste Projekt, das den Blick nun auch auf die Bedürfnisse der älteren Menschen lenkte.

Mit einer großen Planungswerkstatt wurde das Modellprojekt im Mai 2013 offiziell in Gutach gestartet. Aus dieser Veranstaltung heraus haben sich anfänglich vier verschiedene Arbeitskreise zu den thematischen Schwerpunkten „Bedarfsanalyse“, „Informations- und Anlaufstelle“, „Zugehende Hausbesuche“ und „Patientenbegleitung“ gebildet. Im Laufe der Zeit kristallisierte sich heraus, dass die Arbeitskreise „Zugehende Hausbesuche“ und „Patientenbegleitung“ sich in ähnliche Richtung entwickeln und deshalb zusammengelegt wurden zum AK: „Zugehende Besuchs- und Begleitdienste“.





50



Folgende Projektbausteine wurden in der Projektlaufzeit entwickelt und werden nach Laufzeitende weiterhin fortgeführt:



Projektbaustein: Bedarfsanalyse

Um die aktuelle Situation in der Pflege bzw. den künftigen Bedarf in Gutach feststellen zu können, wurde in diesem Arbeitskreis, mit Unterstützung durch die Katholische Hochschule Freiburg, ein Fragebogen für eine Haushaltsbefragung entwickelt. Diese wurde dann im November 2013 über die Gemeindeverwaltung in Umlauf gebracht.



In Gutach zeigte sich dabei ganz klar, dass ältere Menschen im eigenen Haus älter werden möchten. Um dies sicherstellen zu können, wird deutlich, dass es ein erhebliches Informationsdefizit über bereits bestehende Angebote im Bereich der Pflege in der Region gibt. Große Nachfrage besteht

auch bei den Themen „Wohnraumanpassung“, „Barrierefreies Wohnen“ und „Pflegeleistungen nach SGB XI“. Darüber hinaus bildete sich ein Interesse zu den Themen „Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung“ ab. Diesen Teilergebnissen der Befragung nahm sich der Arbeitskreis „Informations- und Anlaufstelle“ an, um daraus eine Vortragsreihe zu den oben genannten Themen zu konzipieren.

51

Ein weiterer Schwerpunkt der Ergebnisse, war das Interesse an Begegnungsmöglichkeiten zwischen älteren Menschen, aber auch zwischen den Generationen. Auch dieses Ergebnis wurde vom Arbeitskreis „Informations- und Anlaufstelle“ aufgegriffen.

Darüber hinaus zeigt sich eine deutliche Nachfrage nach zugehenden Besuchsdiensten, wobei die bereits etablierten Angebote vor Ort nicht ausreichen, um der Nachfrage und vor allen Dingen, dem zukünftigen Bedarf, zu entsprechen.

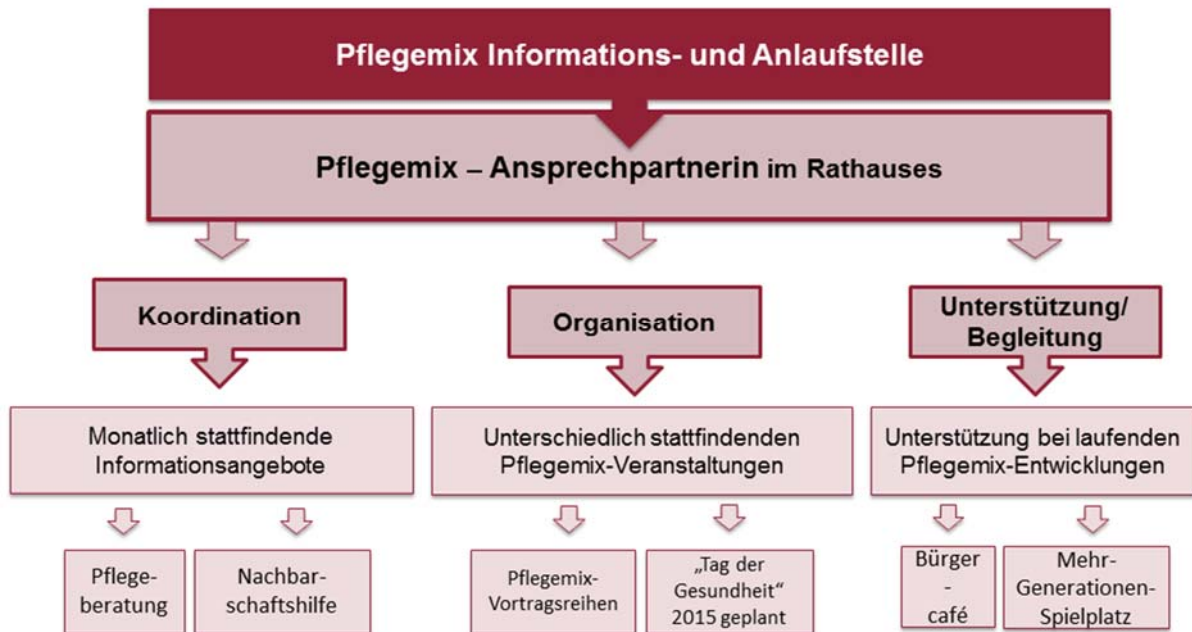
Die Gesamtergebnisse der Haushaltsbefragung wurden im Gemeinderat sowie in einer Bürgerversammlung vorgestellt und diskutiert.

Projektbaustein: Informations- und Anlaufstelle

Schwerpunkt dieses Arbeitskreises war der Aufbau einer Informations- und Anlaufstelle in Gutach. Diese Stelle, soll verschiedene Bedarfe rund um die Themen „Älter werden“ und „Pflege“ der Gutacher Bürger(innen) abdecken. Die Gemeinde Gutach etablierte nun im August 2014 eine Teilzeitstelle für eine Pflegemix-Ansprechpartnerin im Rathaus. Ihre



Aufgabenbereiche umfassen die Koordination, Organisation, Unterstützung und Begleitung von weiteren Pflegemix-Entwicklungen in Gutach.



Darüber hinaus finden im Rathaus jeden Monat unterschiedliche Informationsveranstaltungen statt. Ein neutraler Pflegeexperte bietet beispielsweise eine kostenlose Pflegeberatung im Rathaus an. Der Einsatzleiter und Geschäftsführer vom Nachbarschaftshilfeverein informiert an einem festen Sprechtag im Rathaus über alles, was Bürger(innen) zu den Hilfsangeboten, zu Kosten, zu einer eventuellen Mitgliedschaft wissen möchten.

Für die Gemeinde Gutach ist es weiterhin wichtig, dass es regelmäßige Pflegemix-Veranstaltungen geben wird. Im September 2015 beispielsweise wird in der Festhalle eine Veranstaltung stattfinden, die sich ganz dem Thema „Gesundheit“ widmet.

Projektbaustein: Zugehende Besuchs- und Begleitdienste

Schon der aktuelle Bedarf an zugehenden Besuchs- und Bringdiensten für ältere und kranke Menschen spiegelt die Dringlichkeit wieder, neue niederschwellige Formen zu entwickeln. Die Teilnehmer(innen) des Arbeitskreises „Zugehende Besuchs- und Bringdienste“ bestanden aus engagierten Bürger(inne)n sowie Vertreter(inne)n der bereits bestehenden Besuchsdienste, der Nachbarschaftshilfe und der ambulanten Pflegedienste, die in Gutach tätig sind. Darüber hinaus waren auch interessierte Bürger(innen) aus Nachbargemeinden Teil dieses Arbeitskreises. Sein Schwerpunkt war die Konzeptentwicklung einer Qualifizierung, in Kooperation zwischen der ansässigen Nachbarschaftshilfe und der Katholischen Hochschule Freiburg, für „Zugehende Besuchs- und Begleitdienste“. Allerdings konnte diese Qualifizierung auf Grund zu geringer Teilnehmerzahl anschließend nicht durchgeführt werden. Das lag unter anderem daran, dass vor der geplanten Qualifizierung sehr viele Pflegemixtermine eng getaktet waren. Darüber hinaus wurden Stimmen im Dorf laut, dass die Qualifizierung eine Konkurrenz zur bereits bestehenden Nachbarschaftshilfe darstellen könnte, trotz der im Vorfeld engen Kooperation mit den Vertretern der Nachbarschaftshilfe.



Projektbaustein: Mehrgenerationenspielplatz

Um den Bedarf nach Begegnungsmöglichkeiten zwischen den Generationen gerecht zu werden, ist ein Mehrgenerationenspielplatz im Wohngebiet „In der Grub“ in Planung und soll schnellstmöglich umgesetzt werden.

Projektbaustein: Barrierefreiheit im öffentlichen Raum

Im Zuge des Landessanierungsprogrammes wird die Barrierefreiheit im Gutacher Rathaus durch Einbau eines Personenaufzuges baldmöglichst umgesetzt. Darüber hinaus soll das Thema „Wohnraumanpassung“ in Gutach weiterhin über die Informations- und Anlaufstelle verfolgt werden.

Projektbaustein: Bürgercafé

Schon in der Haushaltsbefragung und auch bei vertiefenden Diskussionen in den verschiedenen Arbeitskreisen wurde der Wunsch nach einem zentralen und neutralen Begegnungsort für Gutacher thematisiert. Dies mündete schlussendlich in ein zukünftig geplantes „Bürgercafé“ für Gutach. Es wurde nun ein passender Raum mit Küchenzeile im Gemeindehaus gefunden, der nun als „Bürgercafé“ seine Türen ab Januar 2015 öffnet. Zwei Hauptansprechpartner(innen) kümmern sich nun mit ehrenamtlichen Helfer(inne)n um die Planung und den Ablauf des Bürgercafés.

Seniorenwohnanlage im Langenbacherweg 2015

Ein weiterer Meilenstein in Gutach wird der Bau einer barrierefreien Wohnanlage im Langenbacherweg mit 12 Wohneinheiten sein. Schon zu Beginn des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ fanden mehrere Gespräche mit der Gemeinde und dem Investor der zukünftigen Wohnanlage statt. Wenn ein Bau für ein barrierefreies Wohnen geplant ist, ist es von Bedeutung, dass sich alle Akteure regelmäßig treffen und die Planung von verschiedenen Seiten gemeinsam beleuchten: Finanzierung, Entscheidungshoheit der Kommune, Trägerschaft, rechtliche Rahmenbedingungen und deren Konsequenzen, Integration der Wohnanlage in die Vision einer Caring Community. Nach Fertigstellung der Wohnanlage soll das „Bürgercafé“ in dieses Gebäude umziehen.

Abschlussveranstaltung des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“

Projekte brauchen einen gebührenden Abschluss. Deshalb wurden alle Teilnehmer(innen) der Pfleagemix-Arbeitskreise, Gemeinderäte und interessierte Bürger zu einer Exkursion in die Gemeinden Eichstetten und Riegel am Kaiserstuhl eingeladen, um dort gut gelungene Umsetzungen in Richtung Bürgerkommune kennenzulernen. Auf dieser Abschlussfahrt wurde die Bürgergemeinschaft Eichstetten e.V. besucht: das Bürgerbüro, die Wohnanlage für Betreutes Wohnen „Schwanenhof“, die Pflegewohngruppe „Adlergarten“ sowie das Café „Mit'nander“, ein inklusives Projekt, das für Menschen mit Behinderung Arbeitsplätze schafft. Zusätzlich stand das Büro für Bürgerschaftliches Engagement, kurz „BEreit-Büro“, in Riegel auf der Agenda. Neben dem interessanten Austausch, der Auslotung von Vernetzungsmöglichkeiten mit anderen Gemeindevertretern, herzhafter Verkostung und interessanten Gesprächen wurde auch die Arbeit aller Pfleagemix-Engagierten in Gutach gewürdigt.





Handlungsempfehlungen

Bei Kommunen im ländlichen Raum dominieren noch fest gewachsene Dorfstrukturen und kurze Kommunikationswege. Deshalb ist es von Bedeutung, von Anfang an alle wichtigen Multiplikator(inn)en, Schlüsselfiguren und zukünftige Entscheidungsträger(innen) in den Projektprozess einzubinden. Der Bürgermeister und die Mitglieder des Gemeinderats spielen in diesem Kontext eine zentrale Rolle und müssen hinter dem Projekt stehen. Die frühe Einbindung der ansässigen und etablierten Vereine, Institutionen, Organisationen, Initiativen sowie Kirchen ist ebenfalls ein ausschlaggebender Faktor, um ein Projekt innerhalb des Dorfes zu akzeptieren.

Kommunen, die die aktuelle Lage und die Bedarfe ihrer Bürger(innen) zu den Themen „Älter werden“ und „Pflege“ nicht kennen, wird eine Situations- und Bedarfserhebung dringend empfohlen. Ihre Ergebnisse stellen dann die Basis dar, auf die im weiteren Verlauf des lokalen Entwicklungsprozesses aufgebaut werden kann, um ein individuelles Konzept für die Gemeinde zu erstellen.

Von höchster Bedeutung ist es, dass motivierte und engagierte Bürger(innen) unterstützt werden. Begeisterte Projektbeteiligte sind die besten Multiplikator(inn)en im laufenden Prozess. Dadurch können auch weitere Freiwillige für das Mitwirken am Projekt gewonnen werden.

Eine transparente Öffentlichkeitsarbeit und regelmäßige öffentliche Veranstaltungen zum aktuellen Projektstand sind förderlich im Prozess. In Gutach fand deshalb halbjährlich eine öffentliche Veranstaltung, entweder in Form eines Gesamtarbeitskreistreffens, einer Bürgerversammlung, Einladung von Vertreter(inne)n anderer Kommunen oder einer Exkursion statt. Diese Veranstaltungen stießen auf große Resonanz der Bürger(innen). Jeder hatte so die Möglichkeit, sich regelmäßig zu informieren und an unterschiedlichen Projektetappen einsteigen zu können.

In Gutach haben sich alle Beteiligten mit Eifer in das Projekt gestürzt und deshalb konnten in kurzer Zeit die ersten Projektbausteine umgesetzt werden. Es zahlt sich langfristig aus, sich dem Rhythmus der Beteiligten anzupassen. Bereits vorhandene Strukturen können sich so nachhaltig besser verankern und neue Ideen können dabei wachsen.



Modellkommune	Aufbau nachhaltiger Strukturen	Aufgaben der Gemeinde Gutach
Gutach	<ul style="list-style-type: none"> • Bürgerbüro: Infostelle „Pfleagemix“ • zukünftiges Bürger-Café • geplanter Mehrgenerationen-Spielplatz • Barrierefreies Rathaus • Bau einer Seniorenwohnanlage 	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung der Finanzierung und Infrastruktur • Öffentlichkeitsarbeit für das lokale Pfleagemix-Netzwerk und seine Würdigung • Anerkennung und Würdigung der Engagierten



Kapitel 4: Förderung von Engagement und Bürgerbeteiligung am Beispiel der Modellkommunen

Dieses Kapitel speist sich aus gesammelten Erfahrungen, die während des zweijährigen Projektprozesses gemacht wurden, aus öffentlich zugänglichen Informationsquellen zum Thema Bürgerbeteiligung und Engagement sowie aus speziell zu diesem Zweck durchgeführten Experteninterviews, die exemplarische Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozessen thematisierten. Interviewpartner(innen) waren in diesem Kontext Gerhard Kiechle, ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Eichstetten am Kaiserstuhl, Janine Bliestle vom Gemeindeforum für bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg und Petra Schmettow vom forum für internationale entwicklung + planung (finep). In diesem Kapitel finden sich auch Aussagen und Rückmeldungen der beteiligten Bürger(innen) im Rahmen der Abschlusstreffen in den Modellkommunen sowie des Abschlusstreffens der politisch Verantwortlichen in den Modellkommunen, im Oktober 2014. Dies alles wird verknüpft mit den theoretischen Leitkonzepten des Modellprojekts (siehe Kapitel 2).

Zu Beginn jedes Unterkapitels gibt es eine kurze Theorieeinheit. Dann werden Umsetzungshinweise in Form von „Tipps/Werkzeugen“ und / oder „Best Practice Beispielen der Modellkommunen“ aufgezeigt, um dann schlussendlich jeweils eine „Checkliste“ und mögliche „Stolpersteine“ zu benennen.

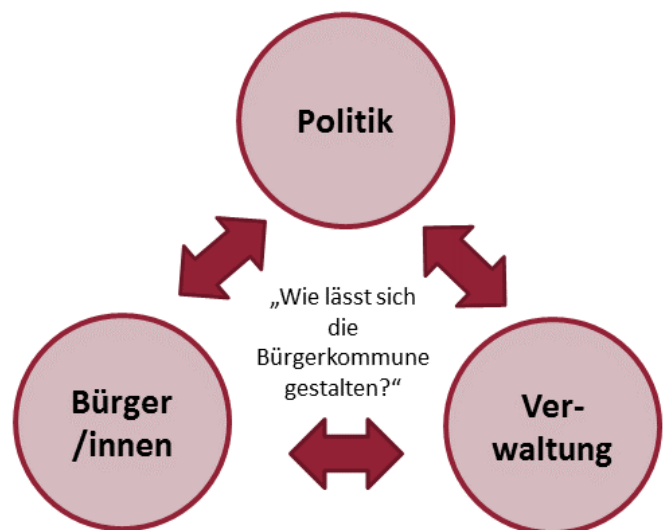
4.1 Wichtige Informationen und Rahmenbedingungen für die kommunale Planung eines Bürgerbeteiligungsprozesses

Ein Bürgerbeteiligungsprozess kann von verschiedenen Akteuren gestartet werden und spielt sich immer im Spannungsdreieck zwischen Politik, Verwaltung und Bürger(inne)n ab (siehe nebenstehende Grafik in Anlehnung an: Bogumil 2007:14).

Janine Bliestle¹, Fachberaterin des Gemeindeforum für bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg, legt Wert darauf, dass zu Beginn eines geplanten Bürgerprozesses immer folgende Fragen geklärt werden sollten: **„Wer plant überhaupt und von wem geht der Prozess denn aus? Wer soll mitmachen? Wie geht man die Sache an? Warum wird überhaupt diese Entwicklung in Gang gesetzt? Also ganz klassisch wer, wie und warum?“**

Zusätzlich muss geklärt werden unter welchen Bedingungen der Beteiligungsprozess startet: *Gab es schon einmal Bürgerbeteiligungsprozesse? Wie sind diese verlaufen? Wie ist die aktuelle Situation im Stadtteil / der Gemeinde? Gibt es Unmut oder erschwerende Bedingungen?*

Jeder Kommune, jeder Verwaltung und jedem Gemeinderat müsse auch klar sein, dass ein Prozess in Gang gesetzt wird und die Prozesse sich in verschiedene Richtungen entwickeln können. *„Wenn man*



¹ Experteninterview 1

die Bürger mit ins Boot holt, dann (...) kann da hinten was rauskommen, was man vorher nicht bedacht hat, oder was auch nicht gewünscht war“, merkt Petra Schmettow², Mitarbeiterin beim ‚forum für internationale entwicklung + planung‘ (finep), an. Es könne natürlich auch positiv sein, dass am Ende viel mehr dabei herauskommt, als vorher erwartet worden war, dies kann aber auch Unsicherheiten hervorrufen. Ein wichtiges Grundprinzip klingt hier schon durch: das ist **Ergebnisoffenheit**! Ein Beteiligungsprozess muss jedoch immer ergebnisoffen sein, sonst ist es ganz einfach kein Prozess. Auch legt Schmettow großen Wert darauf, dass Kommunen sich darüber im Klaren sein müssen, dass Prozesse auch Wendungen nehmen können. „Also ich kann keinen Bürgerbeteiligungsprozess, also viele Leute zusammenrufen und schon vorher wissen, was ich will und die sollen das alles wissen und dann auch so umsetzen“, so Schmettow³. Es zeigt sich also, dass eine große **Offenheit** von allen Seiten wichtig ist und auch „**Mut dazu gehört**“, meint Bliestle⁴. „Zusätzlich darf der **Spaß am gemeinsamen Entwickeln** nie aus den Augen geraten, weder bei der Politik, noch bei der Verwaltung und schon gar nicht bei den Bürgern“, ergänzt der ehemalige Bürgermeister aus Eichstetten, Gerhard Kiechle⁵. „Denn es ist schon etwas Besonderes, wenn man sich gemeinsam auf den Weg macht“, weiß auch Schmettow⁶.

Eine weitere Bedeutung hat das gemeinsame Festlegen von „**Spielregeln**“: *Wer hat welche Rolle und Aufgabe? Wie wollen wir miteinander umgehen? Was brauchen wir? Wie werden und wollen wir Konflikte bearbeiten?* Die Vertreter(innen) der Modellkommunen im Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ sehen ein Hauptkonfliktpotenzial darin, wenn Verwaltung, Bürgermeister und Bürger(innen) bei der Durchführung nicht auf Augenhöhe miteinander kommunizieren und arbeiten. Um Problemen beizukommen müsse auf die Transparenz geachtet werden, d. h. klare Rollendefinitionen von Akteuren und eine klare Aufgabenverteilung. Dies Sorge auch für eine höhere Effektivität.

Wer sich für Bürgerbeteiligungsprozesse entscheidet, muss sich darüber im Klaren sein, dass bei einer Prozessgestaltung auch **Ressourcen** notwendig sind. „Also wenn ich jetzt als Bürgergruppe sage, ich starte da etwas im Prozess, habe aber nicht die Power und Infrastruktur das bis zum Ende durchzuhalten, ist das natürlich extrem frustrierend“, so Schmettow⁷. Stadtverwaltungen und Gemeinderäte seien sich meist darüber im Klaren, welche demografischen Entwicklungen auf das Gemeinwesen zukommen und sehen sich also dem Prinzip der Bürgerbeteiligung verpflichtet, so Vetter (2014).

„Dies erfordert:

- ämterübergreifende Zusammenarbeit
- Begegnung mit Bürger(inne)n als gleichberechtigte Partner auf Augenhöhe
- Einsatz hauptamtlicher Kräfte in der Beratung und Moderation bei bürgerschaftlichen Gruppenprozessen
- Wertschätzung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als Teil der kommunalen Sozialplanung
- „Bereitstellung von Räumlichkeiten und Finanzmitteln“ (Vetter, 2014, S. 13).

² Experteninterview 2

³ Experteninterview 2

⁴ Experteninterview 1

⁵ Experteninterview 3

⁶ Experteninterview 2

⁷ Experteninterview 2



Um hemmenden Widerständen von Seiten der Politik, der Verwaltung oder möglicherweise auch von Bürger(inne)n selbst vorzubeugen, ist es wichtig, dass alle genannten Akteure vom **Nutzen der Bürgerbeteiligung überzeugt** sind. Kiechle weist darauf hin, dass „...eine positive Grundstimmung im Gemeinderat sein muss. Also man muss es wollen. Die Verwaltung und vor allen Dingen der Bürgermeister muss es wollen“, so Kiechle⁸. Darüber hinaus sei es auch wichtig, dass die Verantwortlichkeiten von Anfang an gemeinsam geklärt werden müssen. Denn Bürgerbeteiligung kann bedeuten, dass sich die Entscheidungskompetenzen verschieben und das wiederum kann auf Unsicherheiten und Abwehr stoßen. Um dem vorzubeugen ist es wichtig, dass jeder Akteur über seine Aufgaben, seine Rolle und die Grenzen der Entscheidungshoheit informiert ist und diese auch transparent vermittelt werden.

4.1.1 Rolle und Aufgaben der Politik

Die Politik ist in Bürgerbeteiligungsprozessen der Dreh- und Angelpunkt für das Gelingen. „Sie muss Bürgerbeteiligung als Informationsgewinn verstehen im Hinblick auf die Entscheidungen, die sie zu treffen hat“, so Vetter und Ulmer (2013, S. 14f.). Denn Bürgerbeteiligung könne die Akzeptanz und die Legitimation des politischen Handelns stärken und dadurch festige sich auch die Verbindung zwischen Bürgern und Politik. Natürlich sind die Politiker die Entscheidungsträger und haben somit letztendlich die Entscheidungsmacht. Dies sollte aber im Sinne der Bürger(innen) geschehen. Der / die Bürgermeister(in) muss komplett hinter dem Beteiligungsprozess stehen. „Beteiligungsprozesse sind Chefsache“, so Schmettow⁹. Wenn die Politik nicht hinter den Beteiligungsprozessen steht, dann mache es keinen Sinn einen Prozess zu beginnen.

Um Bürgerbeteiligungsprozesse durchführen zu können, ist es wichtig, dass sich Politiker von ihrem „Entscheidungshoheits-Ross“ herunterbegeben, um auf Augenhöhe im gemeinsamen Dialog zu gestalten. Das setzt eine (oft) neue Haltung im Umgang miteinander voraus. Die Politik hat also die Aufgabe als „Ermöglicher“ für Beteiligte im Prozess einzustehen, also den Weg zu ebnen. Zeitnahe Entschlüsse und die Bereitstellung von Ressourcen und Infrastruktur gehören ebenso zur Aufgabe der Politik.

4.1.2 Rolle und Aufgaben der Verwaltung

Vetter und Ulmer (2013:15) weisen auch darauf hin, dass die Verwaltung durch Bürgerbeteiligung Planungssicherheit und Bürgerzufriedenheit gewinnen könne. Allerdings bedeute dies auch mehr Einsatz für sie. Deshalb müssten vor allem die Bürgermeister(innen) die Bürgerbeteiligung unterstützen, die Wichtigkeit des Themas innerhalb der Verwaltung glaubwürdig vertreten und für die Unterstützung ihrer Mitarbeiter(innen) sorgen. Gerhard Kiechle¹⁰ ist der Meinung, dass es eine Stelle in der Verwaltung braucht, die die Ansprechperson für Beteiligte des Bürgerprozesses ist. „Das wäre, aus meiner Sicht idealerweise eine Art Stabstellenfunktion, aber machbar ist natürlich auch, dass man hier jemand mit einem anderen Bereich damit beauftragt“, so Kiechle.

4.1.3 Rolle und Aufgabe der Bürger(innen)

„Durch mehr Bürgerbeteiligung erkennen die Bürger, dass sie ernst genommen werden und ihre Interessen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einfließen“, so Vetter und Ulmer (2013:15). Es sei also wichtig, von der Beobachterrolle zur Rolle der aktiven Mitgestaltung der politischen Gemeinschaft

⁸ Experteninterview 3

⁹ Experteninterview 2

¹⁰ Experteninterview 3



zu wechseln. Bürgermeister Kiechle betont, dass den Bürgern klar sein müsse, dass sie nicht entscheiden, sondern dass sie mitreden und mitwirken – die letztendliche Entscheidung aber bei den politisch Verantwortlichen liegt.

4.1.4 Rolle der Presse und der Medienberichterstattung

Medien können bei Beteiligungsprozessen eine große Rolle spielen. Das Einbinden der Presse, am besten konstanter Pressevertreter, gleich zu Beginn des Prozesses ist wichtig. So können sich die Pressevertreter direkt vor Ort ein Bild vom Beteiligungsprozess machen und Fragen können in persönlichen Gesprächen geklärt werden. *„Man sollte immer an den großen Einfluss denken, den vor allem lokale Presse bei der Informationsverbreitung, aber auch bei der Meinungsbildung der Menschen, innehat“.* (Weitz 2014:4).

4.1.5 Bürgerbeteiligung und Professionalität

Bürgerbeteiligung ist oft mit vielen Erwartungen der unterschiedlichen Akteure verbunden. Es kommt vor, dass sich Gemeinden mit „Feuereifer“ in Beteiligungsprozesse „stürzen“, ohne sich vorher im Klaren zu sein, dass sich daraus konkrete Erwartungen und Forderungen entwickeln können. Natürlich gibt es Bürgerbeteiligungsprozesse, die von der Gemeinde intern koordiniert und durchgeführt werden. *„Gleichzeitig besteht aber die Gefahr, dass unüberlegt oder inkompetent durchgeführte Beteiligungsprozesse negative Erfahrungen auf vielen Seiten nach sich ziehen, die sich auf weitere Projekte auswirken oder aber das Thema ‚Bürgerbeteiligung‘ insgesamt diskreditieren können“*, so Vetter und Ulmer (2013:15). Deshalb wird von den Autoren weiter vorgeschlagen, dass im Zusammenhang mit der Frage nach mehr Bürgerbeteiligung Besonnenheit vor operativer Hektik walten und professioneller Beratung eine wichtige Rolle zugeschrieben werden sollte.

4.1.6 Grundregeln und Qualitätskriterien der Bürgerbeteiligung

Gerade zu Beginn, wenn Bürgerbeteiligungsprozesse initiiert werden, weist Angelika Vetter auf folgende hilfreiche Grundregeln hin (Vetter 2008; Vetter und Ulmer 2013). Diese werden auch die *Präambel der Bürgerbeteiligung* genannt:



Grundregeln für die Bürgerbeteiligung

- Einheitliche/r Ansprechpartner/in für die Beteiligten des jeweiligen Projekts in der Verwaltung während des ganzen Verfahrens!
- Entscheidungsspielräume und –grenzen für Beteiligte sowie Spielregeln mit und für die Beteiligten vorher definieren!
- Akteursanalyse: Den/die „Richtigen“ ansprechen: Betroffene und Stakeholder (auch Fachleute, lokale Multiplikatoren und Politik) → Ausgewogenheit anstreben: auch um die Bemühungen, die traditionell schwer zu erreichen sind! Die einbinden, die etwas beitragen können. Jene berücksichtigen, die sonst hinterher alles blockieren könnten.
- Für jede Zielgruppe die richtige (An-)Sprache wählen!
- Themen- und Zielgruppenangemessene Methodenauswahl beachten!
- Geeignete Orte für die Beteiligung finden bzw. bestimmte Akteure vor Ort aufzusuchen!
- Geeignete Zeiten für die Einbeziehung von Akteuren auswählen!
- Frühzeitig informieren / Transparenz über das Verfahren und seine Ziele, Inhalte und Möglichkeiten herstellen!
- Beteiligte und ihr Engagement – ebenso wie unterschiedliche Meinungen und Interessen – anerkennen bzw. wertschätzen! (So, dass sie es auch merken !!!)
- Beteiligungsverfahren zügig durchführen und über die (Zwischen-)Ergebnisse zügig informieren
- Gemachte Zusagen einhalten, Transparenz z.B. über Verzögerungen und Entscheidungen jederzeit herstellen!

Zusätzlich hilfreich im Bürgerbeteiligungsprozess sind die vom Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013) entwickelten „Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung“. Das Netzwerk Bürgerbeteiligung entwickelte für eine gelingende Bürgerbeteiligung 10 handhabbare Standards. Im Laufe eines Bürgerbeteiligungsprozesses ist es immer wieder hilfreich die genannten Anforderungen zu überprüfen:

- „Wie steht es um die Qualitätskriterien im gerade laufenden Bürgerbeteiligungsprozess?“
- „Welche fördernden Faktoren begünstigen den Bürgerbeteiligungsprozess?“
- „Welche hemmenden Faktoren/Stolpersteine beeinflussen den Bürgerbeteiligungsprozess?“

10 Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung

1. ... braucht die Bereitschaft und Fähigkeit zum Dialog.
2. ... braucht Ressourcen und klare Ziel- und Rahmensetzungen.
3. ... nutzt die vorhandenen Gestaltungsspielräume.
4. ... ist ein Dialog auf Augenhöhe.
5. ... ist verbindlich und verlässlich.
6. ... braucht eine sorgfältige und kompetente Gestaltung des Beteiligungsprozesses.
7. ... braucht transparente Information.
8. ... ermöglicht die Mitwirkung aller.
9. ... lernt aus Erfahrung.
- 10.... ist in eine lokale Beteiligungskultur eingebettet.

Quelle: Netzwerk Bürgerbeteiligung

4.1.7 Ziele von Bürgerbeteiligung

Je nach Verfahren, gibt es verschiedene Ziele von Bürgerbeteiligung und damit einhergehend ist auch der Grad der Mitwirkung. Es kann immer wieder vorkommen, dass Kommunen bereits denken, sie würden eine intensive Bürgerbeteiligung initiieren, doch bei genauerer Analyse handelt es sich lediglich um Informationsveranstaltungen.

Grad der Mitwirkung	Ziele der Bürgerbeteiligung	Mögliche Verfahren zur Zielerreichung
Gering	Information der Bürger(innen)	Flyer Amtsblatt Lokale Medien Verfolgen von Gemeinderatssitzungen
Mittel	Anhörung der Bürger(innen) und gemeinsamer Austausch von Grundlageninformationen, konkretem Wissen, Absichten, Erfahrungen, Sichtweisen und Interessen	Bürgerversammlung Ausschussbeteiligung von Bürger(inne)n Jugendgemeinderäte Bürgerbefragung /-panel Runde Tische / Foren Zukunftswerkstätten Planungszelle / Bügerräte
Mittel bis Hoch	Beteiligung an der Mitgestaltung und Entscheidungsvorbereitung	Planungszellen Zukunftswerkstätten Runde Tische
Mittel bis Hoch	Konfliktbearbeitung / -lösung	Mediation Schlichtung Runde Tische
Hoch	Wahl von Repräsentant(inn)en oder unmittelbare Entscheidung über Sachfragen	Wahlen Bürgerentscheide Volksentscheide
Hoch	Von Verwaltung und Politik unabhängige Aktivitäten der Bürger(innen) zur Lösung konkreter Problemen und Fragen vor Ort	Bürgerschaftliches Engagement Selbsthilfegruppen

Quelle: Vetter und Ulmer 2013 / Städtetag Baden Württemberg 2012 - Hinweise und Empfehlungen für Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik, S. 62-65.



4.1.8 Leitlinien kommunaler Bürgerbeteiligung

Die Stiftung Mitarbeit weist darauf hin, dass viele Kommunen in Deutschland bereits Leitlinien, Handlungsempfehlungen oder andere verbindliche Regelungen zur kommunalen Bürgerbeteiligung erstellen. Leitlinien trügen dazu bei, dass sich kommunale Amts- und Mandatsträger(innen) im Idealfall dazu verpflichten, grundlegende Qualitätskriterien der Bürgerbeteiligung zu beachten. Wenn Kommunen ein Leitbild erstellen, wird ein konkreter Rahmen für Beteiligungsverfahren definiert: Auf welchem Wege wird Bürgerbeteiligung initiiert? Wie werden die einzelnen Verfahrensschritte aufeinander abgestimmt? Wer übernimmt die Leitung und Moderation und auf welchem Weg werden die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens schließlich in den kommunalen Entscheidungsprozess einfließen? (Stiftung Mitarbeit 2014b)

4.1.9 Praktische Hinweise / Werkzeuge

Um Bürgerbeteiligungsprozesse durchzuführen ist es hilfreich, sich von Experten **beraten** zu lassen. Zusätzlich können **interne oder externe Schulungen** für politische Vertreter(innen) und die Verwaltung im Hinblick auf die Begleitung von Bürgerbeteiligungsprozessen für alle Beteiligten eine Bereicherung sein. Die Einbindung in bereits bestehende **Netzwerke** eröffnet neue Möglichkeiten um Informationen zu bekommen und Ressourcen zu erschließen.

Wichtige Netzwerke im Land auf einen Blick: Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in Baden-Württemberg, Landkreisnetzwerk Baden-Württemberg, StädteNetzWerk Baden-Württemberg, Gemeinde-Netzwerk Baden-Württemberg, Allianz für Beteiligung und die Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg. Zum Landesnetzwerk gehören zahlreiche weitere Verbände und Institutionen, wie beispielsweise die Arbeitsgemeinschaft Bürgerschaftliches Engagement (ARBES), die Fachkräfte im Landesnetzwerk (FaLBE) und die Bürgermentor(inn)en. Schmettow¹¹ sieht auch einen Mehrgewinn an der Teilnahme von kommunalen Wettbewerben, denn dadurch kann man sich auch automatisch vernetzen und bekommt viele wertvolle Informationen mit.

4.1.10 Erfahrungen aus den Beteiligungsprozessen in den Modellkommunen

In der **Modellkommune Gutach im Schwarzwald** fanden vor Beginn des Bürgerbeteiligungsprozesses mehrere Beratungsgespräche mit den politischen Vertreter(inne)n statt, welche auf großes Interesse und die Bereitschaft stießen. „Bürger(innen) mit ins Boot zu holen“ war für alle Akteure von höchster Bedeutung. Eine transparente Absprache über Aufgaben und Rollen der einzelnen Akteure führte unter anderem sicherlich dazu, dass der Projektverlauf in Gutach auf hohe Resonanz gestoßen ist. Wenn es von Seiten der Verwaltung, der Politik oder von Bürgern Fragen gab, waren die Kommunikationswege kurz. In Gutach wurden Anfragen immer zeitnah und transparent kommuniziert. Darüber hinaus wurden wichtige Schlüsselfiguren der Gemeinde und Multiplikator(inn)en vor Beginn des Beteiligungsprozesses eingebunden.

¹¹ Experteninterview 2



Checkliste

- ✓ Ist Bürgerbeteiligung als kommunikativer und ergebnisoffener Prozess angelegt?
- ✓ Sind gemeinsame Ziele und Visionen klar?
- ✓ Besteht ein Bewusstsein des gemeinsamen Nutzens?
- ✓ Besteht ein klarer Zeitrahmen? Aber können wir uns auch die nötige Zeit nehmen?
- ✓ Wurde der Beteiligungsprozess möglichst früh gestartet? - Besteht genügend Zeit für Entwicklungen im Prozess und die Ergebnisfindung?
- ✓ Werden faire Einflusschancen aller Beteiligten ermöglicht?
- ✓ Besteht ausreichend Transparenz und Klärung hinsichtlich des Stellenwerts der Beteiligung von Bürger(inne)n
- ✓ Besteht Konsens über gemeinsame Regeln und den Umgang miteinander in der Gruppe
- ✓ Gibt es ziel- und ergebnisorientierte Aufgabenstellungen?

Mögliche Stolpersteine

- Wenig Klärung der Aufgaben und Rollen der jeweiligen Akteure
- Dominanz organisierter Interessen
- Oberflächlichkeit
- Soziale Selektivität: es dominieren Menschen mit hohem Bildungsstand, gutem Einkommen und gesicherter sozialer Position - schwach vertreten sind hingegen Menschen mit Migrationsgeschichte, Jugendliche, und Personen, die zeitlich stark eingebunden sind (z.B. pflegende Angehörige)

➔ Zeitmangel als Teilnahmebarriere



4.2 Dialogformen zu Anliegen im Stadtteil/Ort. Wie werden Themen „auf die Agenda gesetzt“?

Themen können von allen Akteuren auf die Agenda gesetzt werden, sei es von Seiten der Politik, der Verwaltung oder von Bürger(inne)n. Es gibt verschiedene Möglichkeiten Themen öffentlich zu machen, ihnen Gehör zu verschaffen. Einige davon sind in der nebenstehenden Abbildung aufgeführt. Eine bedeutende Rolle spielt hierbei auch die lokale Presse, denn sie informiert die breite Bevölkerung über die Themen, die aktuell anstehen und bearbeitet werden.

Praktische Hinweise / Werkzeuge

Es gibt verschiedene Arten von Befragungen, hier wird kurz auf die Bürgerbefragung und die aktivierende Befragung eingegangen. **Bürgerbefragungen** können sinnvoll sein, um Meinungsbilder einzuholen. Das Beteiligungsportal Baden-Württemberg (2014) beschreibt die Bürgerbefragung als eine anonyme, unverbindliche Befragung von Bürger(inne)n sowohl in Form eines auszufüllenden Papier- oder Onlineformulars sowie als mündlich durchgeführtes Interview.

Eine **aktivierende Befragung** dient dazu, in einem begrenzten Gebiet die Sichtweisen, Interessen und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen zu erfahren. Dabei sollen die Befragten zum Nachdenken über ihre Situation angeregt werden.

Ein **Bürgerpanel** ist eine regelmäßig (drei bis vier Mal pro Jahr) stattfindende Befragung von 500 bis 2.500 repräsentativ ausgewählten Bürger(inne)n. Diese erklären sich bereit, über einen Zeitraum von drei bis vier Jahren an den Befragungen teilzunehmen. Sie werden über die Umfrageergebnisse und deren weitere Verwertung unterrichtet. Das Hauptziel ist das Einholen von Meinungsbildern. Darüber hinaus vermögen Bürgerpanels zur Teilnahme an weiteren Partizipationsformen zu motivieren.

In einer kleineren Gemeinde, glaubt Schmettow¹², sei das Instrument einer **Bürgerversammlung** schon grundsätzlich ein guter und wichtiger Weg. Es komme dann jedoch sehr darauf an, ob man so eine Bürgerversammlung auch dialoghaft gestaltet. Dies könne zum Beispiel an kleinen Word-Café-Tischen oder mit der Arbeit an Stellwänden geschehen. Oft sei es bei Bürgerveranstaltungen nämlich so, dass stimmgewaltige Meinungsführer sich äußern, während der Rest still ist. Gerade in kleinen Gemeinden sei es wichtig, noch viel direkter und aufsuchender zu arbeiten, weil man ohnehin nie alle erreicht.

Mit der **Bürgerausstellung** wird ein Bürgerbeteiligungsverfahren für die Stadtplanung vorgestellt, das Innensichten von Bürger(inne)n in Form von Interviewausschnitten, zusammen mit Fotografien der Bewohner(innen) sowie des Stadtviertels ausstellt. Das Ziel der Bürgerausstellung sei es, laut Schophaus und Dienel (2002), Einstellungen, Ziele und Motivationen von Interessengruppen (Stakeholdern) offen zu legen und einen öffentlichen Dialog darüber zu ermöglichen. Die Ausstellung sei ein Beitrag zum Verständnis der Innensicht der Beteiligten und könne zu einer stärkeren Identifikation der



¹² Experteninterview 2



Beteiligten mit ihrer Gruppe und mit ihrer Nachbarschaft beitragen, mit dem Ziel, ihr politisches Engagement und gleichzeitig das Verständnis für die Perspektiven anderer Interessengruppen zu erhöhen.

Zukunftswerkstatt

Unter der Zukunftswerkstatt versteht man eine Methode, die unter Einbezug von Moderator(inn)en die Selbstorganisation, Wahrnehmungsfähigkeit, Fantasie und Handlungskompetenz der Teilnehmer(innen) fördert, Möglichkeiten zur Realisierung gemeinsamer Ideen entwickeln hilft und in der Umsetzung beratend begleitet. (Apel 1996; Apel u.a. 1998)

Planungswerkstatt

Durch kommunale Planungsworkshops werden Gemeinden, Initiativen und andere Organisationen dabei unterstützt, eine nachhaltige und zukunftsfähige Gemeinschaft zu planen. Dabei sollen lokale Akteure in die Lage versetzt werden, den Wandel, den sie herbeiführen möchten, strukturiert anzugehen.

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

In Gutach im Schwarzwald wurde im Rahmen des Projekts eine Haushaltsbefragung durchgeführt. Die Ergebnisse konnten anschließend in den thematisch unterschiedlichen Arbeitskreisen und damit verbundenen Pflagemix-Bausteinen bearbeitet werden. Vertreter(innen) der Modellkommunen waren sich beim Abschlusstreffen einig, dass eine Befragung der erste Schritt ist, um in der Gemeinde oder im Stadtteil die Bedarfe der Bürger(innen) systematisch zu ermitteln.

Zum Einstieg ins Modellprojekt wurden in allen Modellkommunen Auftaktveranstaltungen vor Ort in der Form von „Planungswerkstätten“ durchgeführt. Das Einbinden der lokalen Presse, in vorgeschalteten Pressekonferenzen und durch deren Teilnahme an den Planungswerkstätten war dabei enorm wichtig, um das Vorgehen transparent zu machen und die Bürger(innen) der Kommune zu informieren.

Wichtig war auch in allen Modellkommunen die enge Verbindung zu örtlichen Vereinen, bereits bestehenden Arbeitskreisen, Kirchengemeinden, professionellen Dienstleistern und Initiativen.

Checkliste

- ✓ Konkrete Überlegungen: Wo werden Themen im Stadtteil/Dorf besprochen?
- ✓ An welchen Orten/Plätzen können Themen gesammelt und später auch vorgestellt werden?
- ✓ Wurden die Entscheidung über Befragungsmethoden einvernehmlich, mit allen Akteuren vor Ort, gefällt?

Mögliche Stolpersteine

- Gruppen und Akteure vor Ort wurden nicht genügend eingebunden und formieren sich als „Gegner“.
- Die Transparenz über Themenfindungen und die Wahl der thematischen Arbeitsschwerpunkte fehlt



4.3. Netzwerkmanagement: Initiieren von Prozessen, Moderation & Koordination

Bei der Umsetzung von Bürgerbeteiligungsprozessen ist es wichtig, dass es mindestens eine Person gibt, die die Rolle der Moderation übernimmt. *„Die Rolle der Moderation und Koordination ist ausschlaggebend. Es ist wichtig, dass sich die Person wirklich auch neutral, kooperativ, partnerschaftlich und auf Augenhöhe bewegt“*, so Kiechle¹³. Diese Person kann entweder direkt aus der Gemeinde kommen, auch aus der Verwaltung – sie kann aber auch als externe Person hinzugezogen werden. Oft sind Bürger(innen) ein bisschen misstrauisch, wenn die Verwaltung moderiert, da die Dominanz von Eigeninteressen befürchtet wird. Es sei immer hilfreich, wenn irgendwo im Bürgerprozess eine externe Person hinzugezogen wird, so Bliestle¹⁴. Falls die Moderation von einer Person der Kommune übernommen wird, sei es besonders wichtig, auf die Neutralität während des Prozesses zu achten. Es könne nämlich leicht passieren, dass die Person in der Moderatorenrolle in einen eigenen Rollen- und Interessenskonflikt gerät, weil entweder eine persönliche Betroffenheit besteht oder interne „Lobbyisten“ laufende Prozesse in eine bestimmte Richtung bewegen wollen. Schmettow¹⁵ betont in diesem Kontext, dass Bürger(innen) aufgrund des Interesses an einem gut gesteuerten Prozess, ggf. auch die Wahl treffen die Prozessbegleitung zu übernehmen. Dies sei ihnen auch zuzutrauen und doch, so Schmettow, solle dabei besonders auf die Gefahr einer Überforderung von Freiwilligen geachtet werden. Wichtig sei auf jeden Fall die Strukturierung der Prozesse. Dieser Aspekt wurde auch als besonders bedeutsam im Rahmen des Abschlusstreffens der Modellkommunen betont.

Einig sind sich alle Befragten über die notwendige örtliche Verankerung der Moderation und Koordination des Prozesses: alle Beteiligten müssen wissen, wer die Ansprech- und Koordinationsperson vor Ort ist.

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Im Stadtteil Littenweiler gibt es eine Netzwerkinitiatorin, die für die Koordination des VEGA-Projekts zuständig ist – diese wird auch nach Ablauf des Projekts zuständig bleiben. Das hat vor allem im städtischen Bereich eine hohe Bedeutung, weil hier eine höhere Anonymität als im ländlichen Raum besteht.

In der ländlichen Kommune Gutach hat der Bürgermeister die Rolle der Vernetzung und Koordination anfangs selbst in die Hand genommen. Gegen Ende der Laufzeit des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ wurde die Stelle einer Koordinatorin im Rathaus geschaffen und mit einer jungen Frau besetzt, die aus der Elternzeit zurückkehrte. Wichtig ist, dass die koordinierende Person nach außen ein „Gesicht“ bekommt, also ein Widererkennungseffekt besteht.

Auch in Denzlingen wurde schnell deutlich, dass eine Koordinations- und Anlaufstelle notwendig ist, in der die Fäden in der Gemeinde „zusammenlaufen“ können. Engagierte Bürger(innen) betonten im Rahmen der Pfleagemix-Abschlussveranstaltung die hohe Bedeutung und Dringlichkeit einer dauerhaften Ansprechperson vor Ort. Diese sollte die örtlichen Gegebenheiten und Strukturen kennen und für Engagementberatung und -förderung sowie für Vernetzung und Koordination zuständig sein.

¹³ Experteninterview 3

¹⁴ Experteninterview 1

¹⁵ Experteninterview 2



In der Gemeinde Umkirch wurde schon vor Jahren eine Personalstelle für die lokale Seniorenberatung geschaffen, die auch für die Moderation von Arbeitskreisen zuständig ist. Sie war auch die koordinierende Person im Rahmen der Modellphase vor Ort.

Checkliste

- ✓ Wie und wo kann eine Koordinationsstelle geschaffen werden, die auch für die örtliche Netzwerkarbeit zuständig ist?
- ✓ Gibt es eine präzise Aufgabenbeschreibung für diese Stelle? Wofür ist sie genau zuständig? Keine „Alibi-Stelle“, die sich eigentlich hauptsächlich mit Beratung und administrativen Aufgaben in der Verwaltung beschäftigt!!!
- ✓ Bei drohenden Interessenkonflikten externe Moderator(en) in den Beteiligungsprozess einbinden!!!

Mögliche Stolpersteine

- Die Aufgaben der Koordinationsstelle sind nicht klar beschrieben – die zuständige Person wird in der Praxis zwischen unterschiedlichen Erwartungen „zerrieben“.
- Die Koordinationsstelle wird von Personen ohne fachliche Qualifizierung/Weiterbildung übernommen
- Netzwerkaufgaben stehen nicht im Zentrum der Aufgaben, sondern laufen „nebenbei“.

67

4.4 Bürger(innen) zum Mitmachen motivieren und einbinden

Die Einstellung zum Engagement hat sich im Laufe der letzten 10-20 Jahre erheblich verändert. Freiwillige wollen sich eher selbst organisiert, für sich selbst Sinn stiftend und gemeinsam mit anderen engagieren, aber nicht auf Dauer binden. Das bedeutet, dass das traditionelle Ehrenamt eher rückläufig ist, während neue Formen des Engagements zunehmen. Deshalb sind verschiedene und flexible Formen des freiwilligen Engagements sinnvoll und wichtig. *„Je konkreter ein Projekt, desto leichter wird jemand gefunden“*, so eine Rückmeldung aus dem Abschlusstreffen der Modellkommunen. Eine zeitliche Befristung oder ein im Umfang begrenztes Engagement trage ebenfalls zu einer breiten Beteiligung bei. Weiter wird bestätigt, dass sich Menschen gerne engagieren, wenn sie von den Themen selbst betroffen sind, sich dafür interessieren oder einen Mehrwert für die Gesellschaft sehen.

„Ich hab´ meine besten Erfahrungen gemacht, indem man Bürger offen anspricht, sie offen einlädt zu Beteiligungsprozessen“, so Kiechle¹⁶. Hierbei sei es wichtig, ehrlich und transparent zu sein. Die Mehrzahl der heute Aktiven ist, wie Untersuchungen und Alltagserfahrungen zeigen, über persönliche Kontakte und persönliche Ansprache zum Engagement gekommen. Indirekt wird dies auch dadurch bestätigt, dass die Antwort »Mich hat niemand gefragt« nach »mangelnder Zeit« der am meisten genannte Grund für Nicht-Engagement ist, so die Stiftung Mitarbeit (2014d). Um das Risiko der Enttäuschung so

¹⁶ Experteninterview 3



gering wie möglich halten zu können sei es ausschlaggebend, möglichst exakte Angaben über den voraussichtlichen Zeitaufwand, die erforderlichen Voraussetzungen und die Rahmenbedingen zu benennen: Wie verhält es sich mit der Kostenerstattung? Besteht ein Versicherungsschutz? Sind Fortbildungen geplant und möglich?

Wenn im Laufe des Beteiligungsprozesses deutlich wird, dass bestimmte Kompetenzen fehlen, dann ist eine gezielte Ansprache weiterer Personen notwendig. Laut Kiechle¹⁷ darf die Wirkung eines sogenannten „Schneeballsystems“ nicht unterschätzt werden: eine Person fragt die andere, die wiederum die nächste, und so weiter. In diesem Kontext spielen insbesondere die Gemeinderäte eine bedeutende Rolle. Durch sie können Themen zum Dorfgespräch/Stadteilgespräch werden. Auch vielfältige und gleichzeitige Formen von Öffentlichkeitsarbeit sind wirksam: öffentliche Werbung, Flyer verteilen, Informationsabende – und das möglichst parallel. Wer nur ein Medium bedient, wird weniger Erfolg haben. Wenn die Ansprache nicht persönlich, sondern über Stellenausschreibung, Inserat, Medien oder über andere unpersönliche Informationskanäle erfolge, sei es wichtig, dass eine Ansprechperson genannt wird, die zu verlässlichen Zeiten telefonische Anfragen entgegennimmt und beantwortet (Stiftung Mitarbeit, 2014d).

Die Repräsentant(inn)en der Modellkommunen betonen die Notwendigkeit der Gewinnung und Einbindung von Schlüsselfiguren und „Meinungsmachern“, denn diese wirken ihrer Erfahrung nach als Multiplikator(inn)en und können andere Personen fürs Thema und Mitmachen begeistern. Persönliche Ansprache sei wichtig, um möglichst viele Menschen zu motivieren.

Offen angelegte Qualifizierungsmöglichkeiten haben dabei eine ganz wichtige Funktion: sie verpflichten nicht schon vorab zum Engagement, bereiten aber potenzielle Ehrenamtliche auf ihre Tätigkeiten vor, machen die damit verbundenen Aufgaben transparent und einschätzbar und sehen nach Abschluss der Qualifizierungsmaßnahme auch eine Begleitung im Engagement vor. Und natürlich sind zufriedene und begeisterte Engagierte die besten Multiplikator(inn)en, denen es am ehesten gelingt, neue Personen mit einzubinden. Es müsse auch darauf geachtet werden, die Ehrenamtlichen zeitlich und inhaltlich nicht zu überfordern

Im Kontext der Förderung der Motivation und Einbindung möglichst vieler Menschen benennt die Stiftung Mitarbeit (2014d) unter anderem eine paradoxe Überlegung. Für den Beteiligungsprozess Verantwortliche sollten sich fragen: „*Was muss ich tun, damit sich ein gewünschtes Ziel – in dem Fall: mehr Bürgerbeteiligung – durch mein Verhalten in sein Gegenteil verkehrt?*“. Vor diesem Hintergrund wurden 10 mögliche Verhinderungsstrategien für Bürgerbeteiligung formuliert:

¹⁷ Experteninterview 3



1. Von Mitwirkung reden, aber alles selber entscheiden.
2. Zum Engagement auffordern, aber keine Angebote zur Verfügung stellen.
3. Dauerhaftes Engagement zur Bedingung machen und befristete Mitarbeit ausschließen.
4. Den Eindruck erwecken, dass Engagement eine lästige Pflicht ist und keinen Spaß machen darf.
5. Reden und nicht zuhören.
6. Jede Form unnötiger Anerkennung vermeiden.
7. Menschen nicht ansprechen, sondern darauf warten, dass sie von selbst kommen.
8. Nicht über die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen und ihre Umsetzung informieren.
9. Immer für eine Tagesordnung mit mindestens 15 Punkten sorgen und bloß keine Freiräume lassen.
10. Endlose Diskussionen führen nach dem Motto »Alles ist schon gesagt, aber noch nicht von allen«.

Quelle: Stiftung Mitarbeit (2014d)

Soziale Medien als neue Facetten der Kommunikation

Soziale Medien ergänzen die herkömmlichen Säulen der Kommunikation (Printmedien, Radio, Fernsehen, Homepage). Für jedes Projekt und seine Zielgruppe(n) gilt es, die passenden Medien auszuwählen. Was wird akzeptiert, wen kann ich wie erreichen? Facebook, Twitter und YouTube sind Optionen, um mit Bürger(inne)n in Kontakt zu kommen, die sonst nicht erreichbar wären. Es sind aber auch Medien, die andere Personengruppen überhaupt nicht erreichen, ja von ihnen sogar abgelehnt werden. Insgesamt gilt, dass die Wahl des Mediums – Internetforum, Facebook oder Twitter - vom jeweiligen Vorhaben abhängt, aber auch von den Menschen, die sich dafür potenziell engagieren.

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Je mehr Personen persönlich angesprochen werden, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit dass diese dann auch kommen! Dieser Slogan wurde in Gutach im Schwarzwald zu Beginn des Bürgerbeteiligungsprozesses hoch gehalten. Bürgermeister und Verwaltungskräfte der Gemeinde sprachen viele Personen direkt an: per Telefon, im Gespräch, bei Besuchen oder durch eine persönliche Email. Die Anzahl der Teilnehmer(innen) war deshalb von Beginn an hoch. Als im Laufe des Prozesses festgestellt wurde, dass bestimmte Multiplikator(inn)en und damit auch ihre notwendige Expertise fehlen, wurde die „direkte Ansprache“ wieder als Methode der Einbindung gewählt. Damit Engagierte beim Bürgerbeteiligungsprozess langfristig dabei bleiben, ist es wichtig, dass sie sich ernst genommen und wohl fühlen. In Gutach fanden einige Arbeitskreise um die Abendessenzeit statt. Die Gemeinde stellte immer wieder kleine „Leckereien“ bereit, damit „*niemand mit knurrendem Magen denken und entwickeln muss*“, so Bürgermeister Eckert.

Im Stadtteil Landwasser in Freiburg dauerte es sehr lange bis eine größere Zahl von Personen zu den Treffen kamen. Vor diesem Hintergrund wurden in der ersten Projektphase sehr pointierte Wege der Kommunikation gewählt wie ein persönliches Anschreiben durch den Sozialbürgermeister von Kirchbach und die direkte Ansprache durch Multiplikator(inn)en und Schlüsselpersonen im Stadtteil, persönliche Anrufe bei bekannten Personen trugen ebenfalls dazu bei, dass sich nach einer Weile eine



größere Gruppe bildete. Die Treffen des „Runden Tisch Pflegemix“ fanden reihum jedes Mal in einer anderen Einrichtung statt, um einerseits die beteiligten Personen mit in die Verantwortung zu ziehen und andererseits die Einrichtungen des Quartiers kennen zu lernen.

Checkliste

- ✓ Ist eine klare Anlaufstelle und Kontaktperson für potenzielle Engagierte bekannt?
- ✓ Gibt es eine direkte und zielgerichtete Ansprache für alle am Prozess beteiligten und interessierten Personen?
- ✓ Bestehen individuelle Möglichkeiten zum Mitmachen und zum Engagement?
- ✓ Ist der Zeitrahmen des Projekts klar?
- ✓ Wurden verschiedene Kanäle zur Ansprache von potenziell Engagierten genutzt?
- ✓ Vermittelt die Mitarbeit Spaß und Freude?
- ✓ Sind die engagierten Bürger(innen) zufrieden? Können Freiwillige, durch ihre Begeisterung neue Freiwillige gewinnen?
- ✓ Dominiert das Gefühl, an etwas Sinnvollem mitzuwirken und dieses zu gestalten?
- ✓ Ist die dauerhafte Begleitung, Unterstützung, Entwicklung und Anerkennung der Freiwilligen gewährleistet?

Mögliche Stolpersteine

- Bürger(innen) beteiligen sich nicht aktiv, weil negative Erfahrungen aus früheren Zeiten eher abschreckend wirken



- Wichtige Rolle von Gemeinde und Bürgermeister, der als „Flagschiff“ vorangehen und Bürger(innen) ermutigen muss. Geduld und ein langer Atem sind dabei notwendig!
- Bürgerbeteiligungsprozesse abzubrechen erzeugt „verbrannte Erde“ und verhindert künftige Engagementbereitschaft von Bürger(inne)n – die Gemeinde muss in diesem Kontext ihre Verantwortung sehen und wahrnehmen!

4.5 Dialoginstrumente für Gruppen auswählen und einsetzen

Die Methode ist das Mittel, das den Zielen und Intentionen des Prozesses dient. Was heißt das genau? Die Methode oder das Dialoginstrument ermöglichen Beteiligung durch ein Prozessdesign, das Beteiligung, Fairness, Effizienz, Ergebnisorientierung gewährleistet. Eine externe Moderation kann für die „richtige“ Methode sorgen und moderiert den Prozess. Es ist hilfreich, wenn die Kommune bei der Auswahl und Durchführung von Dialoginstrumenten beraten und begleitet wird. Sowohl Bliestle¹⁸, als auch Schmettow¹⁹ und Kiechle²⁰ betonten, dass es bei der Methoden- und Instrumentenwahl ganz auf

¹⁸ Experteninterview 1

¹⁹ Experteninterview 2

²⁰ Experteninterview 3

die Teilnehmer(innen) des Bürgerprozesses ankommt. Es gibt „keine Methode die immer funktioniert, es muss immer für die Gruppe passen“, so Bliestle²¹.

Vor diesem Hintergrund bietet sich, je nach Interessenlage und Prozessverlauf eine kleine Auswahl aus dem Methodenkoffer zur Bürgerbeteiligung an (vgl. auch finep 2014)-

- **Methodische Ansätze zum Ausgleich divergierender Interessen**
 - Runder Tisch
 - Mediation
 - Forum
 - Zukunftskonferenz
 - Moderierte Arbeitskreise
- **Bessere Vertretung bisher unzureichend beteiligter Interessen**
 - Aktivierende Befragung
 - Anwaltsplanung
 - Interessenbeauftragte
 - Zielgruppenworkshops
 - Kinder- und Jugendbeteiligung
- **Aktivierung im Stadtteil**
 - Gemeinwesenarbeit
 - Arbeitsbuchmethode
 - Planning for real
 - Bürgerbüro, Stadteilladen, Quartiersbüro
- **Entwicklung von Kreativität und Kompetenz**
 - Zukunftswerkstatt
 - Perspektivenwerkstatt
 - Open Space
 - Stadteilkonferenz
- **Möglichst repräsentative Beteiligung**
 - Planungsstelle/Bürgergutachten
 - Bürgerpanel

71

Diese kleine Auswahl lässt sich vielfältig ergänzen und erweitern. So finden sich beispielsweise auf der Homepage der Stiftung Mitarbeit (2014) viele Methoden und spezifische Ansätze zur Förderung und prozesshaften Begleitung von Bürgerbeteiligungsprozessen.

²¹ Experteninterview 1



Die folgende Übersicht, als Zitat aus dem Beteiligungskompass (2014) entnommen, gibt einen Überblick zu wichtigen Instrumenten der Bürgerbeteiligung in Form von kurzen „Steckbriefen“:

Bürgerbeteiligung Wichtige Instrumente der Bürgerbeteiligung (Steckbriefe)		
Aktivierende Befragung Menschen gewinnen, allgemeine Probleme des Gemeinwesens anzunehmen und sich bereit zu zeigen, Aktivitäten für das Gemeinwesen zu übernehmen	BürgerInnen-Rat 8-15 nach Zufall ausgewählte BürgerInnen lösen in 1 ½ Tagen ein gemeinsames Anliegen nach der Methode von „Dynamic Facilitation“	Planungszelle Integration von Bürgerwissen in kommunale oder regionale Problemstellungen (Hinzuziehung von Experten). Erstellung eines Bürgergutachtens. Gruppe mit max. 25 Pers. Simultane Gruppen. Dauer: ca. 1 Woche (Entschädigung)
Arbeitsgruppen Gezielt nach meist fachlicher Kompetenz oder Zuständigkeit zusammengesetzte Gruppen zur Bearbeitung eines Themas in einer bestimmten Zeit meist auf Entscheidungsvorlage. Dauer: ½ - mehrere Tage	Bürgerpanel Regelmäßig 3-4 mal jährlich stattfindende Befragung von 500 – 2500 soziodemographisch ausgewählten BürgerInnen zu kommunalen und anderen Themen, die dazu ihr Einverständnis erklärt haben.	Bürgerpanel Regelmäßig 3-4 mal jährlich stattfindende Befragung von 500 – 2500 soziodemographisch ausgewählten BürgerInnen zu kommunalen und anderen Themen, die dazu ihr Einverständnis erklärt haben.
Bürgerbefragung Ermittlung des Zustimmungsgrads zu einem bestimmten Thema oder konkreten Fragen. Befragungen sind idR offen, anonym und meist auch unverbindlich.	Gespräche / Dialog Befähigung von Akteuren (offen) über gemeinsame Wissensbasis, Integration gesellschaftlicher Vorstellungen in Entscheidungsfindungen. Entwicklung von Präferenzen. Dauer: ½ - 3 Tage	World-Café Meist offene Einladung zur selbstverantwortlichen Erschließung von Wissen durch Vernetzung der TN über unterschiedliche Gesprächsbeziehungen. Dauer: ½ - 1 Tag
Bürgerforen Diskussion meist lokaler Themen Öffentliche Debatte demokratischer Kompetenz Großgruppen Dauer: von 1 bis mehrere Monate Online / Offline	Open-Space-Konferenz Offene Einladung zur selbstverantwortlichen Bearbeitung gemeinsam interessierender Themen in personell wechselnden Interessengeleiteten Kleingruppen (8-ü 2000 TN). Dauer: ½ - 2 Tage.	Zukunftskonferenz Strategieentwicklung, in dem das gesamte System „Kommune“ in einem Raum versammelt wird. Auslösung von Gemeinschaftsgefühl und Handlungsbereitschaft. Großgruppe: ca. 64 Personen. Dauer: ca. 3 Tage
Bürgerhaushalt Meist nur unverbindliche Prioritätensetzung bei Ausgaben und Konsolidierungsvorschlägen. Möglichst breite Einbindung aller BürgerInnen. Dauer: mehrere Monate Online / Offline	Planungswerkstatt Beteiligung an konkreten planerischen Fragestellungen möglichst vor Ort, Entwicklung von Umsetzungsideen auf der Grundlage einer Akteursanalyse (Interessensanalyse). Dauer: 1-2 Tage	Zukunftswerkstatt Erarbeitung von kreativen Umsetzungsideen und -vorschläge durch moderierte Anregungen. Gruppen: max. 25 Personen. Dauer: ca. 2-3 Tage

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

In den Modellkommunen wurden zunächst Planungswerkstätten nach der World-Café-Methode durchgeführt. Es hat sich dabei gezeigt, dass die Bürger(innen) der Kommunen, in denen es bisher noch keine Erfahrungen mit Bürgerbeteiligungsprozesse gab, dadurch langsam an die neuen Arbeitsweisen herangeführt werden konnten. Unsere Erfahrung zeigt weiter, dass es vor allem zu Beginn des Prozesses wichtig ist, keine zu komplexen und zeitlich zu anspruchsvollen Methoden einzuführen – damit würde eine zu große Hemmschwelle aufgebaut.

Im weiteren Verlauf hat sich die anfängliche Zurückhaltung in der Methodenwahl ausgezahlt, denn die Beteiligten wurden offener auch für andere Beteiligungsverfahren, bis hin zur (Mit-)Entwicklung einer aktivierenden Haushaltsbefragung.



Checkliste

- ✓ Sind die ausgewählten Dialoginstrumente geeignet für die Zielgruppe oder überfordern sie diese?
- ✓ Mit welchen Methoden gibt es bereits Erfahrungen, woran kann angeknüpft werden?
- ✓ Wer kann solche Methoden professionell einsetzen, wo müssen wir uns zusätzliche Kompetenzen abholen?
- ✓ Vermittelt die Arbeit mit den Methoden und Beteiligungsinstrumenten Spaß oder sind sie zu herausfordernd?

Mögliche Stolpersteine

- Negative Erfahrungen mit Beteiligungsverfahren wirken als Bremse

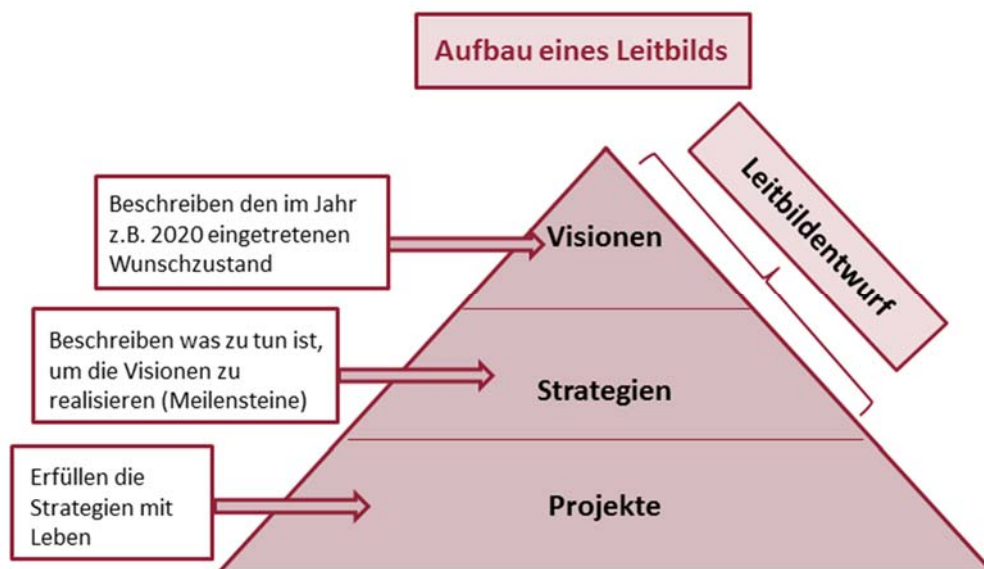


- Vertrauen muss langsam wieder hergestellt werden
- Methoden, die ohne genaue Planung des Prozess eingesetzt werden, wirken eher verunsichernd statt motivierend

4.6 Gemeinsames Leitbild: Gemeinsam tragfähige Visionen und Ziele entwickeln

Um ein gemeinsames Leitbild für Bürgerbeteiligungsprozesse zu entwickeln, können verschiedene Methoden und Instrumente eingesetzt werden (vgl. 4.5). Eine externe Beratung kann hier sehr hilfreich und unterstützend sein. Die systematische Erarbeitung eines Leitbildes beginnt mit der Visionssuche: Wie möchte die Kommune in der Zukunft aussehen? Wie ist der absolute Wunschzustand? Im zweiten Schritt geht es dann darum, die konkreten Meilensteine zu beschreiben, um diese Vision realisierbar zu machen. Durch kleine und auch umsetzbare Projekte und deren Projektbausteine können die Strategien dann nach und nach mit „Leben gefüllt“ werden.

73

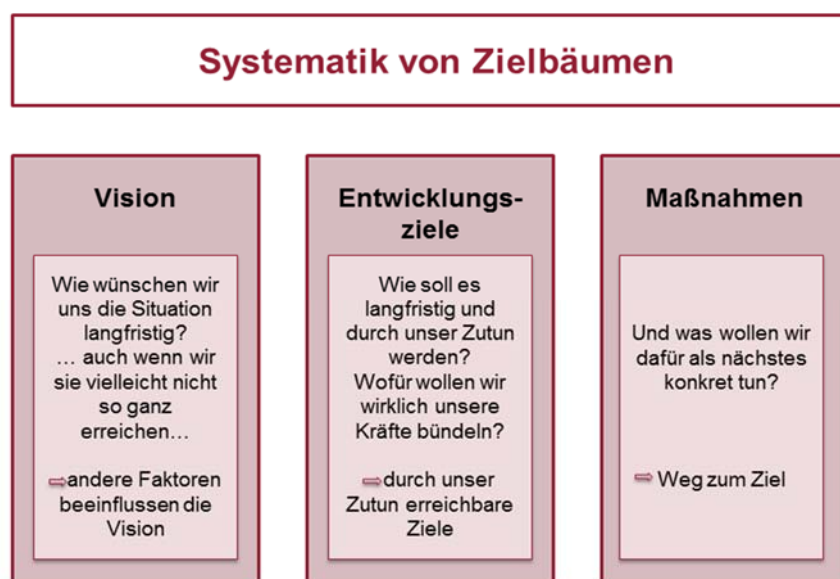


Quelle: finep

Im Entwicklungsprozess kann mit der Szenario-Technik, mit Kommunalen Planungsworkshops, mit den Verfahren der Zukunftswerkstatt oder der Zukunftskonferenz, aber auch mit ganz neuen Ansätzen ge-

arbeitet werden, von denen die unter Gliederungspunkt 4.5 genannten Quellen zahlreiche Möglichkeiten anbieten. Es ist empfehlenswert, sich wirklich vertieft mit der Visionssuche, mit realisierbaren Strategien und konkreten Projektbausteinen zu beschäftigen. Die Vision gibt die Richtung des Projekts an und falls es mal „holrig“ werden sollte oder das Ziel sehr weit weg erscheint, kann man sich immer wieder der gemeinsam erarbeiteten Vision und den Zielen zuwenden. „Ich glaube, dass es sehr hilfreich ist, das große Ziel am Ende nicht aus dem Blick zu verlieren“, berichtet Schmettow²².

Die Systematik von Zielbäumen, kann sehr unterstützend wirken, wenn - ausgehend von der Vision, kleine Entwicklungsziele formuliert werden sollen. Wichtig: wenn Entwicklungsziele erreicht werden, ist es immer gut, diese Schritte auch anzuerkennen und zu feiern. Das motiviert alle Beteiligten und trägt zu einer guten Arbeitsatmosphäre bei.



Quelle: Entwickelt in Anlehnung an finep 2014

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Kurz vor dem Start des Projekts „Pflagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ wurde in der Gemeinde Denzlingen ein umfassender Sozialplanungsprozess durchgeführt, mit dem die Katholische Hochschule Freiburg beauftragt worden war. Im Rahmen dieser Sozialplanung konnten künftige Entwicklungen und Bedarfe für Denzlingen herausgearbeitet werden. Im Ergebnis wurden konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, die in einer Zusammenschau der Ergebnisse des Planungsprozesses dem Gemeinderat präsentiert wurden. Auch im Rahmen der Sozialplanung fanden mehrere Planungswerkstätten statt, in deren Mittelpunkt die Erarbeitung einer gemeinsamen Vision für Denzlingen stand. Leitfragen waren dabei beispielsweise: Wie wollen wir in Zukunft leben? Was brauchen wir jetzt und was wollen wir zukünftig gestalten?

²² Experteninterview 2



Insofern war Denzlingen als Modellkommune zum Start des Modellprojekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ schon relativ gut aufgestellt und das methodische Vorgehen dort nicht unbekannt. Neu hingegen war die ausschließliche Fokussierung auf den Themenkomplex „Sicherung der Pflege in einer alternden Kommune“. Die Bürger(innen) entwickelten nach und nach ein klareres Bild davon, wie sie in Denzlingen gut alt werden können und wollen und wie die infrastrukturellen Bedingungen dafür aussehen müssten. Von dieser Zukunftsvision ausgehend, wurden verschiedene Arbeitskreise gebildet, die sich der Entwicklung spezifischer lokaler Konzepte widmeten. Schwerpunkte bildeten dabei die Erarbeitung der Konzeption für eine „Anlauf- und Vermittlungsstelle für bürgerschaftliches Engagement“ sowie die Bildung der Initiative „Denzlinger Brückenbauer“.

Checkliste

- ✓ Gibt es für die lokale Bürgerbeteiligung eine Charta, eine Verfassung oder Leitlinien, die von Beginn an unter Beteiligung der Bürger(innen) erarbeitet wird.
- ✓ Ist eine regelmäßige Überprüfung vorgesehen? Ideal wäre es, diese alle 5 Jahre auf den Prüfstand zu stellen!
- ✓ Sind ausreichend kreative Phasen vorgesehen, bevor es in die konkrete Planung geht?
- ✓ Ist das Vorgehen in der konzeptionellen Planung auf Partizipation ausgerichtet?

Mögliche Stolpersteine

- Bürgerbeteiligung ohne Leitbild, bedeutet „blind“ in Aktion zu gehen.
- Dieses Vorgehen ist risikoreich, weil es kein gemeinsam tragendes und verbindendes Konstrukt gibt, im Sinne von einer **gemeinsamen Vision**
- Konzeptionelle Planung in der Kommune ohne Partizipation fördert die **Logik einer Dienstleistungskommune** und verhindert Verantwortungsübernahme von Bürger(inne)n in der **Logik einer Bürgerkommune**

4.7 Prozessbegleitung: „Gemeinsam miteinander und gegeneinander, auf und ab“

Wenn viele Menschen mit verschiedenen Vorstellungen, Ideen, Bedarfen und „Köpfen“ zusammenkommen ist es ganz natürlich, dass es hin und wieder „hoch hergehen“ kann. Wer einen Bürgerbeteiligungsprozess mit der Erwartung beginnt, dass alles immer ruhig, ausgeglichen und effektiv in Richtung Projektziel laufen wird, der sollte diesen erst gar nicht beginnen. Er wird sich dann aber um schöne und wichtige Erfahrungen und Entwicklungen bringen. Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass Dinge immer so laufen, wie sie erwartet wurden. Dies gilt vor allem, wenn viele Meinungen aufeinander treffen. Wichtig ist es dabei immer, dass das gemeinsame Ziel nicht aus den Augen verloren wird.



„Wenn es allerdings so richtig hochkocht, dann sage ich immer, dass man im Vorfeld wahrscheinlich nicht genug die Ausgangssituation besprochen hat“, so Bliestle²³.

Als Prozessbegleiter(in) ist es erst einmal wichtig, Ruhe zu bewahren, um dann gemeinsam herauszufinden, was hinter dem Konflikt steht. „Wenn es dann richtig knallt, muss natürlich auch entsprechend Hilfe für die Kommune geholt werden“ betont Bliestle.

„Sich die Konflikte anzuschauen und nach einer gemeinsamen konsensfähigen Lösung zu schauen, das ist dann erstmal das Wichtigste. Manchmal kann es auch vorkommen, dass alte und vergrabene Konflikte wieder zum Vorschein kommen. Oder es kann auch sein, dass immer so viel gemacht, umgesetzt bzw. ‚produziert‘ wird, dass nicht genügend ‚Lerngelegenheiten‘ in Form von Reflexion oder einer Evaluation eingebaut wurden. Dann geht es darum, sich mehr Zeit zu nehmen, voneinander zu lernen: Wie haben wir das gemacht? Was war gut daran? Was hat uns nicht gefallen?“ so Schmettow²⁴.

Wenn kleine Reflexionseinheiten eingebaut werden, drohen auch die erfolgreichen Dinge nicht unter den Tisch zu fallen. Oft bleiben die Erinnerungen sonst an den eher etwas problematischen oder konfliktreichen Momenten haften. Deshalb sei es wichtig, so Schmettow²⁵, die gut gelaufenen Dinge festzuhalten und diese Momente dann auch zu würdigen, zum Beispiel mit einem kleinen Fest oder einem gemeinsamen Ausflug.

Im Prozess sei es wichtig, nur jeweils kleine Ziele festzulegen. Nach gewissen Abständen helfe es, den Prozess zu reflektieren und dabei auf eventuelle Überforderung von Bürger(inne)n und anderen Akteuren zu achten, so die Vertreter(innen) der Modellkommunen. Unbedingt müsse auch auf eventuelle Parallelprozesse geachtet werden, die ebenfalls Kapazitäten binden, wie beispielsweise Feste im Stadtteil oder Dorf, Weihnachtszeit, Sommerpause.

Praktische Hinweise / Werkzeuge

Im Laufe des Beteiligungsprozesses kann es immer wieder hilfreich sein, diesen zu beurteilen. Ein paar Impulsfragen zur Anregung können sein (finep, 2014):

- *Wer gehört zur Zielgruppe?*
- *Ist das Ziel der Beteiligung klar?*
- *Werden Konflikte thematisiert und was wird unternommen, sie zu bearbeiten? Gibt es (latente/offene) Konflikte?*
- *Wer organisiert und welche Ressourcen braucht es dafür?*
- *Aufgabendefinition: was soll geleistet oder gelöst werden?*
- *Wie, wann und durch wen wird entschieden?*
- *Gibt es Aspekte, die auch vertraulich behandelt werden müssen?*
- *Lässt sich der Prozess immer transparent gestalten?*
- *Wer definiert das Ziel?*
- *Dürfen sich neue Engagierte dauerhaft einbringen?*
- *Wie verhalten sich die Erwartungen zur „Gefahr des Scheiterns“ und der „Chance des Gelingens“?*

²³ Experteninterview 1

²⁴ Experteninterview 2

²⁵ Experteninterview 2



- *Eignet sich die Methode für alle Zielgruppen?*
- *Ist das Verfahren für alle offen?*
- *Wie erreicht man die Menschen?*
- *Gibt es genügend Offenheit für unterschiedliche Meinungen und Lösungen?*
- *Sind die Zeitpunkte für Arbeitsschritte festgelegt?*

Falls es tatsächlich zu schwereren Konflikten im Laufe des Prozesses kommen sollte, können Methoden wie „Mediation“, „Lösungsansätze durch Interaktion“ oder eine „Konfliktkonferenz“ hilfreich sein (siehe Beteiligungskompass 2014).

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Störungen und Konflikte haben Vorrang. Es hat sich in allen Kommunen gezeigt, dass Konflikte immer am besten direkt thematisiert werden, ohne jedoch eine „Drama-Kultur“ aufzubauen. Oft haben sich konfliktreiche Situationen als Missverständnisse herausgestellt oder es hat einen Klärungsbedarf hinsichtlich verschiedener Rollen der beteiligten Akteure bedurft.


Besonders „alte“ Konflikte, die schon lange unterschwellig in Kommunen brodeln, beispielsweise im Gemeinderat, aus früheren Beteiligungsprozessen oder zwischen Organisationen, Institutionen oder Initiativen haben eine deutliche Auswirkung auf den aktuell laufenden Bürgerbeteiligungsprozess. Um konstruktiv arbeiten zu können, ist deshalb ein offener und konstruktiver Umgang mit den latent vorhandenen Konfliktpotentialen wichtig. Gespräche können zur Klärung beitragen. Falls sich aber die Fronten „verhärtet“ haben, braucht es andere Formen und Methoden, um mit dem Konflikt umzugehen, beispielsweise eine professionell begleitete Mediation.



Checkliste

- ✓ Gibt es klare Zuständigkeiten, wer im Konfliktfall die Initiative für dessen Bearbeitung übernimmt? Niemand darf zur Teilnahme gezwungen werden!
- ✓ Wie und wodurch werden die Meinungen und Ideen von Minderheiten in den Prozess integriert?
- ✓ Sind Entscheidungsprozesse nachvollziehbar gestaltet?
- ✓ Wird über Entscheidungen und Empfehlungen immer mehrheitlich abgestimmt?
- ✓ Gibt es in Bezug auf Bürgerbeteiligungsprozesse noch „Altlasten“ im Sinne „kalter“ Konflikte, die aber schnell hochkochen können?

Mögliche Stolpersteine

- Konflikte werden ignoriert oder verharmlost
- Minderheiten in der Meinungsbildung fühlen sich übergangen oder nicht gehört
- Entscheidungen sind immer transparent und nachvollziehbar zu gestalten, denn

- Bürger(innen), die sich übergangen fühlen und das Gefühl haben, dass ihre guten Ideen nicht genügend Beachtung und Würdigung erfahren haben, bilden einen latenten Widerstand im weiteren Prozess. Sie können damit den Beteiligungsprozess nachhaltig lähmen oder zu Fall bringen.

4.8. Verantwortung übernehmen: „Zur eigenen Sache machen“

Wenn sich Bürger(innen) in den Beteiligungsprozess gut eingebunden fühlen, Ideen entwickeln und umsetzen ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, dass sie sich dann auch dafür engagiert einsetzen. In dieser Phase zeigt sich deutlich, wie Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement miteinander verwoben sind. Personen die mitberaten, können auch leichter für Engagement geworben werden und engagierte Personen wollen dann auch mitberaten.

Menschen, die Spaß an der Sache haben, sich respektiert und wertgeschätzt fühlen und auch die unterstützende Rahmenbedingungen vorfinden, machen die Projektvorhaben „eher zur eigenen Sache machen“, bestätigen auch die politischen Vertreter(innen) der Pflegemix-Modellkommunen.

Praktische Hinweise / Werkzeuge

Wichtig ist, dass sich Bürger(innen) nicht überfordert fühlen – Engagementberatung und Engagementförderung sind dazu wichtige Bausteine. Trotz der Betonung von Selbstorganisation brauchen engagiert Bürger(innen) ermöglichende Rahmenbedingungen und fördernde Strukturen. Dazu gehört, dass bestimmte Aufgaben von der Verwaltung oder einer koordinierenden Person übernommen werden. Wenn eine unterstützende Ermöglickungskultur für Bürgerschaftliches Engagement in der Kommune geschaffen ist, erklären sich Engagierte auch leichter bereit, Verantwortung zu übernehmen. Fühlen sie sich aber alleine gelassen und spüren keine Unterstützung „im Hintergrund“, sind die Chancen eher gering, dass Verantwortung übernommen wird.



Best Practice Beispiele der Modellkommunen

In Denzlingen wurden für die Konzeptentwicklung Arbeitsgruppen gebildet, die sich über einen langen Zeitraum sehr verbindlich engagiert haben. Eine Gruppe beschäftigte sich beispielsweise intensiv mit der Entwicklung eines Qualifizierungs- und Praxiskonzepts für die „Denzlinger Brückenbauer“, die zugehende Hausbesuche für alte Bürger(innen) anbieten wollen. Davon haben viele aktive Personen dann auch an der durchgeführten Qualifizierung teilgenommen und sie engagieren sich jetzt in der inzwischen gegründeten Initiative „Denzlinger Brückenbauer“.

Eine andere Arbeitsgruppe erstellte ein Konzept „Denzlinger für Denzlinger“ in dem es um eine „Anlauf- und Vermittlungsstelle“ zur Vernetzung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements geht. Die Teilnehmer(innen) dieser Arbeitsgruppe möchten sich auch zukünftig in der dann neu geschaffenen Stelle engagieren – ein entsprechender Gemeinderatsbeschluss liegt bereits vor.

Bei diesen intensiven Beteiligungsprozessen zeigte sich immer, wie wichtig das Interesse und die Unterstützung durch die Gemeinde sind - dies muss spürbar werden. Und zentral ist die öffentlich geäußerte Wertschätzung für das Engagement.

Checkliste

- ✓ Durch wen erfahren engagierte Bürger(innen) ganz konkret Unterstützung und Begleitung?
- ✓ Welche Maßnahmen unterstützen den Prozess, dass sich Bürger(innen) die Maßnahmen und Projekte vor Ort zur eigenen Sache machen, dass sie Verantwortung übernehmen?
- ✓ Gibt es fördernde Rahmenbedingungen, die Entlastungen schaffen, damit Verantwortungsübernahme leichter gelingen kann?

Mögliche Stolpersteine

- Politik und Verwaltung lassen die Engagierten alleine
- Es gibt keine finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung
- Zu massiv eingeforderte Verantwortungsübernahme kann zu Überforderung führen
- Wenn öffentliche Wertschätzung und Anerkennung fehlen, ziehen sich Bürger(innen) zurück

4.9 Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen

In dieser Phase des Beteiligungsprozesses spielen die Akteure aus Politik und Verwaltung eine wichtige Rolle, denn es geht darum, nachhaltige Strukturen und Umsetzungsmöglichkeiten für die erarbeiteten Konzepte zu schaffen. Dies muss zeitnah erfolgen, weil sonst die entwickelten Aktivitäten ins Leere laufen und verpuffen. Dabei ist es ganz wichtig, die verschiedenen Rollen und Aufgaben der lokalen Akteure im Blick zu haben. Wer kann wann, was dazu beitragen, dass die Umsetzung von entwickelten Maßnahmen angestoßen wird und Erfolg hat?



Best Practice Beispiele der Modellkommunen

In Gutach im Schwarzwald wurden im Gemeinderat immer zeitnahe Entscheidungen getroffen, um die entwickelten Ideen im Bürgerbeteiligungsprozess umsetzen zu können. Beispielsweise wurde noch in der Projektphase eine spezielle Pflegemix-Koordinationsstelle im Rathaus geschaffen. Und die Rahmenbedingungen sowie die Finanzierung eines kurz vor der Eröffnung stehenden Bürgercafés wurden rasch gesichert. So hatten die Engagierten vor Ort immer das Gefühl, dass Politik und Verwaltung hinter den gemeinsam erarbeiteten Maßnahmen stehen. Darüber hinaus wird in absehbarer Zeit ein Mehrgenerationenspielplatz gebaut. Engagierte werden durch die Ermöglichungskultur in der Kommune stark motiviert und nehmen dadurch beim Umsetzen der Maßnahmen vieles selbst in die Hand. Sie übernehmen Verantwortung und identifizieren sich mit ihrer Gemeinde.

Checkliste

- ✓ Stehen die notwendigen Entscheidungsprozesse für die Umsetzung der geplanten Maßnahmen und lokalen Projekte zeitnah auf der Agenda des Gemeinderats?
- ✓ Sind Infrastruktur und Finanzierung für die umzusetzenden Maßnahmen gesichert?
- ✓ Sind die Rollen der einzelnen Akteure geklärt?
- ✓ Wie sieht die personelle Unterstützung der Gemeinde im Umsetzungsprozess aus?

Mögliche Stolpersteine

- Es vergeht zu viel Zeit bis über Maßnahmen entschieden wird und ihre Umsetzung beginnt
- Engagierte Bürger(innen) fühlen sich von Politik und Verwaltung alleine gelassen
- Keine finanzielle und infrastrukturelle Unterstützung

80

4.10 Nachhaltige Strukturen bilden

Um erarbeitete Maßnahmen zu realisieren und langfristig sichern zu können, braucht es den Aufbau nachhaltiger Strukturen. Dies können etablierte Arbeitsformen (Runde Tische, Arbeitsgruppen etc.) sein, aber auch lokale Netzwerke, Initiativen und feste Gruppierungen.

Wenn es um die Schaffung nachhaltiger Strukturen geht, muss auch das Thema Finanzierung mit in den Blick genommen werden. Die Gemeinden müssten über mögliche Fördertöpfe zum Thema Bürgerbeteiligung besser informiert sein, war die einhellige Rückmeldung der politischen Vertreter(innen) der Pflegemix-Modellkommunen. In der Entwicklung von Projekten müsse man gemeinsam immer wieder resümieren, was wirklich umsetzbar ist und welcher Akteur dabei welche Rolle übernehmen könne. Strukturen nachhaltig aufzubauen bedeute auch, einzelne Meilensteine im Prozess bewusst abzuschließen und damit den Übergang in eine neue Phase deutlich zu machen, statt Teilprozesse stillschweigend ausklingen zu lassen. Also auch hier gilt: Transparenz und Nachvollziehbarkeit von Handlungsschritten sind hilfreich bei Bürgerbeteiligungsprozessen.



Hilfreich bei der nachhaltigen Strukturbildung ist auch die Einbindung in überörtliche Netzwerke und die Teilnahme an speziellen Engagement-Strategie-Programmen sowie die offensive Bewerbung für spezielle Förderlinien und Programme zur nachhaltigen Strukturförderung. Einige Möglichkeiten werden im Folgenden skizziert:

Finanzierungsmöglichkeiten

Kommunale Entwicklungsbausteine: Die Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Städten und Gemeinden Baden-Württembergs wird durch das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Senioren Baden-Württemberg unterstützt. (Bliestle 2014:1).

Bundesprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“: fördert ziviles Engagement, demokratisches Verhalten und den Einsatz für Vielfalt und Toleranz (Stiftung Mitarbeit, 2014c).

Aktionsprogramm „Mehrgenerationenhäuser“: fördert das Miteinander von Menschen unterschiedlicher Lebensalter; Ausbau von nachbarschaftliche Netzwerke mit familiennahen Dienstleistungen und niedrigschwelligen Unterstützungsangebote, Patenschaften sowie regionale Kooperationen mit Unternehmen und Kommunen (Stiftung Mitarbeit, 2014c).

Programm „Soziale Stadt“ : Modellprogramm (des Bundesverkehrsministeriums) an dem sich Bund und Länder in einem festen Verhältnis zueinander beteiligen. Ziel ist die intensive Förderung von Projekten in »Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf« (darunter zählen allerdings auch ländliche Gebiete) (Stiftung Mitarbeit, 2014c).

Die **Förderung bürgerschaftlichen Engagements** über wechselnde Bundesmodellprogramme liegt beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Stiftung Mitarbeit, 2014c).

Öffentliche Fördermittel gewährt der Bund den gemeinnützigen Organisationen, deren Leistungen nicht durch den Markt gegenfinanziert werden. Die Grundlagen der öffentlichen Förderung regelt – auf Bundesebene – die Bundeshaushaltsordnung (BHO), die z.B. auch die Nachrangigkeit der öffentlichen Förderung nach privater Finanzierung festschreibt“ (Stiftung, 2014c).

Neben den Regelprogrammen legt der Bund auch **Finanzierungen für Modellprogramme** auf. Sie sind zeitlich begrenzt angelegt und reagieren auf bestimmte Sachverhalte oder Fragestellungen. Meistens werden sie von der Verwaltung ausgeschrieben – teilweise auch ressortübergreifend – sie können aber auch selbst von Projekten angeregt werden“ (Stiftung, 2014c).

Teilweise treten statt der Bundesministerien nachgeordnete Einrichtungen (z.B. die Bundeszentrale für politische Bildung oder das Umweltbundesamt) oder vertraglich kooperierende **Programmkoordinationsträger als Fördermittelgeber** auf, wobei die letzte Mittelbewilligung bei den Ministerien verbleibt (Stiftung, 2014).

Aktion Mensch e. V.: größte private Förderorganisation im sozialen Bereich in Deutschland. Ihre Förderziele erstrecken sich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung, von Kindern und von Jugendlichen. (Stiftung Mitarbeit, 2014a).

Fonds Soziokultur: fördert zeitlich befristete Projekte im Bundesgebiet, die sich für die Entwicklung und praktische Erprobung neuer Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur engagieren (Stiftung Mitarbeit, 2014a).



Generali Zukunftsfonds (betrieben von der Versicherungsholding Generali): Zentrales Ziel ist die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements. Den demografischen Wandel sieht der Zukunftsfonds als zentrale Herausforderung der Zukunft und konzentriert sich daher vor allem auf die Förderung des Engagements Älterer und alter Menschen (Stiftung Mitarbeit, 2014a).

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Um nachhaltige Strukturen zu schaffen, muss die Kommune aber auch „Geld in die Hand“ nehmen. Gutach im Schwarzwald hat das gleich von Anfang an erkannt und im Laufe des Projekts immer wieder finanzielle und infrastrukturelle Ressourcen zur Verfügung gestellt. Dadurch konnten bald nachhaltige Strukturen aufgebaut werden.

Der Gemeinde Denzlingen war es wichtig, Mitglied in einschlägigen Engagement-Netzwerken zu werden, weil darüber wichtige Informationen gesammelt werden können. Vor diesem Hintergrund stellte Denzlingen mittlerweile auch einschlägige Projektanträge zur Förderung nachhaltiger Strukturen in der Gemeinde.

Checkliste

- ✓ Sind Mittel zum nachhaltigen Aufbau von Beteiligungsstrukturen in den Haushalt eingestellt?
- ✓ Gibt es aktuelle Ausschreibungen bei Förderprogrammen und einschlägigen Förderlinien von Bund und Land?
- ✓ Sind geeignete örtliche und überregionale Vernetzungsstrukturen vorhanden, die dazu beitragen, die Nachhaltigkeit zu sichern?
- ✓ Wird eine Mitgliedschaft in Engagement-Netzwerken angestrebt?

Mögliche Stolpersteine

- Das Thema Nachhaltigkeit kommt zu spät auf die Agenda – für Förderanträge ist es zu spät
- Der Gemeinderat fühlt sich für die Finanzierung nicht zuständig – das führt in der Konsequenz zu nachlassendem Bürgerengagement
- Es findet keine Vernetzung statt – dauerhaftes Abschotten nach außen führt zu Kreativitätsverlusten – der Prozess vor Ort bekommt keine neuen Impulse mehr und verkümmert.

4.11 Prozesse abschließen

Um Prozesse auch gut abschließen zu können ist es sinnvoll, eine „Kultur der Verabschiedung“ (Stiftung Mitarbeit, 2014d) in der Kommune zu verankern. Das beinhaltet zum einen das Entwickeln von Ritualen und einer guten Praxis des Verabschiedens von Engagierten innerhalb eines Prozesses. Zum anderen gilt dies natürlich auch für die Beendigung des Bürgerbeteiligungsprozesses selbst.



Oft wurde die Freiwilligkeit beim Einstieg ins Engagement klar betont – in der Realität könnten sich aber engagierte Personen doch nur schwer aus ihren Verpflichtungen lösen, ohne ein schlechtes Gewissen zu bekommen. „Wenn dagegen von vornherein ein Zeitpunkt festgelegt ist, an dem über eine Auflösung oder Fortsetzung gesprochen wird, ist dies für beide Seiten erfreulicher“, (Stiftung Mitarbeit, 2014b). Wichtig ist in diesem Kontext die Erkenntnis, dass engagierte Bürger(innen), die aus ihrem Engagement in einer guten Atmosphäre auch wieder aussteigen können, häufig später wieder neu einsteigen, wenn sich in ihrer Situation etwas geklärt oder verändert hat.

Klar ist, dass es einen definierten Zeitpunkt geben muss, um den Beteiligungsprozess auch „gefühl“ abschließen zu können. Die Evaluation oder ein Dankesfest können diesen Moment sinnvoll abrunden. Auch die breite Öffentlichkeit sollte über den Abschluss informiert sein. „Das heißt, dass auch in der Umsetzungsphase und in der Abschlussphase die Leute, die sich daran beteiligt haben, alles mal irgendwo vorstellen (...) und auch öffentlich erwähnt werden“, findet Kiechle²⁶

Best Practice Beispiele der Modellkommunen

Um den Prozess abzuschließen, wurde in allen Modellkommunen eine Abschlussveranstaltung durchgeführt. Dabei ging es um einen gemeinsamen Rückblick auf das, was im Projektzeitraum erarbeitet und umgesetzt wurde. Wichtig war aber auch ein Ausblick, verbunden mit der Frage, wie es nun vor Ort weitergeht. Dieses auch gefühlte „Projektende“ war für alle Beteiligten und Engagierten wichtig. Das Projektabschlussfest war auch eine Art öffentliche Plattform, die dazu genutzt wurde, sich bei den Engagierten zu bedanken.

Checkliste

- ✓ Was ist ein geeigneter Zeitpunkt und Anlass den Beteiligungsprozess abzuschließen?
- ✓ Wer muss / wer sollte an dieser offiziellen Abschlussveranstaltung anwesend sein (Bürgermeister, Presse, Gemeinderäte)?
- ✓ Wie kann sich in der Gemeinde eine Kultur der Verabschiedung entwickeln?

Mögliche Stolpersteine

- Wenn das Projektende im Sand verläuft
- Wenn keine Klarheit besteht, wie es nach Projektabschluss weitergehen wird
- Wenn keine Verantwortlichen zur Weiterführung von angefangenen Projekten und Maßnahmen gefunden werden konnten

4.12 Anerkennungskultur in der Kommune verankern

Damit Bürger(innen) sich in der eigenen Kommune gerne engagieren, spielt der in der Gemeinde verankerte Umgang mit der Anerkennung des bürgerschaftlichen Engagements eine bedeutende Rolle.

²⁶ Experteninterview 3

Um eine Anerkennungskultur schaffen zu können, ist es wichtig, das Engagement als solches anzuerkennen und Bürger(innen) ernst zu nehmen, in dem was sie sagen und tun. „*Sie erwarten Bestätigung und Rückmeldung und das nicht bloß zu kalendarisch feststehenden Terminen. Und sie nehmen gute Engagementbedingungen nicht nur als Unterstützung, sondern auch als Anerkennung wahr*“ weist die Stiftung Mitarbeit (2014b) hin.

Als weiteres Instrument der Engagementförderung wird die gezielte Anerkennung von Gruppen oder einzelnen Personen, aber auch von „Erfolgen“ genannt. Diese gezielte Anerkennung kann zu feststehenden Terminen - beispielsweise zum Internationalen Tag der Freiwilligen am 5. Dezember – vorgenommen und als Anlass für öffentliche Würdigung genutzt werden (Stiftung Mitarbeit, 2014b).

Die Ehrung auch an Profil und Interesse der Geehrten auszurichten, ist eine spezielle Form der Wertschätzung. „*Gemeinsame Ausflüge und gemeinsame Erlebnisse schweißen zusammen, daran erinnern sich viele noch jahrelang*“, so Kiechle²⁷.

Praktische Hinweise / Werkzeuge

Um eine bereichernde Anerkennungskultur in der Kommune verankern zu können, können folgende fachlichen Impulse des Gemeinatenzwerks Baden-Württemberg hilfreich sein (vgl. LBE 2014)

BE-freundliche Rahmenbedingungen schaffen

- Bereitstellung von Räumen und Infrastruktur
- Sponsoring von Veranstaltungen
- „ermöglichende Verwaltung“, die offene Türen für Engagierte hat (z.B. Anlaufstelle)

Fort-/Weiterbildungsmöglichkeiten

- kostenlose Fort- und Weiterbildungsangebote über das Engagement hinaus
- Bescheinigungen über Qualifizierungsmaßnahmen oder Zeugnisse

Direkte/persönliche Anerkennung

- symbolische Auftaktveranstaltung zu Beginn des BE
- Bürgerschaftlich Engagierte nehmen teil an: Mitarbeitertreffen, Teamgesprächen und Kooperationen
- zuhören, Ideen und Initiativen zulassen, selbständiges Tun ermöglichen
- Vertrauensbeweise (z.B. Schlüssel für Räumlichkeiten, Mitsprachemöglichkeiten)
- Glückwünsche/Präsente zum Geburtstag

Öffentlichkeitsarbeit

- Artikel zu Einzelpersonen, Gruppen und Projekten
- Reihe „BE-Projekte vor Ort“ in regionaler Zeitung
- Ausstellungen zur Arbeit von BE-Projekten
- Plakataktionen
- offizielle Verabschiedung bei Beendigung des Engagements

Feste/Ausflüge

- regelmäßige/jährliche gemeinsame Ausflüge organisieren
- BE-Tag(e), Danke-Tag(e)
- Anerkennungsveranstaltungen
- Einladungen zu Grillabende, Sekt- oder Weinproben

Ehrungen/Preise

- Ehrungen bei öffentlichen Veranstaltungen z.B. Neujahrsempfang
- Überreichung von Medaillen/Orden/Ehrennadeln/Urkunden

²⁷ Experteninterview 3



- Ernennung zum Ehrenbürger

Nachweise/Zertifizierungen

- schriftlicher Nachweis
- qualifiziertes Zeugnis
- Bestätigung in entsprechenden Vorlagen (z.B. Qualipass)

Sachleistungen

- Freiwilligen-Card (Ermäßigungen in öffentlichen Einrichtungen)
- Bücherei-Leseausweis
- Gutscheine
- Kostenersatz für sächliche Aufwendungen
- Monatskarte für Personennahverkehr

Auf äußerst positive Resonanz ist eine Exkursion und damit einhergehend, jeweils ein festliches Mittag- und Abendessen gestoßen, organisiert von der Gemeinde Gutach für alle engagierten Bürger(innen). Mit einem angemieteten Reisebus wurden die Engagierten von der Gemeinde Gutach nach Riegel und Eichstetten am Kaiserstuhl gefahren, um mit anderen Bürgergemeinden in einen Austausch zu kommen. *„Der heutige Ausflug ist wie ein Kurzurlaub. Ich muss mich um gar nichts kümmern und fühle mich wie in einem ‚rundum-Wohlfühlprogramm‘. Was für eine tolle Idee!“* so eine der engagierten Freiwilligen. Sich einen Tag gemeinsam auf den Weg zu machen, Neues kennenzulernen, das Erarbeitete zu feiern und weitere Ideen zu schmieden, wurde von den Teilnehmer(inne)n sehr positiv und dankbar aufgenommen.

Der Projektabschluss kann eine gute Gelegenheit sein, Freiwilligen ein Zertifikat und Kleinigkeiten der Anerkennungen zu überreichen. In Denzlingen wurden die Teilnehmer(innen) der Qualifizierung *„Denzlinger Brückenbauer“* gebührend gefeiert. Ein festlicher Ausklang des Abends, bei dem die Gemeinde für das leibliche Wohl aller Beteiligten sorgte, trug sicherlich dazu bei, dass sich die Engagierten des Projekts auch weiterhin gerne und mit Elan am nachhaltigen Aufbau der Pflegemix-Strukturen einbringen. Es war auffallend, dass viele Bürger(innen), die sich zu Beginn des Projekts noch eher fremd waren inzwischen zum *„Du“* übergegangen sind. *„Irgendwie sind wir alle zusammengewachsen. Aus Fremden wurden auf einmal bekannte Gesichter“*, so eine Denzlinger Bürgerin.



Checkliste

- ✓ Wie und in welcher Form können Leistungen und Engagement der Bürger(innen) zeitnah wertgeschätzt und anerkannt werden?
- ✓ Was bedeutet Wertschätzung und Anerkennung bei Bürger(innen) mit ganz unterschiedlichen Lebenslagen?
- ✓ Wie können wir individuelle Anerkennungsformen entwickeln: Spaß und Freude sollten an oberster Stelle stehen
- ✓ Gibt es feststehende Termine zur öffentlichen Wertschätzung Freiwilliger im Jahreskalender der Gemeinde?

Mögliche Stolpersteine

- Keine zeitnahe Würdigung und Anerkennung von engagierten Bürger(innen) kann zu Frust in der Gemeinde führen – Nachlassen der Engagementbereitschaft!!
- Anerkennungsformen werden als immer gleich und unpassend empfunden – Mut zum Ausprobieren von neuen und kreativen Anerkennungsformen!!



Kapitel 5: Projekterkenntnisse und Schlussfolgerungen

Im vorliegenden **Handbuch für Kommunen** haben wir zentrale Projekterfahrungen dokumentiert, die wir mit den vier Modellkommunen teilen und die sich im Rahmen des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“, mit Unterstützung durch unsere wissenschaftliche Begleitung, in einen 2-jährigen Entwicklungsprozess begeben haben. Die daraus resultierenden Empfehlungen für Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg richten sich an die Kommunen und Gemeindevertreter, die sich ebenfalls auf den Weg machen wollen, hin zu einer „Caring Community“ oder einer „Sorgende Kommune“. Dabei mussten wir im gesamten Prozess und für das Handbuch das Rad nicht immer neu erfinden, sondern wir haben gerne auch auf bewährte Erfahrungen zurückgegriffen und damit unsere eigenen Erkenntnisse verdichtet und verstärkt.

Diesen **Prozess der Bürgerbeteiligung**, bezogen auf das **Thema Pfleagemix**, parallel in sehr unterschiedlichen Kommunen wissenschaftlich zu begleiten, die jeweils ganz verschiedenen Demografietyphen entsprechen und sehr unterschiedliche infrastrukturelle Bedingungen aufweisen, war herausfordernd und spannend. Dabei zeigten sich einerseits nach den ersten Planungswerkstätten ganz erstaunliche Parallelen, besonders bei der Wahl der inhaltlichen Schwerpunkte für die Weiterarbeit in Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen. Übereinstimmend wurden ganz ähnliche Bedarfe formuliert, wie die

- Unterstützung und Begleitung pflegender Angehöriger und Familien
- Entwicklung von zugehenden Formen der Begleitung und Beratung allein lebender und zurückgezogener alter Menschen
- Quartiers- und gemeindebezogene Sicherung einer 24-Stunden- Pflege
- Qualifizierung, Koordination und Begleitung von Freiwilligen und bürgerschaftlich Engagierten

Und gleichzeitig zeigte sich, dass die Antworten auf die benannten Bedarfe und Herausforderungen lokal ganz unterschiedlich ausfallen, jeweils abhängig von der vorhandenen Infrastruktur und angepasst an die dominierenden örtlichen Prägungen und Milieus. Das bestärkt uns darin, Ihnen Mut zu machen, für Ihren eigenen Weg, der für Ihre Gemeinde und die darin lebenden Bürger(innen) der richtige ist.

Das Besondere an diesem Modellprojekt des Landes bestand auch darin, dass die Initiative in den ausgewählten Modellkommunen für einen Bürgerbeteiligungsprozess zum Thema „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ ja zunächst nicht von den Bürger(inne)n ausging, also nicht „bottom-up“ sondern eher „top-down“ verlief. Die Bürgermeister hatten zunächst daran ihr Interesse bekundet. Unsere Erfahrungen zeigen aber, dass es auch so gehen kann, dass eine Kommune nicht darauf warten muss, bis sich die Bürger(innen) auf den Weg machen, sondern dass auch Bürgermeister(in) und Gemeindevertreter(innen) einen gelingenden Bürgerbeteiligungsprozess initiieren können. Und dass es gelingen kann, die Bürger(innen) in einem zweiten Schritt zu begeistern, zu aktivieren und mitzunehmen. Dazu müssen aber einige entscheidende Voraussetzungen geschaffen und mögliche Stolpersteine beachtet werden.

Wenn Sie sich also auf den Weg machen, sollten Sie folgende Punkte dringend beachten:

- Der **Rolle und Positionierung von Bürgermeister(in) und Gemeinderat** kommt eine große Bedeutung zu. Ein solcher Prozess muss wirklich gewollt sein und unterstützt werden, aktiv und ermutigend für die Bürger(innen). Er muss in der Gemeinde einen hohen Stellenwert haben und mutig angegangen werden – mit allen Höhen und Tiefen. Wir haben die Herausforderungen und Chancen im Kapitel 4 deutlich beschrieben. So ein Entwicklungsprozess kann nicht an



noch so kompetente Bürger(innen) einfach delegiert werden, die sich dann in der Projektarbeit aufreiben und anschließend von Gemeinderat und Verwaltung immer wieder ausgebremst werden. Auch das haben wir im Verlauf des Modellprojekts erlebt. Das schafft Frust und „verbrannte Erde“ in Bezug auf Bürgerbeteiligung. Wenn es da kein eindeutiges Bekenntnis gibt, sollte der Prozess gar nicht erst begonnen werden.

- Um das Thema **Bürgerkommune** in den Mittelpunkt zu stellen sind **parallel laufende Schulungen** für die Kommunale Verwaltung sehr sinnvoll und wünschenswert. Denn ohne Verankerung eines Verständnisses, was eine Bürgerkommune und damit einhergehende Bürgerbeteiligungsprozesse ausmacht, kann sich kein Paradigmenwechsel in der Kommune vollziehen.
- Es braucht personelle Ressourcen, im Sinne einer **Personalstelle**, besetzt mit einer Person, die sich um Engagementförderung und –beratung, um Koordination und Netzwerkarbeit inhaltlich kümmert und dafür die notwendigen Kompetenzen und das erforderliche Zeitkontingent hat. Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement in der Kommune und im Stadtteil entstehen nicht von selbst und die damit verbundenen Aufgaben können auch nicht rein ehrenamtlich getragen werden. Es braucht dafür auf jeden Fall ermöglichende Strukturen und konstante Förderung.
- Ebenso wichtig sind **räumliche Voraussetzungen**, die für engagierte Bürger(innen) einen verlässlichen Raum für Treffen, Schulungen und Beratungen bieten, also einen definierten **Ort für Bürgerengagement**.
- Nicht zuletzt sind **konstante Ansprechpartner** in Politik und Verwaltung ebenfalls wichtig, um einen schnellen Informationsfluss zwischen Bürger(innen) und Verwaltung sicherstellen zu können.

Wenn sich eine Kommune unter den genannten Voraussetzungen auf den Weg macht, wird sie nur gewinnen, denn sie stellt sich damit den Herausforderungen der Zukunft. Sie ist damit auf einem guten und wichtigen Weg, denn wir brauchen dringend ein Umdenken und einen deutlichen Bewusstseinswandel, um den Anforderungen der Zukunft gerüstet zu begegnen und den demographischen Wandel gut zu bewältigen. Dabei darf nicht zu kurz gedacht werden und es müssen alle Generationen mit einbezogen sein.

Die **Sicherung der Pflege** ist eine **zentrale Herausforderung für alle Kommunen**. Diese Aufgabe im Schulterschluss mit den Bürger(inne)n anzugehen, stärkt eine Kommune und es macht sie attraktiv als **Lebensraum für Jung und Alt**. So bekommen nicht nur ältere und alte Bürger(innen) eine andere Bedeutung in der jeweiligen Kommune. Sie begibt sich damit auch wirklich auf den Weg eine sorgende Kommune für alle Lebensalter und damit auch eine Bürgerkommune zu werden, in der viele Akteure Verantwortung übernehmen und das Zusammenleben im Sinne **Lokaler Verantwortungsgemeinschaften** miteinander gestaltet wird. Dafür wünschen wir den Kommunen in Baden-Württemberg Mut, Energie, motivierte Bürger(innen), mutige politische Vertreter(innen) in den Gemeinderäten und eine zukunftsorientierte Verwaltung.



Weiterführende Links

http://www.acatech.de/fileadmin/user_upload/Baustruktur_nach_Website/Acatech/root/de/Material_fuer_Sonerseiten/WS_Dialogformate/Instrumentenkoffer_Bürgerbeteiligung_01.pdf Modelle und Methoden der Bürgerbeteiligung von A bis Z mit Praxisbeispielen, Projekt der Stiftung Mitarbeit.

<http://www.beteiligungskompass.org> Umfassender Instrumentenkoffer. Modelle, Methoden und Instrumente zur Bürgerbeteiligung, Internetseite wird von der Bertelsmann Stiftung und Stiftung Mitarbeit zur Verfügung gestellt

<http://www.buergergesellschaft.de/politische-teilhabe/modelle-und-methoden-der-buergerbeteiligung/modelle-und-methoden-von-a-bis-z/106120/> Übersichtliche und informative Seite der Stiftung Mitarbeit.

<http://www.buergerbeteiligung.lpb-bw.de/beispiele.pdf> Werkzeugkasten der Landeszentrale für Politische Bildung Baden Württemberg mit Verlinkungen zu Beispielen.

https://bw21.de/Bildung21_Aktuell/Managementwissen/Buerger_beteiligen/Seiten/Modelle,-Instrumente-und-Methoden-der-informellen-B%C3%BCrgerbeteiligung.aspx Werkzeugkasten der Führungsakademie Baden-Württemberg.

http://www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDF/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung.pdf Broschüre zu dialogorientierten Beteiligungsformen des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen.

<http://www.partizipation.at/methoden.html> Informationswebsite des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Österreich.

http://www.stadtentwicklung.berlin.de/soziale_stadt/partizipation/de/handbuch.shtml Handbuch der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt speziell für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung mit Beispielfällen für Partizipationsprozesse.

Vetter, Angelika (o. J.): Bürgerbeteiligung und Demokratie. Ein Überblick. Zugriff am 12.09.2014, http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/Vetter_Ulmer_Buergerbeteiligung_2013.pdf

Informationen zu Netzwerken in Baden-Württemberg

<http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/Landesnetzwerk/82081.html> - Landesnetzwerk Baden-Württemberg

http://www.echt-gut-bw.de/ehrenamt_in_bw/Netzwerke_182.html - Landkreisnetzwerk Baden-Württemberg

http://www.sm.baden-wuerttemberg.de/de/StaedteNetzWerk_ist_Teil_des_Landesnetzwerkes_Buergerschaftliches_Engagement/80705.html - StädteNetzWerk Baden-Württemberg

<http://www.gemeindenetzwerk-be.de> - Gemeindenetzwerk

<http://www.lel-bw.de/pb/,Lde/Startseite/Akademie+Laendlicher+Raum> - Akademie Ländlicher Raum Baden-Württemberg

<http://allianz-fuer-beteiligung.de/das-netzwerk/mitglieder/landesnetzwerkbuergerschaftliches-engagement-in-baden-wuerttemberg> - Allianz für Beteiligung



Informationen zum Thema Finanzierung

Pichert, Daniel (2011): Erfolgreich Fördermittel einwerben. Tipps und Tricks für das Schreiben von Projektanträgen. Bonn. *Praktische Tipps um Fördermittel-Anträge zu schreiben*.

www.mitarbeit.de *Tipps für einen überzeugenden Schreibstil um Fördermittel-Anträge zu stellen*.

Netzwerk Selbsthilfe e.V. (Hrsg.) (2014): Fördertöpfe für Vereine, selbstorganisierte Projekte und politische Initiativen, Berlin. *Darstellung von verschiedenen Finanzierungsmethoden, die Finanzierung durch öffentliche Mittel und ein ausführliches Stiftungsverzeichnis*. www.netzwerk-selbsthilfe.de

Schmoltz, Torsten (2011): Förder-Lotse, Handbuch Fördermittel für gemeinnützige Organisationen und Projekte- Systematische Erschließung von neuen Zuschussquellen in fünf Schritten, Neuendettelsau 2011. *Weitere Infos hierzu auch unter* www.foerder-lotse.de

www.foerderdatenbank.de

www.toleranz-foerdern-kompetenz-staerken.de

www.mehrgenerationenhaeuser.de

www.sozialestadt.de

www.fonds-soziokultur.de

www.zukunftsfonds.generali-deutschland.de



Dankesworte



Angelina Mertens

Wissenschaftliche Mitarbeiterin im
Projekt „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“

Sechs Kick-Off Meetings, zahlreiche Arbeitstreffen in Form von Arbeitskreissitzungen, Runden Tischen, Netzwerk- und Planungsgruppen, Werkstattgesprächen und Projektwerkstätten sowie einige Veranstaltungsreihen, Bürgerversammlungen, Gemeinderatssitzungen, Exkursionen und Qualifizierungen später, möchte ich mich an dieser Stelle von Herzen bei all jenen bedanken, die ich während der beiden letzten „Pfleagemix-Jahre“ begleiten und unterstützen durfte!

Selbstverständlich möchte ich zu Beginn ein herzliches Dankeschön an die Vertreterinnen und Vertreter der Modellkommunen richten. Ohne Ihre Bereitschaft und Ihren Mut, sich auf die Entwicklungen im Rahmen der Pfleagemix-Bürgerbeteiligungsprozesse einzulassen - ein Weg der komplex, manchmal auch etwas holprig, mit oft unerwarteten Wendungen und immer wieder überraschenden Ergebnissen gepflastert war - wäre die Umsetzung des Projekts in dieser innovativen Form sicherlich nicht möglich gewesen. Insbesondere möchte ich mich hierfür bei Bürgermeister von Kirchbach, Frau Paradeis, Herrn Messmer und Frau Schwab aus Freiburg; Bürgermeister Laub, Frau Heitzler und Frau Schmidt aus Umkirch; Bürgermeister Hollemann und Herr Sillmann aus Denzlingen, sowie Bürgermeister Eckert und seinen zahlreichen „Pfleagemix-Ermöglicern“ aus Gutach herzlich bedanken. Zusätzlich möchte ich auch allen Gemeinderäten, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und allen anderen „unsichtbaren“ und trotzdem undenkbar wichtigen Personen danken, die dazu beigetragen haben, den Pfleagemix-Weg in den Kommunen zu ebnen und Veränderungen möglich zu machen.

Meinen Dank möchte ich auch den Vertreterinnen und Vertretern in den Gemeindeverwaltungen aussprechen: Frau Huber und Frau Pfister aus Denzlingen, sowie Frau Räßle aus Gutach. Ohne Ihre wertvolle Organisation wären die zahlreichen Treffen der Pfleagemix-Engagierten nicht möglich gewesen.

Und natürlich wären ohne die zahlreichen Engagierten in den Modellkommunen des Projekts „Pfleagemix in Lokalen Verantwortungsgemeinschaften“ viele neue Ansätze und Veränderungen nicht zu realisieren gewesen. Ihr Durchhaltevermögen, ihr Ideenreichtum, ihr kritisch-konstruktiver Umgang in den unterschiedlichen Projektphasen, ließen mich immer wieder gerne in die „Pfleagemix-Welt“ der einzelnen Modellstandorte eintauchen. An alle ein herzliches Dankeschön. Sie können wirklich stolz auf die ganz konkreten Pfleagemix-Umsetzungen sein!

Auch die Erstellung dieses Handbuchs war ein Gemeinschaftswerk der Vertreterinnen und Vertreter der Modellkommunen sowie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Pfleagemix-Abschlusstreffen. Bereichert wird es zusätzlich durch wertvolle Hinweise von Experten in Sachen Bürgerbeteiligung. Dies sind Gerhard Kiechle, der ehemalige Bürgermeister der Gemeinde Eichstetten, Janine Bliestle vom Gemeindeforum Bürgerschaftliches Engagement und Petra Schmettow vom forum für internationale



entwicklung + planung (finep). Danke, dass Sie Ihre langjährigen Erfahrungsschätze hier mit den Leserinnen und Lesern des Handbuchs teilen! Erwähnen möchte ich an dieser Stelle auch, dass die Erkenntnisse aus meiner Teilnahme am „Lernforum Bürgerkommune: Beteiligung und Engagement im Ländlichen Raum gestalten“ in dieses Handbuch mit eingeflossen sind: Einige Überschriften des vorliegenden Handbuches, die ich sehr passend fand, sind mit Zustimmung von finep übernommen worden.

Und last but not least: Tausend Dank an meine Projektleitung Prof. Dr. Cornelia Kricheldorf! Ich hoffe es ist mir gelungen, Ihr unermessliches Wissen, Ihre Leidenschaft und Begeisterung in die Kommunen „hineinzutragen“ und dort nachhaltige Entwicklungen in Gang zu setzen! Dieses Handbuch für Kommunen haben wir gemeinsam erarbeitet und viel darüber diskutiert, was wir den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg mit auf ihren Weg geben wollen, um eine „sorgende Kommune“ zu werden. Wir wünschen viel Spaß und gute Erkenntnisse bei der Lektüre. Und – sprechen Sie uns gerne an!

Ich wünsche allen Pflegemix-Mitwirkenden weiterhin viel Spaß und ein gutes Gelingen beim Umsetzen der begonnenen und auch künftiger Aktionen und Maßnahmen auf dem weiteren Pflegemix-Weg!

Freiburg im Dezember 2014



Angelina Mertens



Literaturverzeichnis

- Apel, H. (1996): *Zukunftswerkstatt*. In: Erwachsenenbildung EB 2/96
- Apel, H. / Dernbach, D. / Ködelpeter, T. / Weinbrenner, P (Hrsg.) (1998): *Wege zur Zukunftsfähigkeit - ein Methodenhandbuch*. Bonn: Stiftung Mitarbeit
- Beck-Gernsheim, E. (2010): *Was kommt nach der Familie? Alte Leitbilder und neue Lebensformen*. München: Beck
- Bertram, H. (2002): *Die multilokale Mehrgenerationenfamilie. Von der neolokalen Gattenfamilie zur multilokalen Mehrgenerationenfamilie*. In: Berliner Journal für Soziologie 12 (2002) 4, S. 517-529
- Bertelsmann Stiftung. (2012). *Themenreport "Pflege 2030. Was ist zu erwarten - was ist zu tun?":* (http://www.wegweiser-kommune.de/datenprognosen/pflegeprognose/download/pdf/Themenreport_Pflege.pdf) zuletzt abgerufen am 02.12.2014
- Beteiligungsportal Baden-Württemberg (2014): *Ein Meinungsbild gibt neue Impulse*. (<http://beteiligungsportal.baden-wuerttemberg.de/de/informieren/methoden/>) zuletzt abgerufen am 19.12.2014
- Beteiligungskompass. (2014). *Konfliktlösungskonferenz*. Von , <http://www.beteiligungskompass.org/article/show/682> zuletzt abgerufen am 05.10.2014
- Bliestle, J. (2014). *Anerkennungskultur*. In: Gemeinденetzwerk http://www.gemeindenetzwerke.de/sites/default/files/anhaenge/Anerkennungskultur_GNW_0.pdf abgerufen am 05.10.2014
- Bogumil, Jörg (2007): Bürgerkommune und Local Governance, In: Schwalb, Lilian/Walk, Heike 2007 (Hrsg.), *Local Governance - mehr Transparenz und Bürgernähe?* unter http://homepage.rub.de/joerg.bogumil/Downloads/ASammelbaenden/local_governance.pdf, zuletzt eingesehen am 15.12.2014
- Bubolz-Lutz, E. & Kricheldorf, C. (2011): *Abschlussbericht Pflegebegleiter*. Schriftenreihe Modellprogramm zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung. Band 6. Berlin: GKV-Spitzenverband.
- Bubolz-Lutz, E. & Kricheldorf, C. (2006). *Freiwilliges Engagement im Pflegemix. Neue Impulse*. Freiburg i. Br.: Kohlhammer
- Bullinger, H. & Nowak, J. (1998). *Soziale Netzwerkarbeit. Eine Einführung für soziale Berufe*. Freiburg im Breisgau: Lambertus Verlag.
- Bundesministerium für Gesundheit (BMG) (2014): *Zahlen und Fakten zur Pflegeversicherung*. (http://www.bmg.bund.de/fileadmin/dateien/Downloads/Statistiken/Pflegeversicherung/Zahlen_und_Fakten/Zahlen_Fakten_05-2014.pdf 18.12.2014) zuletzt abgerufen am 18.12.2014
- Deutscher Bundestag / Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" (2002): *Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Gesellschaft*. (http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/GeselZusammenhalt/enquete_be.pdf?__blob=publicationFile) zuletzt abgerufen am 2.12.2014
- Dörner, K.(2008): *Leben und Sterben, wo ich hingehöre. Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem*. In: Forum Seniorenarbeit NRW (Hrsg.) (2008): *Älter werden im Wohnquartier. Lebendige Nachbarschaft – wie gelingt das?* Themenschwerpunkt 5/2008 (http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/373_2219_1.PDF): S. 13-15, zuletzt abgerufen am 30.11.2014
- Dörner K. (2007): *Leben und Sterben, wo ich hingehöre – Dritter Sozialraum und neues Hilfesystem*. Neumünster. Paranus Verlag. 2007.
- Fetzer, S. (2005): *Determinanten der zukünftigen Finanzierbarkeit der GKV: Doppelter Alterungsprozess, Medikalisierungs- vs. Kompressionsthese und medizinisch-technischer*



Fortschritt. Freiburg: Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität. Freiburg 130/05.

finep - forum für internationale entwicklung + planung (2014): Moderation von Bürgerbeteiligungsprozessen. (http://www.finep.org/index.php?article_id=40&clang=0) zuletzt abgerufen am 12.12.2014

Fries, J. F. (2000): *Compression of morbidity in the elderly*. In: *Vaccine* 18, S. 1584-1589.

Galuske, M. (2007). *Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. Weinheim / München: Juventa.

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg (2009): *Kommunale Entwicklungsbausteine - Förderung Bürgerschaftlichen Engagements in Städten und Gemeinden Baden-Württembergs*. (http://www.gemeindenetzwerk-be.de/sites/default/files/anhaenge/KEB_0.pdf) zuletzt abgerufen am 12.12.2014

Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Baden-Württemberg (2014): *Anerkennungskultur* (http://www.gemeindenetzwerk-be.de/sites/default/files/anhaenge/Anerkennungskultur_GNW_0.pdf) abgerufen am 12.09.2014,

Große Starmann, C. & Kluge, P. (2012a). *Wegweiser Kommune. Demografiety 2: Sozial heterogene Zentren der Wissensgesellschaft*. Bielefeld: Bertelsmann

Große Starmann, C. & Kluge, P. (2012b). *Wegweiser Kommune. Demografiety 3: Prosperierende Kommunen im Umfeld dynamischer Wirtschaftszentren*. Bielefeld: Bertelsmann

Große Starmann, C. & Kluge, P. (2012c). *Wegweiser Kommune. Demografiety 6: Mittelgroße Kommunen geringer Dynamik im Umland von Zentren und im ländlichen Raum*. Bielefeld: Bertelsmann

Herriger, N. (2006): *Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung*. 3. erweiterte und aktualisierte Ausgabe. Stuttgart: Kohlhammer

Hoch, H. / Otto, U. (2005): *Bürgerschaftliches Engagement und Stadtteilpolitik*. In: Kessl, F. u.a. (Hrsg.): *Handbuch Sozialraum*. Wiesbaden, S. 493-511

Jakob, G. (2009): *Kommunen und bürgerschaftliches Engagement - gegenwärtiger Stand, Probleme und Lösungsansätze*. Expertise für den Bericht "Potenziale und Grenzen von Zivilgesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement in Deutschland im Auftrag des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. (http://www.wzb.eu/sites/default/files/projekte/expertise_jakob.pdf). zuletzt abgerufen am 15.12.2014

Kricheldorf, C. (2015): *Altern im Gemeinwesen aus sozialgerontologischer Perspektive*. In: Bleck, Ch. / Knopp, R. / van Rießen, A. (Hrsg.): *Sozialer Raum und Alter(n). Zugänge, Verläufe und Übergänge sozialräumlicher Handlungsforschung*. Wiesbaden: Springer: 15-30.

Kricheldorf, C. (2014). *Altern und Soziale Arbeit*. In Becker, S. / Brandenburg, H.: *Lehrbuch Gerontologie. Gerontologisches Fachwissen für Pflege- und Sozialberufe. Eine interdisziplinäre Aufgabe*. Bern: Hans Huber Verlag: 97-114.

Kricheldorf, C. (2013): *Vom Pflegemix zur Caring Community. Neue Antworten auf den Pflegebedarf der Zukunft*. In: *Zeitschrift für medizinische Ethik*, 59. Jg., Heft 2/2013. Freiburg: Schwabenverlag,

Kricheldorf, C. (2012): *Soziale Arbeit in gerontologischen Handlungsfeldern und im Gesundheitswesen*. In: Kricheldorf, C. / Becker, M. / Schwab J. E. (Hrsg.): *Handlungsfeldorientierung in der Sozialen Arbeit*. Stuttgart: Kohlhammer: 83-105.

Kricheldorf, C. (2011): *Soziale Arbeit mit älteren und alten Menschen und ihren Angehörigen*. In: Gastiger, S. & Kricheldorf, C. (Hrsg.): *Methoden und Konzepte der Sozialen Arbeit in verschiedenen Arbeitsfeldern*. Freiburg: Lambertus: 12- 48



- Kricheldorf, C. (2008). *Neue Wohnformen und gemeinschaftliches Wohnen im Alter*. In S. /. Buchen, *Älterwerden neu denken. Interdisziplinäre Perspektiven auf den demographischen Wandel* (S. 237-248). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Kricheldorf, C.; Klott, S. (2012): *Soziale Netzwerke für gelingendes Altern im Quartier*. In: RKF (Hrsg.), *Forschung trifft Praxis. Selbstverständnis und Perspektiven der Forschung an kirchlichen Hochschulen*. Freiburg: FEL
- Konzet, S. (2010). *Von der Leitung zur Begleitung - Die Rolle der Leitung in beteiligungsorientierten Nachbarschaftsprojekten*. In F. S. (Hrsg.), *Nachbarschaftsprojekte in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit. Lebendige Nachbarschaften initiieren und moderieren* (S. 24-25).
- Ministerium für Arbeit und Soziales Baden-Württemberg / Stabsstelle für Bürgerschaftliches Engagement (2009): *Miteinander der Generationen. Der demographische Wandel stellt die Gesellschaft vor neue Herausforderungen*. In: *Das Wissensmagazin aus Baden-Württemberg. Zahlen, Daten, Fakten zum bürgerschaftlichen Engagement*, S. 11-12.
- Mitchell, J. C. (1969): *Social Networks in Urban Situations: Analyses of Personal Relationships in Central African Towns*, Manchester: University Press, 1969
- Netzwerk Bürgerbeteiligung (2013): *Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung" im Netzwerk Bürgerbeteiligung*. Von 10 Anforderungen an eine gute Bürgerbeteiligung: (http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/Qualita%CC%88tskriterien/nwbb_qualitaetskriterien_stand_februar2013.pdf) zuletzt abgerufen am 15.12.14
- Netzwerk Bürgerbeteiligung (2014). *Netzwerk Bürgerbeteiligung. Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungspolitik*. (http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/nbb_empfehlungen_kom_beteiligungspolitik_140924_v02_kommentiert.pdf) zuletzt abgerufen am 19.12.14
- Statistisches Bundesamt - destatis (2009): *„Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung“*. (<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html>) zuletzt abgerufen am 28.12.2014
- Statistisches Bundesamt - destatis (2013): *Pflegestatistik 2011. Pflege im Rahmen der Pflegeversicherung. Deutschlandergebnisse*(https://www.destatis.de/DE/Publikationen/Thematisch/Gesundheit/Pflege/PflegeDeutschlandergebnisse5224001119004.pdf?__blob=publicationFile) zuletzt abgerufen am 19.12.14
- Scholl, A.; Konzet, S. (2010a): *Nachbarschaftsarbeit in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit*. In: Forum Seniorenarbeit NRW (Hrsg.): *Nachbarschaftsprojekte in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit: Lebendige Nachbarschaften initiieren und moderieren. Themenschwerpunkt 4/2010* (http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/1759_742_1.PDF): S. 19-20, zuletzt abgerufen am 15.11.2014
- Scholl, A.; Konzet, S. (2010b): *Leitlinien für erfolgreiche Nachbarschaftsarbeit*. In: *Forum Seniorenarbeit NRW* (Hrsg.): *Nachbarschaftsprojekte in der gemeinwesenorientierten Seniorenarbeit: Lebendige Nachbarschaften initiieren und moderieren. Themenschwerpunkt 4/2010* (http://www.forum-seniorenarbeit.de/media/custom/1759_742_1.PDF):S. 21-23, zuletzt abgerufen am 15.11.2014
- Schophaus, M. / Dienel, H.-L. (2002). *Bürgerausstellung – ein neues Beteiligungsverfahren für die Stadtplanung*. *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, Jg. 15, Heft 2, S. 90 – 96.
- Städtetag Baden-Württemberg (2012): *Hinweise und Empfehlungen zur Bürgermitwirkung in der Kommunalpolitik*. ([95](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-</p>
</div>
<div data-bbox=)



Dokumente/Leitlinien_neu/baden_wuerttemberg_hinweise.pdf) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

Stiftung Mitarbeit. (2011). *Beiträge zur Demokratieentwicklung von unten Nr. 25*. Bonn: Verlag Stiftung Mitarbeit.

Stiftung Mitarbeit. (2014a). *Fonds und mehr*. (<http://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/tipps-fuer-engagierte-organisationen/foerdermittel/fonds-mehr/109451/>) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

Stiftung Mitarbeit. (2014b). *Leitlinien kommunaler Bürgerbeteiligung*. (<http://www.buergergesellschaft.de/mitentscheiden/grundlagen-leitlinien/leitlinien-kommunaler-buergerbeteiligung/109432/>) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

Stiftung Mitarbeit. (2014c). *Öffentliche Fördermittel*. (<http://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/tipps-fuer-engagierte-organisationen/foerdermittel/oeffentliche-foerdermittel/109450/>) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

Stiftung Mitarbeit. (2014d). *Wegweiser Bürgergesellschaft*. Tipps für Organisationen: (<http://www.buergergesellschaft.de/mitgestalten/tipps-fuer-engagierte-organisationen/tipps-fuer-organisationen/107991>) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

Quilling, E. /. (2013). *Praxiswissen Netzwerkarbeit*. Wiesbaden: Springer VS.

Steiner-Hummel, I. (1997). *Bürgerschaftliches Engagement und die Entwicklung einer lebensweltlichen Pflegekultur*. In U. /. Braun, *Entwicklung einer lebensweltlichen Pflegekultur* (S. 113-132). Regensburg.

Vetter, A. & Ulmer, F. (2013). *Bürgerbeteiligung und Demokratie. Ein Überblick*. (http://www.bwstiftung.de/fileadmin/Mediendatenbank_DE/BW_Stiftung/Programme_Dateien/Bildung/Nachhaltige_Entwicklung/Buergerbeteiligung/Vetter_Ulmer_Buergerbeteiligung_2013.pdf) zuletzt abgerufen am 5.12.2014

Vetter, Angelika (Hrsg.) (2008): *Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung*. 1. Aufl. Wiesbaden:VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Waldvogel, T. /. (2014). *Moderationsmethoden*. In B.-W. S. (Hrsg.), *In Zukunft mit UNS! Qualifizierung Jugendlicher in Beteiligungsprojekten* (S. 70-73). Stuttgart.

Weitz, L. (2014). *Allianz für Beteiligung*. (http://allianz-fuer-beteiligung.de/fileadmin/Dokumente/Diskurspapiere/Diskurspapier_Schwierige_Umstaende.pdf) zuletzt abgerufen am 10.12.2014

